NEUE ZEIT

SIEBEN TAGE WELTPOLITIK

Universitätsbibliothek Carl Ritter Berlin Abteilung Zeitschriften

52

DEZEMBER 1977

PROGRAMM DES FRIEDENS UND DES AUFBAUS

Was tut sich in Kairo? ★ DER VULKAN GUATEMALA ★ KAMAS: Stadt, Werk, Menschen



14159-52 105 147 652
SEKT.MARX.LENIN
2200-2303
DOM-20





SOWJETUNION IM BILD



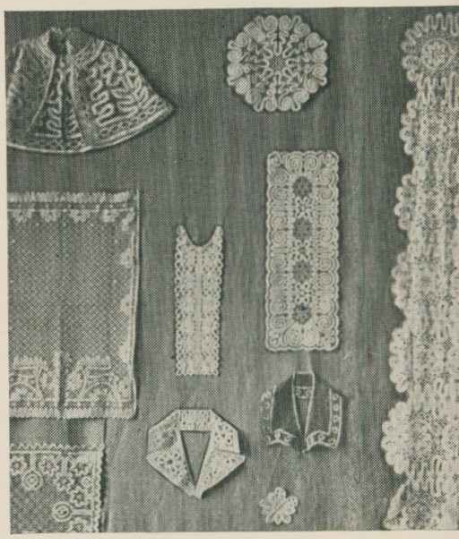
In der nordrussischen Stadt Wologda gibt es die Produktionsvereinigung „Sneshinki". Dort klöppelt man die berühmten Spitzen, die viele hohe Preise auf nationalen und internationalen Ausstellungen erhielten. Die Spitzen werden nur von Hand geklöppelt.

Die Bäuerinnen der umliegenden Dörfer sind seit alters her für ihre Handarbeiten bekannt. In ihren freien Stunden klöppeln sie Spitzen — an langen Winterabenden oder im Sommer, in den weißen Nächten. Die Spitzen zeigen Naturmotive — Blätter, Blumen und Schneeflocken.

Die Traditionen der Volkskunst leben auch heute. Die jungen Klöpplerinnen lassen sich in die Geheimnisse dieses Kunstgewerbes einweihen. Neue Muster und Ornamente entstehen, in denen die schlichte Schönheit des Landstrichs um Wologda auf ihre Art zum Ausdruck kommt.

Unsere Bilder: So wurden früher die Spitzen von Wologda geklöppelt ◆ Und so arbeiten heute junge Klöpplerinnen der Vereinigung „Sneshinka" — Nadeshda Petuchowa, Nina Starzewa, Nina Jeskina und Valentina Borissowa ◆ So entstehen die berühmten Spitzen ◆ Muster aus Wologda.

Fotos A. Chrupow



Universitätsbibliothek Greifswald
Zweigbibliothek
Sektion Marxismus-Leninismus

EIN JAHR IM RÜCKBLICK

Immer wieder gibt es anläßlich des Jahreswechsels den alten Streit zwischen Pessimisten und Optimisten, ob denn nun dieses Jahr gut oder schlecht gewesen sei? Ob es bessere Zeiten nähergebracht, ob es den Frieden gefestigt hat oder ob die Entwicklung rückläufig war? Eindeutig lassen sich diese Fragen nicht beantworten: Die vergangenen 365 Tage waren schließlich in den mehr als 170 Staaten unserer Erde außerordentlich vielfältig und manchmal auch widersprüchlich.

Man sagt, Pessimist sein sei bequemer. Wenn nämlich etwas schief geht, kann man immer als weitsichtig gelten. Geht es aber gut, dann darf man mit zufriedener Miene von dem Guten Gebrauch machen. Die Politik, um so mehr die internationale Politik, jedoch erfordert andere Kriterien. Gewöhnlich halten sich nur jene ans Bequeme, die keine Lust haben, sich intensiv für bessere Existenzbedingungen und bessere Entwicklung einzusetzen. Noch häufiger erweisen sich die Herren Pessimisten sogar als Provokateure und zwängen die Welt in ein Knäuel von Konflikten.

Wir müssen es aussprechen: Das Jahr 1977 hatte genügend Ereignisse, die das internationale Firmament verdüsterten. Die Entspannungsgegner haben es niemandem leicht gemacht, die Militaristen versuchten erneut, das Wettrüsten anzuheizen, und zum schlechten Ende dann auch noch die Neutronenbombe. Sehr präzis definierte Leonid Breshnew die Situation, als er unlängst sagte, „die internationalen Beziehungen sind jetzt gewissermaßen am Schnittpunkt zweier Wege angelangt, von denen der eine zu wachsendem Vertrauen und zunehmender Zusammenarbeit führt, der andere aber zum Anwachsen der gegenseitigen Furcht, des Mißtrauens, des Waffenhortens".

An einer Wegscheide muß man sich gewöhnlich entschließen. Doch im Unterschied zu den drei Riesen aus dem Märchen, denen auf allen Wegen Gefahr drohte, besitzt die Menschheit heute einen ordentlichen, wenn auch ungeschriebenen Wegführer. Er lenkt die Schritte auf Entspannung und Frieden. Zum Ausklang der 70er Jahre wurde er nicht nur real, sondern hat sich in vielen internationalen Abkommen, in UNO-Konventionen, in dem historischen Dokument von Helsinki und, was noch wichtiger ist, in der Praxis der friedlichen Koexistenz niedergeschlagen.

Schauen wir von diesem Standpunkt auf das Jahresgeschehen 1977, dann ergibt sich eine bedeutungsvolle Bilanz. In unserem alten Europa wurde das Gedankengut von Helsinki allmählich zu Taten, die auf dem Belgrader Folgetreffen weiter diskutiert wurden. Der Abkommen über Zusammenarbeit sind mehr geworden. Die Kontakte auf höchster europäischer Ebene sind reger geworden.

Auch für das Schlüsselproblem der Gegenwart, die Entspannung, haben sich Wandlungsmöglichkeiten ergeben. Trotz der Schwierigkeiten, die (nicht durch Schuld der Sowjetunion) in den Verhandlungen über die Beschränkung der strategischen Rüstungen zwischen der UdSSR und den USA entstanden, zeigen sich gegenwärtig bessere Aussichten für ein Übereinkommen. Das Jahr endet im Zeichen großer Initiativen der Sowjetunion: Das sind die Vorschläge über die gleichzeitige Einstellung der Produktion von Kernwaffen, über das Verbot von Nukleartests in allen Medien. Die sowjetische Aktionsplattform zur Verankerung der militärischen Entspannung in Europa wird weitgehend diskutiert. Die UNO hat etliche wichtige Beschlüsse zur Ausweitung der Entspannung, zur Bekämpfung des Neokolonialismus und Rassismus gefaßt. Dieser Kampf gewinnt unaufhörlich an Intensität.

Es hat seinen tiefen Sinn, daß die wichtigsten Entspannungsinitiativen von der Sowjetunion ausgingen. Bei den Feierlichkeiten zum 60. Jahrestag der Oktoberrevolution hat unser Land ein weiteres Mal bewiesen, daß es sich an die Mahnung Lenins hält, möglichst viele ganz einfache, ganz klare Beschlüsse und Maßnahmen zu treffen, die tatsächlich zum Frieden führen...

Natürlich wäre es schön, wenn all diese positiven Schritte schon in diesem Jahr bis zum Ende getan worden wären. Doch in der Welt von heute muß man mit der außerordentlichen Sturheit jener Kräfte rechnen, die für das politische Auf-der-Stelle-treten sind und aus den Tiefen des modernen Imperialismus kommen. Wenn also 1977 ein Sprungbrett für das Vorankommen zu Frieden und Sicherheit war, dann kann es damit einen wichtigen Platz in der politischen Chronik des 20. Jahrhunderts einnehmen.

Die Zeit läßt sich nicht zurückdrehen und nicht anhalten. Doch diese Eigenschaft läßt sich zugunsten der Menschheit nutzen, wenn man nämlich vom ersten Tag des neuen Jahres an alles Positive weiterentwickelt und alles Negative fallen läßt. Angespornt werden wir dazu von dem schöpferischen Optimismus, der so treffend in den Worten Goethes zum Ausdruck kommt: „Nur der verdient sich Freiheit wie das Leben, der täglich sie erobern muß."

WOCHENSCHAU

Am 16. Dezember schloß im Moskauer Kreml die 8. Tagung des Obersten Sowjets der UdSSR (9. Legislaturperiode). Er verabschiedete einmütig die Gesetze über den Staatlichen Plan für wirtschaftliche und soziale Entwicklung der UdSSR und über den Staatshaushalt der UdSSR 1978 (drittes Jahr des 10. Planjahrfünfts). (Siehe S. 4.)

Leonid Breshnew richtete seinen Glückwunsch an Agostinho Neto, Vorsitzender der MPLA—Partei der Arbeit und Präsident der VR Angola, zum erfolgreichen Abschluß des I. Parteitages der MPLA. Er brachte die Überzeugung zum Ausdruck, daß sich die brüderlichen Beziehungen zwischen beiden Völkern auch künftig entwickeln und festigen werden, u. a. aufgrund des 1976 unterzeichneten sowjetisch-angolanischen Vertrages über Freundschaft und Zusammenarbeit.

Vom 15. bis zum 17. Dezember fand in Pjöngjang die erste Tagung der Obersten Volksversammlung der Koreanischen Volksdemokratischen Republik (6. Legislaturperiode) statt. Die Tagung beschloß einen Siebenjahrplan für die Entwicklung der Volkswirtschaft des Landes (1978—1984). Zum Präsidenten der KVDR wurde erneut Kim Ir Sen, Generalsekretär des ZK der Partei der Arbeit Koreas, zum Premier des Verwaltungsrates Li Jong Ok gewählt. Leonid Breshnew richtete einen Glückwunsch an Kim Ir Sen zu seiner Wiederwahl auf den Posten des Präsidenten der KVDR. Alexej Kossygin gratulierte Li Jong Ok zu seiner Wahl zum Premier des Verwaltungsrates.

Am 13. und 14. Dezember tagte in Moskau zum 8. Male die Ständige sowjetisch-iranische Kommission für wirtschaftliche Zusammenarbeit. Die sowjetische Delegation wurde von Semjon Skatschkow, Vorsitzender des Staatlichen Komitees des Ministerrats der UdSSR für außenwirtschaftliche Beziehungen, die iranische von Wirtschafts- und Finanzminister Mohammad Eganeh geführt. Am 13. Dezember wurde M. Eganeh im Kreml von Alexej Kossygin empfangen. Sie tauschten ihre Meinungen über Fragen der bilateralen wirtschaftlichen Zusammenarbeit aus.

Vom 11. bis zum 15. Dezember weilte in der UdSSR auf Einladung des ZK der KPdSU eine Delegation der Sozialistischen Arbeiterpartei Spaniens (PSOE) unter Felipe González, Generalsekretär der Partei. Es fanden Verhandlungen mit einer KPdSU-Delegation statt, der Michail Suslow, Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der KPdSU, der Kandidat des Politbüros und Sekretär des ZK der KPdSU Boris Ponomarjow sowie Kandidat des ZK der KPdSU Wadim Sagladin, Erster Stellvertreter des Leiters der Internationalen Abteilung im ZK der KPdSU, angehörten. Im gemeinsamen Kommuniqué heißt es, daß sich beide Parteien für größere Solidarität mit Ländern und Parteien ausgesprochen haben, die um ihre politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit, um sozialen Fortschritt und nationale Würde kämpfen. Ferner wurde auf die Notwendigkeit hingewiesen, den Kampf für die Festigung der internationalen Entspannung fortzuführen.

Am 13. Dezember billigte die UNO-Vollversammlung mehrere Resolutionen, die das Eindämmen des Wettrüstens und die Verminderung der Kernkriegsgefahr bezwecken. Einen zentralen Platz nehmen darunter die sowjetischen Vorschläge ein, die sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen über die Begrenzung der strategischen Offensivwaffen möglichst bald zu Ende zu führen, einen Vertrag über die vollständige und allgemeine Einstellung der Kernwaffenversuche zu schließen, die Entwicklung neuer Arten und Systeme der Massenvernichtungswaffen, der chemischen und bakteriologischen Waffen zu verbieten, u. a. Es wurde beschlossen, eine Sondertagung der Vollversammlung zu Abrüstungsfragen im Mai—Juni 1978 einzuberufen.

Am 15. Dezember billigte die UNO-Vollversammlung Resolutionen, in denen sie sich für die Beseitigung der Rassistenregimes im Süden Afrikas und der Apartheid-Politik ausspricht. Der Beschluß wurde gefaßt, das Jahr 1978 zu einem internationalen Jahr des Kampfes gegen die Apartheid auszurufen.

Am 17. Dezember faßte die UNO-Vollversammlung eine Resolution zur Frage der Verletzung der Menschenrechte in Chile sowie eine Resolution, in der der legitime Charakter des Kampfes der Völker für die Befreiung von der kolonialen und fremdländischen Herrschaft mit allen Mitteln, einschließlich des bewaffneten Kampfes, bekräftigt wird.

Am 19. Dezember nahm die UNO-Vollversammlung einmütig eine Deklaration über die Vertiefung und Festigung der internationalen Entspannung an. Der Entwurf stammte von der UdSSR.

Auf einer Plenarsitzung des Belgrader Folgetreffens wurde am 19. Dezember offiziell der Abschluß der Generaldebatte sowie die Tatsache bekanntgegeben, daß die Teilnehmer des Treffens zur Ausarbeitung eines Schlußdokumentes schreiten.

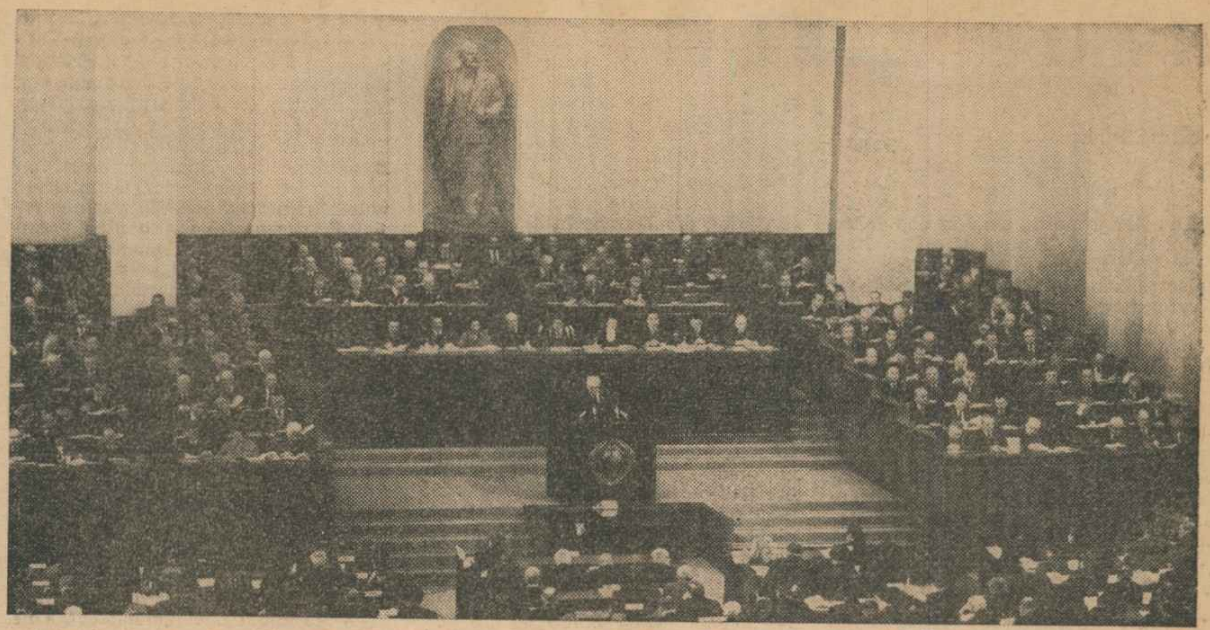
In Beira (Moçambique) hielten die Staatschefs von Angola, Sambia, Botswana, Moçambique und Tansania sowie die Leiter der Patriotischen Front von Simbabwe am 18. Dezember eine Konferenz ab. In einer Erklärung ihrer Teilnehmer wird die Einheit der „Frontstaaten" bei der Lösung des Simbabwe-Problems betont sowie hervorgehoben, daß sie den bewaffneten Freiheitskampf der Simbabwer unter Führung der Patriotischen Front restlos unterstützen.

In Paris begannen am 19. Dezember Verhandlungen über die Normalisierung der Beziehungen zwischen der Sozialistischen Republik Vietnam und den USA.

In Kairo wurde am 14. Dezember ein Treffen zwischen Israel, Ägypten und den USA eröffnet. (Siehe S. 6.)

Am 13. Dezember wurden in der Vorstadtresidenz des britischen Premiers, Chequers, die zweitägigen Gespräche zwischen dem französischen Präsident Giscard d'Estaing und dem britischen Premier Callaghan unter Teilnahme einiger Minister beider Staaten beendet. Zur Erörterung kamen weltpolitische Fragen sowie eine Erweiterung der Zusammenarbeit beider Länder in Wissenschaft, Technik und Industrie.

In Tokio begann am 17. Dezember eine dreitägige Konferenz der Führer der sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien, die der Sozialistischen Internationale angehören. (Siehe S. 16.)



Auf der 8. Tagung des Obersten Sowjets der UdSSR im Moskauer Kreml. Unser Bild: Gemeinsame Sitzung der beiden Kammern. *Foto S. Smirnow und A. Steschanow*

NEUE ZEIT

WOCHENBLATT FÜR POLITIK

Nr. 52 DEZEMBER 1977

Gründungsjahr 1943

Chefredakteur: **M. FJODOROW**

Redaktionskollegium:

S. Goljakow (Verantw. Sekretär), **V. Gustschin, A. Ignatow, G. Kaschojan** (Stellv. Chefredakteur), **W. Kusnezow, B. Pistschik** (Stellv. Chefredakteur), **I. Trofimowa, V. Tschernjawski** (Stellv. Chefredakteur für die fremdsprachigen Ausgaben), **D. Wolski**

Verantwortlicher Redakteur der deutschen Ausgabe: **R. Krestjaninow**

Verlag der Zeitung „Trud"
Moskau

Erscheint in russischer, deutscher, englischer, französischer, spanischer, polnischer, tschechischer und arabischer Sprache

UNSERE ANSCHRIFT: Moskau K-6, 103782, GSP, Puschkinskaja Plostschadj

Printed in the Union of Soviet Socialist Republics

IN DIESEM HEFT:

Ein Jahr im Rückblick 1
A. Pin — **Neue Ziele** 4
D. Wolski — **Naher Osten: Was tut sich in Kairo!** 6
K. Karagesian — **Ein Präsent für Europa** 8
J. Gudkow — **Traktorenmarsch auf Washington** 10
L. Toporkow — **Eine neue Dimension** 12
W. Kusnezow — **Lord Chalfont und der Untergang des Abendlandes** . . 13
F. González — **Für Entspannung und konstruktiven Dialog** (Interview) . 14
G. Schaffer — **Objektivität gleich Vorteil** 14
Notizen ◆ Glossen ◆ Kommentare 16
A. Lalajanz — **Sowjetische Energetik: heute und morgen** (Interview) . . . 18
A. Bessonow — **Laboratorien im Kosmos** 20
D. Pastuchow — **Am Rande des Kraters** 22
F. Woloschin — **Ein Kampftrupp der antiimperialistischen Kräfte** 24
W. Shitomirski — **Appell an das Gewissen** 24
J. Krasnojarow — **Ein Skandal und kein Ende** 25
J. Korschunow — **Droht Afrika eine Rekolonisierung!** 26
F. Gorjunow — **KAMAS in Ein- und Mehrzahl** 28
Diskussion mit dem Leser 32
Inhaltsverzeichnis „Neue Zeit" 1977 33

Vor 60 Jahren, am 25. Dezember 1917, rief der I. Gesamtukrainische Sowjetkongreß die Ukraine zu einer Sowjetrepublik aus. Die Werktätigen der Republik würdigen das ruhmreiche Jubiläum durch große Leistungen in Industrie, Wissenschaft und Kultur. Die Bauern der Ukrainischen SSR haben in diesem Jahr dem Staat erstmalig 1127 Mio Pud Getreide verkauft.

Titelbild: Nadeshda Stepanenko, eine der besten Kolchosbäuerinnen des Gebiets Nikolajew *Foto A. Semeljak*

NEUE ZIELE

Albert PIN

Die Sowjetunion geht in das dritte Jahr ihres 10. Planjahrfünfts. 1977 war bedeutsam für die Geschichte unseres Landes. Wir haben eine neue Verfassung angenommen, den 60. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution begangen, unsere Wirtschaft wesentlich vorangebracht und erfüllen die Beschlüsse des XXV. Parteitags der KPdSU erfolgreich.

Der Oberste Sowjet der UdSSR diskutierte und bestätigte den Plan für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung sowie den Staatshaushalt für das kommende Jahr. Die Vertreter der 260-Millionen-Bevölkerung unseres Landes versammelten sich im Kreml zu ihrer traditionellen Dezembertagung gleich nach dem Plenum des ZK der KPdSU, auf dem Leonid Breshnew eine ausführliche Rede gehalten hat. Darin sowie in den Dokumenten des Plenums und der Tagung spiegeln sich die Ergebnisse der Arbeit von Partei und Volk in den ersten zwei Jahren des Planjahrfünfts und wurden die nächsten Aufgaben sowie das weitere Aktionsprogramm festgelegt.

Womit geht die Sowjetunion in das Jahr 1978? Vorläufige Ergebnisse der ersten beiden Jahre des 10. Planjahrfünfts bezeugen ein beeindruckendes Wirtschaftswachstum. Der stellvertretende Vorsitzende des UdSSR-Ministerrats, Vorsitzender des Staatlichen Plankomitees der UdSSR Baibakow teilte in seiner Rede auf der Tagung mit, das Nationaleinkommen werde sich in dieser Zeit nach bisherigen Schätzungen um 8,4% erhöhen. Das industrielle Wachstum beträgt 1977 5,8% gegenüber dem im Jahresplan festgelegten 5,6%, für zwei Jahre jedoch 10,9%, was dem Aufgabenstand des Fünfjahrplans entspricht. In diesen zwei Jahren wird mehr Elektroenergie erzeugt, Gas gefördert, Anlagen, Automatisierungs- und Datentechnik, Kraftwagen sowie Landmaschinen hergestellt als vorgesehen.

Kontinuierlich wird das von der Partei entworfene langfristige Entwicklungsprogramm für die Landwirtschaft in die Tat umgesetzt, deren materielle und technische Basis gestärkt. In diesem Jahr, das den Witterungsbedingungen nach nicht zu den besten, ja nicht einmal zum Durchschnitt gehörte, wurden 195,5 Mio t Getreide geerntet. Seine Jahresdurchschnittsproduktion von 209,6 Mio t liegt nahe an den Aufgaben des Fünfjahrplans (im 9. Planjahrfünft lag die Durchschnittsgetreideernte wesentlich niedriger: bei 181,6 Mio t). Eine Rekordernte verzeichnete 1977 die Baumwollerzeugung mit 8,7 Mio t. Erfolgreich wird der Aufkaufplan von Kartoffeln, Milch, Eiern, Wolle, Früchten und Beeren erfüllt. Die georgischen Teezüchter lieferten dem Staat 412 000 t Qualitätstee, mehr als der Plan für das letzte Planjahrfünft vorsah. Andererseits konnte, hauptsächlich wegen ungünstiger Witterungsbedingungen, der Aufkaufplan für Getreide, Wein, Sonnenblumen, Vieh und Geflügel nicht erfüllt werden. Insgesamt erhöhte sich das Durchschnittsvolumen der Agrarproduktion 1976—1977 gegenüber den Kennziffern des 9. Planjahrfünfts um 6,6%.

Unter den Bedingungen des entwickelten Sozialismus besitzt unser Land bedeutend mehr Möglichkeiten, um, wie Lenin sagte, „die gesellschaftliche Erzeugung und Verteilung der Güter nach wissenschaftlichen Erwägungen umfassend zu gestalten und richtig zu meistern, ausgehend davon, wie das Leben aller Werktätigen auf äußerste erleichtert, wie ihnen ein Leben in Wohlstand ermöglicht werden kann".

Bekanntlich gelten als allgemeingültige Kennziffer für den Lebensstandard die realen Pro-Kopf-Einkünfte. Diese Kennziffer kennzeichnet den Konsum materieller Güter sowohl aus den Löhnen wie aus den gesellschaftlichen Fonds. In den zwei Jahren des jetzigen Planjahrfünfts steigt das Realeinkommen pro Kopf der Bevölkerung um 7%. Etwa 22 Millionen sowjetische Bürger erhielten neue Wohnungen oder konnten ihre Wohnverhältnisse verbessern. Das Bauprogramm für Kindergärten, Krippen, allgemeinbildende Schulen und Krankenhäuser wird erfüllt.

Die Erfolge des Landes im wirtschaftlichen wie im sozialen Bereich hängen jetzt im entscheidenden Maße von der Erhöhung der Produktionseffektivität und der Arbeitsproduktivität an allen Abschnitten der Volkswirtschaft sowie von der Stärkung der intensiven Wachstumsfaktoren ab. Die Deputierten des Obersten Sowjets stellten fest, daß bei der Lösung dieser Aufgaben in letzter Zeit bestimmte Resultate erzielt wurden. 1976—1977 stieg die Produktivität der gesellschaftlichen Arbeit um 7,4%, woraus sich fast 75% des Gesamtzuwachses in der Industrieproduktion ergaben. Wesentlich stiegen die Betriebsgewinne. Die Entwicklung von Wissenschaft und Technik gestattete die weitere Erhöhung des technischen Produktionsniveaus und die Einsparung von fast 2 Millionen Arbeitsplätzen. Doch es liegt nicht in unserer Art, uns mit Erreichtem zufriedenzugeben. In den Berichten der Regierungsvertreter wie in den Reden der Deputierten wurde geäußert, daß die von uns erzielten Resultate den heutigen Ansprüchen und den Möglichkeiten zur Hebung der Produktionseffektivität noch nicht voll entsprechen.

In seiner Rede vor dem Plenum des ZK der KPdSU hat Leonid Breshnew eine Reihe wichtiger Fragen zur weiteren Wirtschaftsentwicklung des Landes, zur Verbesserung des Arbeitsstils aufgeworfen sowie die Hauptrichtungen und die volkswirtschaftlichen Aufgaben herausgestellt, die gegenwärtig besonders beachtet werden müssen.

Schlüsselaufgabe der Wirtschaftstätigkeit in der gegenwärtigen Phase und eine der wichtigsten Reserven zur Beschleunigung des Wirtschaftswachstums ist die sorgfältige, rationelle Nutzung all dessen, was wir besitzen, was die Volkswirtschaft herstellt. Im einzelnen ist hier die Einsparung von Metallen und anderen Erzeugnisarten, von Rohstoff, Elektroenergie, Brennstoffen und die effektivere Nutzung der Produktionskapazitäten gemeint. Auf dem Plenum wurde unterstrichen, man könne die Frage von Neubauten nur dann sinnvoll stellen, wenn alle Möglichkeiten zur Realisierung der bestehenden inneren Reserven ausgeschöpft seien.

Leonid Breshnew sagte, man müsse rechtzeitig die Ressourcen auf die Hauptrichtungen konzentrieren und die Prioritäten richtig bestimmen, d. h. die Reihenfolge bei der Lösung von Problemen gemäß ihrer Bedeutung für die Volkswirtschaft. Man muß nicht nur die Mittel richtig auf die Industriezweige verteilen, sondern Kräfte und Ressourcen sowie die Möglichkeiten von Wissenschaft und Technik auf die wichtigsten inner- und zwischenbetrieblichen Probleme konzentrieren, ausgehend von den gesamtstaatlichen Interessen.

Es ist klar, daß die Verbesserung der Arbeitsqualität auch im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit unserer Volksdeputierten stand. Sie brachten dazu viele Vorschläge ein, u. a. zur vollständigeren Nutzung der volkswirtschaftlichen Ressourcen zur Erhöhung des Tempos der gesellschaftlichen Produktion und des Lebensniveaus des Volkes. Andererseits kritisierten sie einzelne Mängel in der Tätigkeit von Ministerien und Ämtern, von Betrieben und Organisationen. Besondere Beachtung schenkten die Deputierten der Entwicklung der Landwirtschaft, der Sachlage im

Investbau, der verstärkten Herstellung und Qualitätsverbesserung von Maschinen, Ausrüstungen und Konsumgütern.

Die Intensivierung der Produktion ist das Vordringlichste für den Staatsplan 1978. Für die Zweige der Volkswirtschaft wurde im allgemeinen ein höheres Wachstumstempo der Arbeitsproduktivität gegenüber dem 1976—1977 erzielten durchschnittlichen Jahrestempo festgelegt. Insgesamt wächst die Produktivität der gesellschaftlichen Arbeit um 3,5%. Auch der Anteil des Produktionszuwachses aus der Erhöhung der Arbeitsproduktivität steigt.

Das zur Konsumtion und zur Akkumulation verwendete Nationaleinkommen wird sich laut Plan 1978 um 4% oder 15,6 Md. Rubel erhöhen. Das übersteigt die Zuwachsrate des Nationaleinkommens von 1977 um 4. Md. Rubel.

Für die Bürger der Sowjetunion ist es bereits üblich, daß sich das Produktionsniveau unaufhörlich steigert. Diese in einigen Prozenten zu messenden quantitativen Veränderungen zeigen deutlich, wie das Produktionspotential des Landes, die materielle Basis für den sozialen und geistigen Fortschritt der Gesellschaft wächst.

Vergleichen wir den Produktionsplan bei wichtigen Industriegütern des Jahres 1978 mit Kennziffern, die die sowjetische Wirtschaft im letzten Jahr des vergangenen Planjahrfünfts erzielt hat:

Produktion von Industrieerzeugnissen in der UdSSR

	1975	1978 (Plan)
Elektroenergie *(in Md. kWh)*	1039	1207
Erdöl und Erdgaskondensat *(in Mio t)*	491	575
Gas *(in Md. m³)*	289	370
Kohle *(in Mio t)*	701	746
Stahl *(in Mio t)*	141,3	152,6

Insgesamt soll der Umfang der Industrieproduktion 1978 um 4,5% heraufgesetzt werden. Investitionen gehen vor allem in die technische Umrüstung bestehender Betriebe. Dazu werden 26% mehr Mittel zur Verfügung gestellt, als laut Fünfjahrplan für 1978 vorgesehen waren. Die Zahl von Neubauten wird herabgesetzt.

In einigen Zweigen werden die Investitionen gegenüber den Aufgaben des Fünfjahrplans 1978 etwas gesenkt, gleichzeitig erhöhte sich aber der Umfang der Bau- und Montagearbeiten in der Erdölförderungs- und Gasindustrie, im Energiemaschinenbau sowie im Schienenverkehr. Unter den großen zwischenbetrieblichen Problemen ist das der Energetik am wichtigsten. Auf dem Plenum des ZK der KPdSU wurde gesagt, die entscheidende Rolle bei der Versorgung des Landes mit Brennstoff und Energie werde auch in den nächsten 10 Jahren Erdöl und Gas zufallen. Die Hydro- und Kernenergetik wird sich außerordentlich rasch entwickeln. 1978 sollen Kernenergieturbinen von jeweils einer Mio kWh Leistung in Nowoworonesh, Tschernobyl und Kursk in Betrieb genommen werden.

Erzeugung und Ankauf der meisten Agrarprodukte sollen auf dem Aufgabenstand des Fünfjahrplans bleiben. Laut Plan werden 1978 mehr als 7,3 Md. Rubel oder mehr als 30% aller staatlichen Investitionen in die Landwirtschaft für die Melioration und Neugewinnung von Boden verwendet werden. Das Ausmaß der Meliorationsbauten in der UdSSR ist einmalig in der Welt. Schon jetzt liefern diese Böden (bei einem Anteil von 8%) etwa 27% der Agrarprodukte. Die Landwirtschaft wird 361 500 Traktoren, 270 000 Lastkraftwagen und 110 200 Getreidekombines erhalten.

Mit Genugtuung konnten die Deputierten feststellen, daß der Plan 1978 die weitere Hebung des Volkswohlstands vorsieht. Für neue Maßnahmen in diesem Bereich wurden 3,2 Md. Rubel bewilligt, das Doppelte von 1977. Unter anderem handelt es sich dabei um die Erhöhung der Löhne für einzelne Beschäftigtenkategorien in den führenden Zweigen der Volkswirtschaft, der Stipendien für einige Kategorien von Berufsschülern, um die Heraufsetzung der Ausgabennormen für Ernährung und Arzneimittelankauf in einigen Einrichtungen des Gesundheitswesens sowie in Invaliden- und Altersheimen. Das Realeinkommen pro Kopf der Bevölkerung soll um 3% angehoben werden. Weitere 10 Millionen sowjetische Bürger können ihre Wohnverhältnisse verbessern. Durch die Realisierung des Bauprogramms werden 1978 auf jeden Stadtbewohner durchschnittlich 12,4 m² Gesamtfläche gegenüber 11,9 m² zu Beginn des Planjahrfünfts kommen. Aus der Gesamtsumme des Staatshaushalts von 246,1 Md. Rubel werden 87,6 Md. Rubel für soziale und kulturelle Maßnahmen bewilligt.

Der Staatshaushalt der Sowjetunion dient dem Frieden und dem Aufbau, was von ausländischen Kommentatoren verschiedenster politischer Orientierung festgestellt wird. Die bulgarische *Rabotnitschesko delo* schreibt, die von der Tagung beschlossenen Dokumente beeindruckten durch das grandiose Ausmaß der Programme zur weiteren Beschleunigung des kommunistischen Aufbaus in der UdSSR. Der britische *Morning Star* hebt die von Jahr zu Jahr kontinuierliche Kürzung des Anteils der Verteidigungsausgaben am sowjetischen Staatshaushalt hervor: Im kommenden Jahr gibt die UdSSR 17,2 Md. Rubel oder 7% des Staatsetats (gegenüber 7,2% im Jahre 1977) für Verteidigungszwecke aus. Das wird auch von der japanischen und der bundesdeutschen Presse beachtet.

Wenn man die dieser Tage aus den USA eingetroffenen Meldungen über die Rekordsummen im Entwurf des Verteidigungshaushalts für das Finanzjahr 1979 liest, drängen sich unwillkürlich Vergleiche auf. Das Friedensbüdget des sowjetischen Staates, schreibt die Beiruter *Al-Kifah-al-Arabi*, sei ein gutes Beispiel für jene, die nur vom Frieden reden, während sie tatsächlich das Wettrüsten anheizen.

Auch in anderen Punkten des Planes und des Haushalts spiegelt sich die sowjetische Außenpolitik. Der Außenhandelsumsatz soll 1978 um 10% gesteigert werden. Unsere wichtigsten Außenhandelspartner sind sozialistische Staaten, in erster Linie die RGW-Länder. Viele bedeutende volkswirtschaftliche Aufgaben werden wir mit ihnen gemeinsam lösen. Der Anteil der sozialistischen Länder am sowjetischen Außenhandel wird 1978 steigen und fast 59% erreichen.

Vieles werden unsere Partei und unser Volk im kommenden Jahr zu leisten haben. Der vom Obersten Sowjet der UdSSR bestätigte Plan ist ein wichtiges Kettenglied bei der Realisierung der vom XXV. Parteitag gefaßten Beschlüsse und der Aufgaben des 10. Fünfjahrplans. Wir besitzen alles zur Erfüllung und Übererfüllung dieses Planes: eine leistungsstarke Industrie und moderne Landwirtschaft, reiche Naturressourcen und der Partei wie der Heimat ergebene Menschen. Das ist ein zuverlässiges Unterpfand für neue Erfolge, neue Taten. ■

WAS TUT SICH IN KAIRO?

Dmitri WOLSKI

Im Hotel Mena House bei den Pyramiden, wo die Delegationen Ägyptens und Israels verhandeln, lauern beinahe Tag und Nacht die Journalisten. Möglicherweise lohnt sich das auch, denn die Verhandlungen werden mit genügend äußeren Effekten verkauft. Doch schon die Theatralik, die zur Schau gestellte Herzlichkeit der offiziellen Empfänge, die bedeutungsvollen „Denkpausen", die ständigen Andeutungen, gleich könne irgendetwas Sensationelles geschehen, das alles weckt bei nüchternen Beobachtern ein skeptisches Lächeln. Anscheinend wollen die Beteiligten bewußt das Treffen in die Länge ziehen und ihm möglichst viel publicity sichern. Nicht umsonst wird der ägyptische Präsident Sadat mit einem Seiltänzer verglichen. Nach dem Betreten des straffgespannten Seils muß er immer weiter gehen, balanzierend und nicht eine Sekunde innehaltend.

Weiter gehen, wohin? Will man dem Berater des US-Außenministers Atherton glauben, dann ist „das Kairoer Vorbereitungstreffen eine Vorstufe für Genf". Aber diesem Diplomaten, unter dessen Schirmherrschaft die Verhandlungen in Mena House laufen, ist nun bestimmt gut bekannt, daß die unmittelbaren Teilnehmer, wenn sie die Genfer Friedenskonferenz überhaupt erwähnen, so nur leise und nebenher. Ganz und gar nicht dort wollen sie die Nahostprobleme entscheiden, sondern „unter sich" und weit weg von Fernsehkameras. In die Presse sickerte, daß zur Ausarbeitung solcher Entscheidungen eine ganze Serie von den Geheimgesprächen zwischen hochgestellten israelischen und ägyptischen Abgesandten nötig war, und zwar während der UNO-Tagung in New York, dann in der BRD und an anderen Orten. Schon zu der Zeit, da die offiziellen Vertreter beider Länder vor den Reportern in Mena House posierten, kamen nach Pressemeldungen in einem „Drittland" insgeheim der israelische Außenminister Dayan und der engste Berater des ägyptischen Präsidenten Hassan Touhami zusammen. Auch ein neues Treffen zwischen Präsident Sadat und dem israelischen Ministerpräsidenten Begin, diesmal in Ägypten, ist geplant. Begin wird dabei vermutlich ein Projekt vorlegen, das während seines Washington-Aufenthalts Mitte Dezember erörtert wurde.

Etliches über dieses Projekt ist bekannt geworden. Unter Berufung auf israelische „Regierungskreise" meldete UPI am 15. Dezember: „Laut diesen Quellen sieht der Begin-Plan einen bedeutenden Abzug israelischer Truppen von Sinai im Rahmen einer endgültigen Regelung mit Ägypten vor. Der Begin-Plan sieht ferner vor, dem westlichen Jordanufer, das Israel vor mehr als 10 Jahren besetzte, einen halbautonomen Status einzuräumen. Die Araber können ihre Vertreter in die örtlichen Machtorgane wählen und entscheiden, ob sie die israelische oder die jordanische Staatsbürgerschaft tragen wollen. In Regierungskreisen schweigt man sich darüber aus, ob es in diesem Plan irgend etwas bezüglich der Zukunft der syrischen Golan-Höhen gibt. In Regierungskreisen wurden keinerlei weitere Einzelheiten hinsichtlich von Israel geplanter Zugeständnisse im Ablauf der endgültigen Regelung mit den arabischen Nachbarn genannt."

Bald darauf brachte UPI den Zusatz: „Israel will die militärische Kontrolle über das westliche Jordanufer und den Sicherheitskorridor auf Sinai beibehalten."

Selbst wenn man dieses Projekt mit Röntgenstrahlen durchleuchten wollte, fände man dort nichts, was die legitimen Forderungen der arabischen Völker befriedigen könnte. Statt des Abzugs der israelischen Truppen aus allen 1967 okkupierten Gebieten allein ein neuer „teilweiser" Abzug von Sinai. Statt palästinensischer Eigenstaatlichkeit ein „halbautonomer Status", der in der Praxis lediglich die Aufrechterhaltung des Besatzungsregimes bedeuten kann. Diese Version soll nun als Schritt zu einer umfassenden Regelung hingestellt werden, obwohl man von vornherein weiß, daß sie für die arabischen Völker unannehmbar ist, denen man dann die Verantwortung für den Zusammenbruch der Genferkonferenz zuschieben und erklären will, für Kairo bestehe kein anderer Ausweg, als im Alleingang einen Vertrag mit Israel zu unterzeichnen. Selbst die Art und Weise der Ausarbeitung des Abkommens ist eindeutig separatistisch. Zbigniew Brzezinski dürfte sich höchstwahrscheinlich am 12. Dezember in einem Fernsehinterview einen beabsichtigten Versprecher geleistet haben, als er zu verstehen gab, Washington habe nichts gegen eine engere Übereinkunft zwischen Ägypten und Israel einzuwenden, da es sie für „nützlich" halte.

Solche Pläne müssen entschiedenen Protest auslösen. Nicht nur seitens der PLO, die man am liebsten ignorieren möchte, oder Syriens, mit dessen legitimen Rechten man ebenfalls sehr frei umspringt. Die ganze arabische Welt ist alarmiert, darunter auch konservative Kreise. Als „in höchstem Maße zweifelhaften Vorgang" bezeichnete ein Sprecher des UNO-Generalsekretärs Waldheim die Kairoer Beratung. Auch die westliche Presse äußert sich immer weniger begeistert zu den israelisch-ägyptischen Verhandlungen. Weshalb?

Weil hier keineswegs jener „schlechte Frieden" vorbereitet wird, der „besser als ein schöner Streit" ist. Die jordanische **Al-Akhbar** schrieb dazu völlig richtig, es handele sich um „ein Abkommen, das die Keime eines fünften Krieges" im Nahen Osten in sich trägt.

Sagen wir vor allem: Schon lange gelüstet es Tel Aviv nach einem neuen „Präventivschlag", um „eins zu eins" des Krieges von 1973 zu verändern. Noch im vergangenen Herbst wurde davon offen gesprochen und geschrieben. Die israelischen Militaristen glauben, sie besäßen gegenwärtig eine bedeutende militärische Überlegenheit über die arabischen Staaten und müßten sich beeilen, diese Überlegenheit, ehe sie verschwindet, auszunutzen. Mit dem Ausscheiden Kairos aus der der israelischen Expansion gegenüberstehenden arabischen Front kann Israels Hang zum Abenteuer nur noch zunehmen. Zu einem Abenteuer, z. B. im Südlibanon, wo palästinensische Truppeneinheiten stationiert sind.

Der israelische Befehlsstab hat schon alles für eine Invasion vorbereitet. An der praktisch offenen Grenze wurden Truppen konzentriert, an den Hängen des Her-

Ein libanesischer Greis vor den Trümmern seines Hauses *Foto TASS*



mon-Berges steht Artillerie. Ferner ist wichtig, daß Tel Aviv in diesem Raum die Falangisten als Verbündete hat. Erst im Oktober hatten sie gemeinsam eine Art Generalprobe für das Eindringen in Südlibanon vollzogen. Damals kamen Dutzende friedliche Bewohner um, und viele wurden obdachlos. Was aber wird, wenn die Intervention größeres Ausmaß annimmt? Erinnern wir daran, daß in Libanon gegenwärtig etwa 26 000 syrische Soldaten stationiert sind, die das Hauptkontingent der arabischen Sicherheitskräfte ausmachen.

Die westliche Presse sieht in der gegenwärtigen Situation auch eine zunehmende Gefahr für innerarabische Differenzen. Die **Washington Post** z. B. schrieb bereits am 29. November: „Geheimdienstangaben zufolge hatte der raffinierte ägyptische Präsident Anwar Sadat einen unausgesprochenen Grund, nach Israel zu kommen. Schenkt man diesen Meldungen Glauben, versuchte er die israelische Bedrohung an seiner Ostfront zu neutralisieren, um freie Hand zu haben, seinem widerspenstigen Nachbarn im Westen, dem nicht zu bändigenden Libyer Moamar al-Gaddafi, eine Abfuhr zu erteilen. Die Geheimdienstmitteilungen legen den Gedanken nahe, daß Sadat möglicherweise auch gewichtige wirtschaftliche Gründe dafür hat, besonders auf seine Unstimmigkeiten mit Gaddafi zu setzen. Sadat führt — und verliert — die Schlacht gegen den Bankrott. Die libysche Petrolindustrie, die 8 Md. Dollar Jahresgewinne liefert, dürfte in seinen Augen mehr als verlockend erscheinen." Die Kuweiter **Al-Watan** äußerte nach Beginn der ägyptisch-israelischen Verhandlungen, die Kairoer Führung könnte „sich auf eine weitreichende Aktion gegen Äthiopien vorbereiten".

Ein Separatabkommen birgt also Komplikationen und Konflikte, die ernstliche Folgen haben könnten. Dazu ist zu sagen, daß israelische Generale selbst davor gewarnt haben, diesmal würden Kriegshandlungen kaum die Erdölgebiete auslassen, die die Wirtschaftsmaschinerie fast der ganzen kapitalistischen Welt ölen. Einige Beobachter äußern sogar die Vermutung, Tel Aviv habe überhaupt mit dem einzigen Ziel auf Sadats Initiative reagiert, sich der Verantwortung für eine militärische Explosion zu entledigen, die es selbst wollte. Heiße Köpfe in Tel Aviv rechnen damit, daß ein neuer Konflikt die Zunahme des Verteidigungspotentials der arabischen Staaten für mindestens 10 Jahre bremsen und diese Staaten inzwischen zwingen könnte, ihre Erdöleinkünfte zu teilen. In dieser Hinsicht ist der jetzige Vorschlag Begins einer „gemeinsamen Erschließung" der Erdölvorkommen auf der Ägypten gehörenden Sinai-Halbinsel — und das ähnelt einer ultimativen Bedingung für den Abzug der israelischen Truppen! — äußerst bemerkenswert.

Die Haltung der imperialistischen Kreise Washingtons läßt sich folgendermaßen definieren: Sie wollen Voraussetzungen schaffen, unter denen Israel seine Ziele erreichen könnte, ohne sich auf einen Krieg einzulassen, der vitale Interessen des Westens bedroht.

Amerikanische Diplomaten und Politiker betrachten als einen Eckpfeiler im Nahostproblem Klassen- und ideologische Faktoren. Der Kommentator Joseph Kraft schreibt in der **New York Times** von einer „ideologischen Harmonie" zwischen den jetzigen Führern Israels und Ägyptens und erklärt das damit, der eine wie der andere seien „rechte Nationalisten". Fügen wir hinzu, daß beide Staatsmänner eindeutig nicht nur dem einheimischen Großkapital, sondern auch den Multis dienen, daß sie sich an neokolonialistischen „Modellen" orientieren, die der nicht unbekannte amerikanische Wirtschaftsexperte Friedman erstellt hat und die zum erstenmal von der faschistischen Junta in Chile praktiziert wurden.

Im Grunde genommen zielt man jetzt nicht einfach nur auf eine „Aussöhnung" zwischen Kairo und Tel Aviv ab, sondern darauf, eine Art Kernstück für eine Klassenallianz der reaktionären Kräfte im Nahen Osten zu schaffen. Daher der Wunsch, den separaten Charakter der ägyptisch-israelischen Verhandlungen zu verschleiern und ihren Rahmen wenigstens etwas zu erweitern, wobei Saudi-Arabien als wichtigste Stütze der konservativen arabischen Regimes den Handel mit seinem finanziellen Gewicht und seiner religiösen Autorität stärken soll. Und weiter? Weiter will man, so Kraft, „das anpeilen, was sich als ein Frieden der Falken bezeichnen läßt", und einen „harten" Druck auf die „Syrier und die PLO", auf alle antiimperialistischen Kräfte dieser Region ausüben.

Das also tut sich in Kairo. Herauskommen kann dabei nichts anderes als eine zunehmende Kriegsgefahr im Nahen Osten. Deshalb ist es klar, daß diese Verhandlungen auf den harten Widerstand aller fortschrittlichen Kräfte, von den palästinensischen Patrioten bis zu den israelischen Kommunisten, stoßen. Auch die Vorsicht Saudi-Arabiens ist nicht verwunderlich, denn dort muß man das Risiko erkennen, das der vorgesehene Kuhhandel birgt. Inzwischen sollte doch wirklich jedem klar geworden sein: Nur eine wirklich gerechte, umfassende Regelung kann hier zur Festigung des Friedens führen.

NZ STREIFLICHTER

■ ÄTHIOPIEN—SUDAN

Am 15. Dezember wurde in Freetown, der Hauptstadt von Sierra Leone, ein äthiopisch-sudanesisches Kommuniqué über die Verhandlungsergebnisse zur Regelung der Beziehungen zwischen den beiden Ländern unterzeichnet. Die Empfehlungen dazu hatte eine Sonderkommission der OAU aus Vertretern von 12 afrikanischen Staaten, einschließlich Äthiopiens und Sudans, ausgearbeitet. In dem Kommuniqué heißt es, beide Länder hätten beschlossen, das Klima des gegenseitigen Verständnisses, des Vertrauens und der Zusammenarbeit wiederherzustellen, feindliche Aktionen und Gegenpropaganda einzustellen sowie den Luftverkehr wiederaufzunehmen. Entsprechend den Prinzipien der Gleichheit, der gegenseitigen Achtung der Souveränität und der territorialen Integrität der Staaten äußerten die Seiten ihre Entschlossenheit, alles von ihnen Abhängige zu tun, um die Empfehlungen der OAU-Kommission zur friedlichen Lösung von Problemen, die den Frieden und die Stabilität in diesem Raum des Kontinents bedrohen, in die Tat umzusetzen.

Äthiopien und Sudan wollen entsprechend der Empfehlung in nächster Zeit eine Beratungskommission auf Ministerienebene einberufen, die sich mit Streitfragen, darunter dem Flüchtlingsproblem, befaßt.

■ MITTELEUROPA

Mit einer Plenarsitzung wurde am 16. Dezember in Wien die 13. Gesprächsrunde der 19 Staaten über den Rüstungs- und Truppenabbau in Mitteleuropa beendet.

Die Gespräche waren im Herbst 1973 aufgenommen worden. Seither wurden mehr als 150 Plenarsitzungen abgehalten. Doch auch die 13. Runde hat keinen realen Fortschritt zur Koordinierung der Standpunkte gebracht. Die volle Verantwortung dafür tragen die Länder des Westens, konkreter der NATO, die einseitige Vorteile erzielen und das jetzige relativ ausgeglichene Kräfteverhältnis in Mitteleuropa zu ihren Gunsten verändern wollen.

Gestützt auf die von Leonid Breshnew vorgeschlagene Aktionsplattform, haben die Sowjetunion und die anderen

—— ▷



BRD

EIN PRÄSENT FÜR EUROPA

Von unserem ständigen Berichterstatter
Karen KARAGESIAN

Durch Bad Godesberg ging ein sympathisches blondes Mädchen. Als wir auf gleicher Höhe waren, zuckte ich zusammen: Statt der Arme hatte sie zwei kurze Stümpfe. Sie ist eines der Contergan-Kinder, Opfer des Pharmazie-Konzerns, der das Beruhigungsmittel Contergan produzierte. Viele Frauen hatten in den 60er Jahren dieses Schlafmittel während der Schwangerschaft genommen. Sie gebaren Krüppel. Tausende Tragödien wegen verbrecherischer Verantwortungslosigkeit.

An das Mädchen mußte ich denken, als ich in der Zeitung **Unsere Zeit** las: „Die Auswirkungen von Contergan sind harmlos im Verhältnis zu der Degeneration menschlichen Lebens, die mit der Anwendung von Neutronenwaffen verbunden wäre. Noch grausamer als die unmittelbaren Folgen der Strahlen ist die Wirkung auf die menschliche Erbsubstanz."

Man kann die Konzernchefs kaum beschuldigen, sie hätten vorsätzlich gehandelt. Wären sie sich bewußt gewesen, wie ihr Arzneimittelexperiment ausgeht, hätten sie es höchstwahrscheinlich rechtzeitig gestoppt — wenn schon nicht aus Menschenliebe, dann doch wenigstens aus Selbsterhaltungstrieb, um einem Gerichtsverfahren aus dem Wege zu gehen. Von der Neutronenwaffe weiß man im voraus wenn nicht alles, so doch genug, um die Folgen ihres Einsatzes beurteilen zu können. Man weiß es schon jetzt, noch bevor der Beschluß über ihre Serienherstellung und Lagerung in den NATO-Arsenalen fällt. Die diese Entscheidung zu treffen haben, werden sich nicht damit rechtfertigen können, daß sie nicht wußten, was sie tun.

Es handelt sich um eine amerikanische Waffe, das erste und letzte Wort hat der Präsident der USA. Aber er will sie keineswegs in Texas einsetzen. Die Waffe ist ein Exportgut, zur Lagerung in Westeuropa. Washington wartet jetzt auf die Zusage, daß die Ware Absatz findet. Es braucht das vorherige Einverständnis der europäischen NATO-Partner zur Lagerung (also auch zur Anwendung) der Neutronenbombe auf ihrem Territorium und insbesondere auf dem Territorium der Bundesrepublik Deutschland. Die Absage der westeuropäischen Länder, diese Waffe bei sich unterzubringen, würde mit hoher Wahrscheinlichkeit auch den Verzicht der USA auf ihre Serienherstellung bedeuten. Die Last der Verantwortung wurde damit im wesentlichen Maße den westeuropäischen Regierungen auferlegt. In der Bundesrepublik hat das eine seit Juni andauernde Diskussion ausgelöst. Damals hatte die Presse zum erstenmal gemeldet, die neue Waffe könne in Serienproduktion gehen.

Die erste Reaktion der Öffentlichkeit war ein Schock, der in die Empörung über den Zynismus jener überging, die nicht nur eine neue Todeswaffe entwickelten, sondern sie auch dafür preisen, daß sie ja bloß Menschen tötet und alle materiellen Werte intakt läßt.

In den Regierungskreisen und in den Bundestagsparteien verlief die Diskussion nicht so eindeutig. Das erste klare Wort sprach Egon Bahr von der SPD, der die neue Waffe eine „Perversion menschlichen Denkens" nannte. In der Öffentlichkeit und von der Parteibasis wurde diese Äußerung begrüßt. Einige Kollegen Bahrs im SPD-Vorstand, z. B. Verteidigungsminister Leber, nahmen sie dagegen ausgesprochen kühl auf. Die Führer der rechtskonservativen Opposition jedoch machten gemeinsam mit der reaktionären Presse Front gegen Bahr.

Die Diskussionen des Sommers aber verstummten, und erst am 8. September, als der Bundestag die Verteidigungspolitik debattierte, wurden sie wiederaufgenommen. Kurz vorher hatte der CDU/CSU-Wehrexperte Manfred Wörner das Gerücht ausgestreut, die Bundesregierung werde sich für die Herstellung der Neutronenbombe aussprechen. Obwohl das ein SPD-Sprecher während der Debatten dementierte, stimmten im Grunde viele Äußerungen von Vertretern des Verteidigungsministeriums mit den Gedanken des aktiven Verfechters der neuen Waffe Manfred Wörner überein. Noch deutlicher war die Rede des FDP-Militärexperten Möllemann. Er malte die „Vorteile" der Bombe aus und versicherte, sie sei ein vorzügliches „Abschreckungsmittel", das zur — man staune! — Stabilisierung der Lage in Mitteleuropa beitrage.

Eine nächste Stufe in der Diskussion wurde der SPD-Parteitag Mitte November in Hamburg. Dort zeigte sich die Widersprüchlichkeit des politischen Lebens der Bundesrepublik besonders klar. In den Reden des Parteivorsitzenden Willy Brandt, Bundeskanzler Helmut Schmidts und einiger anderer fanden sich nicht wenige eindeutige Aussagen zur Fortsetzung der Entspannungspolitik. Wie auch auf dem vorhergegangenen Parteitag der FDP wurde in Hamburg erklärt, es gebe in unserer Zeit keine Alternative zur Entspannungspolitik. Gleichzeitig wollten die Parteiführer die Annahme eines Resolutionsentwurfs nicht zulassen, der die Regierung unzweideutig auffordert, sich der Herstellung und Lagerung der neuen Waffe in der Bundesrepublik zu widersetzen. Man einigte sich auf eine Formulierung, die zwar die Neutronenbombe nicht billigte (derartige Resolutionen gab es auf dem Parteitag überhaupt nicht), aber genügend undifferenziert war und die verschiedensten Möglichkeiten offenließ. Gegen diese Art und Weise sprachen sich viele Delegierte, vor allem junge Parteimitglieder, aus.

Ihre Befürchtungen lassen sich keineswegs als unbegründet bezeichnen. Das Nachrichtenmagazin **Der Spiegel** behauptete in einer der jüngsten Ausgaben, einige Regierungspolitiker seien davon überzeugt, man müsse die neue Bombe in das Rüstungsarsenal des Westens

aufnehmen. Es läßt sich schwer sagen, inwieweit die **Spiegel**-Meldung zutrifft, denn es ist z. B. bekannt, daß auf der kürzlichen NATO-Ratstagung in Brüssel keine Entscheidung über die Neutronenwaffe getroffen wurde. Jedenfalls fand sich nichts davon im Kommuniqué. Journalisten erfuhren als Hintergrundinformation, die USA verlangten von den Westeuropäern, sie sollten zunächst ihr Einverständnis geben, die Bombe bei sich zu lagern, und erst dann werde Washington an die Frage ihrer Herstellung herantreten.

Die Diskussionen zeigten einerseits, wie unterschiedlich die beiden Seiten das „Neutronenproblem" betrachten, andererseits aber den beiderseitigen Wunsch, dem Partner die Verantwortung aufzulasten. Ein völlig verständlicher Wunsch angesichts der zunehmenden Protestwelle in den NATO-Ländern gegen die Killer-Bombe.

In der Bundesrepublik sind die Proteste besonders stark geworden. Auf einer Konferenz des Komitees für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit im Kölner Flora-Saal im Dezember wurde mitgeteilt, der Aufruf des Komitees „Beendet das Wettrüsten!" habe die Zustimmung von insgesamt 3 Millionen Menschen erhalten. Die Konferenz richtete an jeden Bundestagsabgeordneten einen Offenen Brief, in dem er aufgefordert wurde, er solle die Meinung der Bundesbürger berücksichtigen, die sich gegen Massenvernichtungswaffen wenden. (Während einer Umfrage meinten 49% der Befragten, der Westen solle mit der Abschaffung der Kernwaffen beginnen.) In Köln waren Vertreter der Gewerkschaften, der Jugend- und Frauenorganisationen, wissenschaftlicher Institute und Universitäten anwesend. Doch die Neutronenbombe hat Gegner in sehr viel breiteren Kreisen. Zu ihnen gehören selbst Angehörige der Opposition, so der CDU-Abgeordnete Walther Kiep. Ein eindeutig negatives Urteil über die Bombe gab der ehemalige hohe NATO-Offizier, General i. R. Steinhoff ab, der die Ansicht vertritt, die neue Waffe könne einen militärischen Konflikt wahrscheinlicher machen. Der gleichen Meinung sind die früheren Bundeswehrgenerale Trettner und Baudissin.

Während der Diskussion wurden die Thesen der Befürworter der Neutronenwaffe und derer, die ihre Gefahr bewußt oder unbewußt herunterspielen, gelichtet. Anton Guha, Mitarbeiter der der SPD nahestehenden **Frankfurter Rundschau**, brachte kürzlich ein Buch unter dem Titel „Die Neutronenbombe oder die Perversion menschlichen Denkens" heraus, in dem er überzeugend darlegt, daß sich die Militärs praktisch der politischen Kontrolle beim Einsatz taktischer Kernwaffen entziehen. Guha ist sicher, daß das Prinzip der Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen bedroht ist. Der Kölner Wissenschaftler Reinhard Opitz schreibt: Wenn die Regierung zur Neutronenbombe Ja sage, schaffe sie eine günstige innenpolitische Atmosphäre für die Extremrechten und werde damit die Wiedererstehung des Geistes des kalten Krieges und die völlige Demontage der Demokratie fördern. Unter solchen Umständen hätte es die jetzige Opposition sehr viel leichter, die SPD/FDP-Koalition aus dem Sessel zu stoßen.

Das wichtigste Argument der Gegner der Neutronenbombe in der Bundesrepublik aber lautet: Sie bedeutet eine ernstliche Bedrohung der nationalen Interessen. Der ehemalige Chef der Jungsozialisten Carsten Voigt sagte auf dem SPD-Parteitag: Wenn sie in der Bundesrepublik Deutschland gelagert würde, käme sie wahrscheinlich auf ihrem Gebiet zum Einsatz und die Bundesrepublik wäre damit unmittelbarer betroffen als die meisten Staaten in Europa.

Wenn die Neutronenbombe, die ja keineswegs nur eine „modernisierte Variante" der taktischen Kernwaffen darstellt, auf Serie gelegt und danach in die westeuropäischen Heeresbestände aufgenommen wird, wo bereits 7000 Kernsprengköpfe lagern, dann ergibt sich in Europa eine neue Situation. Bundesdeutsche Militärexperten versichern, in diesem Fall würde die Gefahr eines nuklearen Konflikts bedeutend zunehmen. Die Folgen davon muß man wohl nicht erst erläutern. Eine solche Entscheidung ist unvereinbar mit der Orientierung auf politische und militärische Entspannung. Sie stünde in direktem Widerspruch zu den Zielen, die sich die Gesprächspartner in Wien und Genf gestellt haben. Sie würde die Verankerung des Geistes von Helsinki und den Erfolg von Belgrad zweifelhaft machen.

In der Bundesrepublik wird das von vielen gut begriffen. Wird man aber in Bonn die entsprechenden Konsequenzen ziehen?

Bonn

NZ STREIFLICHTER

sozialistischen Länder auch in der letzten Runde konstruktiv zur Verankerung der militärischen Entspanung in Europa beitragen wollen. Sie setzen sich dafür ein, daß jeder Teilnehmerstaat gleichwertige Kürzungen vornimmt, die dem jeweiligen Militärpotential entsprechen. Auf der Plenarsitzung am 16. Dezember äußerte der sowjetische Delegationschef, Botschafter Tarassow, wenn der Westen die seit langem auf dem Wiener Verhandlungstisch liegenden realistischen Vorschläge der sozialistischen Länder akzeptiert hätte, wäre heute bereits ein Abbau der Truppen und Rüstungen in Mitteleuropa um etwa 17% erreicht worden.

Es wurde eine Arbeitspause bis Ende Januar eingelegt.

■ NIEDERLANDE

Nach einer fast siebenmonatigen Regierungskrise wurde die Bildung eines neuen Koalitionskabinetts bekanntgegeben. Sein Chef ist der ehemalige Justizminister van Agt. Dem Kabinett gehören zehn Vertreter des Christen Democratisch Appel (CDA), eines Blocks aus drei klerikalen Parteien, an sowie sechs Rechtsliberale aus der Volkspartei für Freiheit und Demokratie.

Die Regierungskrise hatte nach den Frühjahrswahlen eingesetzt, bei denen keine Partei eine Mehrheit in der zweiten Kammer erringen konnte. Damals war der vorherige Ministerpräsident den Uyl als Vorsitzender der Partei der Arbeit, die die meisten Stimmen auf sich vereinigen konnte, mit der Bildung einer Koalitionsregierung beauftragt worden. Die Versuche den Uyls, gemeinsam mit den Klerikalen und der Partei Demokraten 66 ein Kabinett zu bilden, scheiterten wegen Differenzen mit der CDA. Danach wurde van Agt die Regierungsbildung übertragen, der schließlich eine Absprache mit den Rechtsliberalen treffen konnte. So hat sich statt der nach den Wahlen erwarteten linkszentristischen Mehrheitsregierung ein rechtszentristisches Minderheitskabinett ergeben.

■ TÜRKEI

Laut türkischen Pressestimmen haben in letzter Zeit wegen ernstlicher Differenzen innerhalb der bürgerlich-konser-

——▶

USA

TRAKTORENMARSCH AUF WASHINGTON

Von unserem Eigenberichterstatter
J. GUDKOW

Es ist schon ungewöhnlich, daß USA-Farmer streiken. Etwas Ähnliches gab es nur zur Zeit der Großen Krise. Die Ausmaße der heutigen Bewegung und die Entschlossenheit ihrer Teilnehmer zeugen von einer starken Unzufriedenheit, die gewiß nicht von selbst verschwinden wird.

Der Gedanke an einen Streik kam im September auf, als vier Farmer in Springfield bei einer Tasse Kaffee zusammenkamen, um ihre Angelegenheiten zu besprechen.

„Heute hat dieser Gedanke in 45 Staaten Anklang gefunden", sagt Lawrence Bitner, einer der Streikleiter, „in ca. 20 wirken 300 Streikkomitees."

Der Streik begann am 14. Dezember. Die Aktionsformen sind verschieden: Protestkundgebungen gegen die Agrarpolitik der Regierung, Streikposten vor Nahrungsmittellagern, Geschäften und vor Versteigerungsräumen, in denen Getreide und Vieh verkauft werden, Einstellung von Nahrungsmittellieferungen. Insgesamt beteiligen sich am Ausstand über eine Million Farmer.

Die bestehenden Preise für die Agrarerzeugnisse bringen den Farmer in eine Lage, in der er faktisch zum eigenen Nachteil arbeitet. Bill Schreder aus Colorado, der ebenfalls am Streik teilnimmt, erläutert: „Für mich hat es keinen Sinn, mit der Aussaat erst zu beginnen. Arbeite ich, so verliere ich Geld. Lege ich die Hände in den Schoß, verliere ich Geld ebenfalls. Was soll ich also tun?"

Besonders schwer haben es kleine Farmen, denn die niedrigen Marktpreise bedrohen ihre Existenz.

Die Regierung kann die gestellten Forderungen nicht einfach zurückweisen. In einer Erklärung des Weißen Hauses wird sogar betont, daß die heute bestehenden Wirtschaftsbedingungen „reale Schwierigkeiten für viele Farmer Amerikas geschaffen haben". Landwirtschaftsminister Robert Bergland nannte das Sinken ihrer Einkünfte „katastrophal", erklärte aber im gleichen Atemzug, Washington beabsichtige nicht, Zugeständnisse zu machen.

Die amerikanischen Massenmedien schweigen sich über den Streik aus. Deshalb sind seine Organisatoren bestrebt, die legitimen Forderungen der Farmer und die Ziele ihres Kampfes der Öffentlichkeit nahezubringen. Diesem Ziel dienen zahlreiche Kundgebungen und Traktorenmärsche. Traktoren sind ein Mittel des Protestes geworden. Sie haben die Felder verlassen, sie fahren heute auf den Straßen Amerikas. Eines Tages fuhren sie alle Richtung Washington.

Zu einem Ereignis wurden Demonstrationen, die einige Tage vor dem Streik stattfanden. Im Morgengrauen des 10. Dezember erreichten zwei Kolonnen, jede einige Meilen lang, die Straße Nr. 50 und bewegten sich gen Washington, von Polizeistreifenwagen begleitet. 600 Traktoren kamen dort um 11 Uhr vormittags an und nahmen in der Independence- und der Costitution-Avenue Aufstellung.

Bald darauf begann am Washington-Denkmal eine Protestkundgebung gegen die niedrigen Preise für Agrarerzeugnisse, die heute Millionen Farmer praktisch ruinieren.

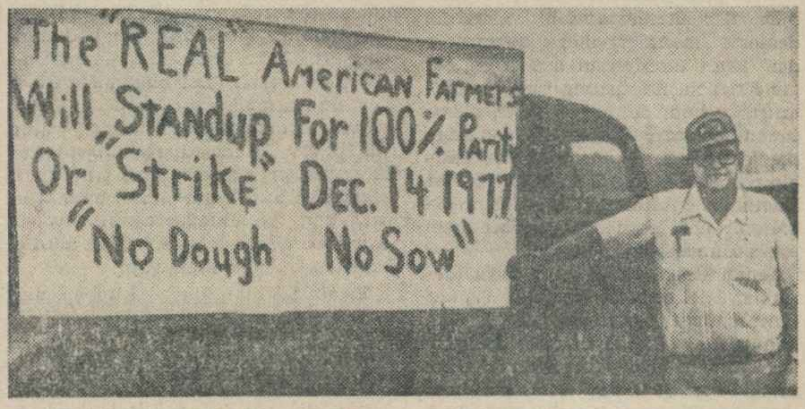
„Wir bitten nicht um eine milde Gabe, auch nicht um etwas, was uns nicht gehört", sagte Oliver Odom, ein 62jähriger Farmer aus Georgia. „Wir verlangen, was wir erarbeitet haben, und werden unser Ziel erreichen."

Die Reden auf der Kundgebung zeugten deutlich von der Entrüstung über die Behörden, die der Stimme des ländlichen Amerika kein Gehör schenken wollen. Einige Kongreßmitglieder meldeten sich ebenfalls zu Wort, um der Kundgebung eine andere Richtung zu geben.

Senator Dole sagte: „Ich glaube, die Sympathien von Präsident Carter sind auf Eurer Seite, ebenso die des Landwirtschaftsministers Bergland und des Kongresses." Als Antwort hörte er:

„Was wir brauchen, ist nicht Sympathie, sondern Geld!"

Ein anderer Farmer rief aus, wobei er auf das Weiße Haus zeigte: „Sollte es notwendig sein, kehren wir hierher zurück."



An der Straße Nr. 50, Kansas. Teilnehmer des Farmerstreiks
Aus „Daily World" (USA)

Nachmittags setzten sich die Traktoren wieder in Bewegung, um heimzufahren, aber 50 davon — nach der Zahl der Bundesstaaten — blieben in der Pennsylvannia-Avenue, dicht am Fuße des Kapitol. Dort standen sie als nicht zu übersehende Mahnung bis zum 14. Dezember, als der Generalstreik der Farmer begann.

Gleichzeitig verliefen Kundgebungen in mehr als 30 Staaten, wo Traktorenkolonnen ebenfalls angekommen waren. In Atlanta (Georgia, der Heimatstaat des Präsidenten) bildeten etwa 6000 Traktoren einen breiten Ring um den Sitz der Behörden; nach Denver (Colorado) kamen 1500 Traktoren. In Kansas,

dem wichtigsten Getreidestaat der USA, waren die Straßen von Topika von Traktoren und Mähdreschern verstopft.

Bis vor kurzem spielte die Farmerbewegung im Mittelwesten kaum eine Rolle. Wie die **New York Times** sich ausdrückt, hat sie heute nicht nur Massencharakter, sondern auch ein bestimmtes politisches Gepräge angenommen.

Das Hauptproblem für die Farmer ist der Preissturz bei den Agrarerzeugnissen. Die Weizen- und Maispreise sind gesunken. Im vorigen Frühjahr erhielt der Farmer für ein Bushel Sojabohnen über 10 Dollar, heute bekommt er 5,50 Dollar. Die Inflation aber treibt unentwegt die Preise für alles in die Höhe, was der Farmer braucht: Landmaschinen, Dünger, Benzin und Dieseltreibstoff. Für einen Traktor, der vor 10 Jahren 9000 Dollar kostete, muß man heute 32 000 bezahlen.

Der Dieseltreibstoff ist fast dreimal so teuer geworden. Infolgedessen steht die Kaufkraft des USA-Farmers erstmalig in der ganzen Nachkriegsgeschichte auf einem Stand, der nur mit den Zeiten der Großen Krise, also mit den 30er Jahren, verglichen werden kann. Nach dem Verkauf seiner Ernte ist er nicht einmal imstande, die Gestehungskosten wieder hereinzubringen.

Laut Statistiken leben 50% der Armen Amerikas auf dem Lande, obwohl die ländliche Bevölkerung weniger als ein Drittel der gesamten Bevölkerung ausmacht. Eine immer größere Anzahl von Farmern muß ihre Scholle aufgeben. In Wisconsin haben in diesem Jahr viermal so viele Wirtschaften Bankrott gemacht wie vor drei Jahren.

Die Farmer hatten gewisse Hoffnungen in die Regierung Carter gesetzt. Er versprach, Darlehen stark zu vergrößern, und gewann so viele Staaten im Westen und Mittelwesten für sich, was seinen Erfolg bei den Wahlen in hohem Maße bestimmte. Der Präsident hat ein Gesetz über die Landwirtschaft angenommen und unterzeichnet, aber es sichert den Farmern nach wie vor nicht die Garantie, daß sie auf ihre Kosten kommen. Das Veto, das Carter androhte, als im Kongreß der Versuch unternommen wurde, die einschlägigen Ausgaben zu steigern, brachte die Farmer auf. Die Situation wurde noch geladener, nachdem die Ausgaben für eine Erweiterung der Wasserversorgung und des Bewässerungssystems gekürzt wurden. Oren Stanley, Präsident der Nationalen Farmerorganisation, sagt:

„Einmal habe ich einen Farmer die Worte sagen hören, die genau das wiedergeben, was wir beinahe täglich hören: ‚Wir konnten das von jedem anderen, nur nicht von Carter erwarten. Er hat uns belogen.'"

Die Fahrt des Präsidenten nach dem Agrarstaat Iowa Ende Oktober sowie die regelmäßigen Fahrten Minister Berglands durch die ländlichen Regionen haben die Farmer nicht beschwichtigt. Mehr noch, die Reise Robert Berglands nach Colorado im September d. J. war der Ausgangspunkt für alles Spätere. Gerade damals überzeugten sich die Farmer davon, daß sie von der Regierung nichts zu erwarten hatten, und in den Straßen der Städte tauchten die ersten Traktorenkolonnen auf. Der Minister sagte den Farmern zwar, seine Sympathien gehörten ihnen, doch hat er eine nennenswerte Preiserhöhung für ihre Erzeugnisse völlig ausgeschlossen.

Dabei wissen die Farmer, daß eine solche Politik ihre eigene Lage immer hoffnungsloser macht und nur für die Vermittler und Aufkäufer von Vorteil ist, da die Einzelhandelspreise für die Nahrungsmittel unaufhaltsam in die Höhe klettern. In den letzten zehn Jahren haben sie sich verdoppelt.

Heute werden die Aktionen der Farmer von der Amerikanischen landwirtschaftlichen Bewegung, einer vor etwas mehr als zwei Monaten gebildeten Organisation, geleitet. Sie hat keine Mitgliederliste, auch keine gewählten oder ernannten Leiter, könnte jedoch die Farmer um das gemeinsame Ziel vereinigen und ihnen etwas von der eigenen Entschlossenheit verleihen. Heute wirkt sie im ganzen Lande.

In der Wirtschaft nimmt der Farmer eine wichtige Stellung nicht nur als Lieferant, sondern auch als Käufer ein. Dabei haben die Farmer laut Pressemeldungen den Ankauf von technischen und langlebigen Waren schon eingeschränkt.

„Die schweren Zeiten in der Landwirtschaft wirken sich bereits auf die ganze US-Wirtschaft aus", schreibt die **World Street Journal.** Und einer der Farmer sagt:

„Wir werden weder kaufen noch verkaufen. Wenn die Saatzeit kommt, stecken wir kein einziges Körnchen in die Erde."

New York

NZ STREIFLICHTER

vativen Gerechtigkeitspartei — der führenden Partei der jetzigen Koalitionsregierung — neun Abgeordnete der Medschlis ihre Partei verlassen. Somit ist die Sitzzahl, die die Regierungskoalition im Unterhaus des Parlaments besitzt, auf 219 (von 450) zurückgegangen. Der Koalition gehören ferner die klerikale Partei der nationalen Rettung und die extremrechte Partei der nationalen Bewegung an. Suleiman Demirel, Vorsitzender der Gerechtigkeitspartei, nannte die Situation in der Parlamentsfraktion kritisch. Bülent Ecévit, der Generalvorsitzende der oppositionellen Republikanischen Volkspartei, die in der Medschlis über 214 Plätze verfügt, erklärte, offenbar werde sich in den nächsten Tagen die Möglichkeit eines Regierungswechsels ergeben.

Auf die innenpolitische Situation sollen die am 11. Dezember abgehaltenen Gemeindewahlen einen gewissen Einfluß genommen haben. In 42 von 67 Verwaltungsbezirken hatte dabei die Republikanische Volkspartei gesiegt.

■ ZYPERN

Am 14. Dezember hatten Angehörige der reaktionären illegalen EOKA-2 den Sohn des zypriotischen Präsidenten Unterleutnant Achilleas Kyprianou entführt. Sie kündigten an, den jungen Offizier umzubringen, wenn nicht sofort verurteilte und in Untersuchungshaft befindliche EOKA-2-Mitglieder amnestiert und die Polizeifahndung nach Mitgliedern der Gruppe eingestellt werde. Präsident und Regierung wiesen das Ultimatum zurück. Präsident Kyprianou erklärte, er betrachte die Sache nicht nur als Vater, sondern vor allem als Staatsoberhaupt, das nationale Interessen zu beachten habe.

Die Terroristen ließen, nachdem sie sich von der Ergebnislosigkeit ihres Ultimatums überzeugt hatten und von der Empörung der Öffentlichkeit erschreckt waren, den Unterleutnant am 18. Dezember frei.

Auf Aufruf eines Koordinierungskomitees von Parteien und Organisationen wurde am 19. Dezember für drei Stunden die Arbeit im ganzen Lande niedergelegt. Es kam zu Protestkundgebungen und -demonstrationen gegen die Reaktion.

■



Im Zentrum von Bukarest

Eine neue Dimension

Leonid TOPORKOW

In Bukarest, an der Kreuzung zweier Alleen, steht das Denkmal eines Mannes, der viel für sein Land getan hat. Eine imposante Gestalt, ein forschender Blick. Dr. Petru Groza scheint noch heute mitten im Leben zu stehen. Die Allee seines Namens trifft sich jenseits des Opernplatzes mit der nach Gheorghe Gheorghiu-Dej benannten Allee, was mir symbolisch zu sein scheint. Am 30. Dezember 1947 überbrachten Petru Groza als Chef der ersten demokratischen Regierung Rumäniens und Gheorghe Gheorghiu-Dej als Generalsekretär des ZK der RKP dem König die Aufforderung abzudanken.

Das Ende der Hohenzollernmonarchie und die Ausrufung der VR Rumänien am selben Tage, wonach diese Kurs auf sozialistische Umgestaltungen nahm, war der logische Abschluß der Ereignisse vom 23. August 1944: des Aufstands der patriotischen Kräfte, der in einer günstigen Situation zustande kam, als die Sowjetarmee entscheidende Siege über den Faschismus davontrug.

Die SRR feiert ihr dreißigjähriges Bestehen. Bei diesem großen Fest bieten sich ihrem Volk neue Aussichten. Im November v. J. sagte Leonid Breshnew auf einer Kundgebung in Bukarest: „Wir sehen mit großer Befriedigung, daß die Sozialistische Republik Rumänien heute ein Land mit raschem Entwicklungstempo, mit einer stetig wachsenden modernen Industrie und einer gut organisierten genossenschaftlichen Landwirtschaft ist."

Ich denke an meine kürzliche Reise nach Târgoviște, der Hauptstadt des Kreises Dîmbovița, der malerisch in den Ausläufern der Karpaten liegt. Die Stadt ist uralt. Zum erstenmal ist sie in Schriften aus dem 14. Jahrhundert erwähnt. Einst war sie die Hauptstadt der Walachei, kannte Aufstiege und Niedergänge. Ihre wirtschaftliche, kulturelle und bauliche Wiedergeburt erlebte sie aber unter der Volksmacht als Schwerpunkt des Hüttenwesens und des Maschinenbaus.

Industrielandschaften haben eine eigene Schönheit, einen eigenen Rhythmus. Großen Eindruck macht das Fabrikviertel am Stadtrand, jenseits des Geflechts der Schienenstränge. In den letzten Jahren allein sind hier ein hochmodernes Kombinat für Sortenstahl und eine Werkzeugmaschinenfabrik entstanden.

Im Kombinat (es nimmt 120 ha ein) unterhalte ich mich mit Generaldirektor Nicolae Ojovan. Er hat am Bukarester Polytechnikum studiert und ist ein energischer, in großen Kategorien denkender, in seinem Beruf aufgehender Ingenieur. Der Leiter der 6000 Personen zählenden Belegschaft kennt den Betrieb bis in den letzten Winkel. Er hat ja am Bauprojekt mitgearbeitet und ihn bauen geholfen.

„Sie haben gut gebaut, für sich", scherze ich.

„Das nicht! Die Ernennung kam wie aus heiterem Himmel. Aber wir haben den Betrieb gewissenhaft gebaut und eingerichtet, ich konnte ihn unbesorgt übernehmen."

Der Bau des Kombinats mit einem jährlichen Stahlausstoß von 60 000 t ging schnell vonstatten. Er lief 1968 an und war 1973 fertig. Ojovan spricht anerkennend über die Zusammenarbeit mit der UdSSR: 14 000 t Hüttenausrüstungen wurden aus Charkow, Leningrad, Saporoshje, Nowosibirsk und Tallinn geliefert, und die ganzen Jahre halfen sowjetische Fachkräfte den rumänischen Kollegen die Einrichtung zu montieren und sich an den elektrischen Schmelzöfen, der riesigen Walzstraße und vielen anderen Ausrüstungen gut einzuarbeiten.

Auch die Fabrik in Târgoviște ist noch jung, sie besteht erst sieben Jahre, hat sich aber schon einen Namen gemacht. Sie liefert jährlich 2000 Werkzeugmaschinen, 40% davon für den Export. Mit dem Direktor, Lucian Mititelu, wandere ich durch die große, helle Haupthalle (sie nimmt 20 000 m² ein) und sehe verschiedene Maschinen, automatische



Das Werk für legierte Stähle in Târgoviște, an dessen Bau die UdSSR, die DDR und Polen beteiligt waren, ist aufs modernste ausgerüstet.

Foto Agerpress-TASS

und programmgesteuerte, entstehen. Mir fallen die vielen jungen Arbeiter auf.

„Sie haben ganz recht", sagt Mititelu, „das Durchschnittsalter bei unseren Arbeitern sind 25 Jahre. Wir lernen jährlich selbst 400 an, haben ein Lyzeum und eine Berufsschule, die jungen Leute kommen gern zu uns. Wir haben ein großes Junggesellenheim gebaut, und bald wird noch eins fertig. Kurz: Wir tun alles, damit die Leute sorgenfrei arbeiten, ihre Fähigkeiten entwickeln und ihre Freizeit angenehm verbringen können. Wir haben ein schönes

Kulturhaus, da werden Theaterstükke und Filme aufgeführt und treten Laienkünstler auf."

Târgoviște, das auch elektrotechnische Artikel und Ausrüstungen für die Ölgewinnung und Chemie erzeugt, wird mit Recht eine Hochburg der rumänischen Industrie genannt. Die Stadt und der ganze Kreis Dîmbovița haben gute Aussichten. Hat die Stadt — wie uns Ion Călinescu, der Sekretär des RKP-Kreiskomitees, erzählte — jetzt eine jährliche Bruttoproduktion im Werte von 16. Md. Leu, so werden es bis 1980 23 Md. sein. Viele wichtige Wirtschaftsbranchen werden sich in Städten wie Gaești, Titu, Moreni, Pucioasa und Fieni entwickeln.

Große Umwälzungen gehen auch in der Landwirtschaft vor sich. Sie wird allmählich industrialisiert. Sehr charakteristisch ist in dieser Hinsicht die Entwicklung der Dobrudscha, die vom Schwarzen Meer bis an die Donau reicht. Früher hatte sie nie reiche Ernten, denn sie ist arm an Niederschlägen. Was aber das alte Rumänien nicht konnte, hat das sozialistische zuwege gebracht. Das vom Staat gebaute große Carasu-Bewässerungssystem und Regenanlagen sorgen für Feuchtigkeit. Aber das und die neuen Anbauverfahren sind noch nicht alles. Eine große Rolle beim Umgestalten und Begrünen der Dobrudscha haben die jeweils mehrere Genossenschaften erfassenden Räte gespielt. Sie stellen die höchste Form der Genossenschaft dar, dank ihr können Melioration und Mechanisierung mit größerem Nutzen angewandt und die Agrarbetriebe spezialisiert werden.

Als Beispiel möchte ich den intergenossenschaftlichen Rat von Cobadin anführen. Er hat mehrere Genossenschaften integriert, wie es die Bauern jetzt nennen. Anhand einer Bodenkarte hat er bestimmt, wo welche Nutzpflanzen am besten angebaut und wo was für Viehzuchtbetriebe angelegt werden sollen. So kam die Sache bedeutend schneller vom Fleck. Dank den hohen Einkünften kann man die Dörfer umbauen. Viele sind jetzt hübsche Agrarstädtchen mit allen Bequemlichkeiten und Annehmlichkeiten.

Das sozialistische Rumänien lebt in einer neuen Zeit, und so beurteilt man denn auch die Lebensverhältnisse nach neuem Merkmal: danach, ob sich die Menschen glücklich fühlen.

Bukarest, im Dezember

LORD CHALFONT UND DER UNTERGANG DES ABENDLANDES

Der Krieg sei „eine grauenhafte Gemeinheit". „Jede zivilisierte Regierung muß sich bemühen, dem irrsinnigen Wettrüsten ein Ende zu bereiten und die unglaublich aufgedunsenen Kernwaffenvorräte zu reduzieren."

Wer mit den Schriften Lord Chalfonts bekannt ist, kann sich über diese Zeilen nur wundern. Ist das wirklich derselbe Mann, der so ein eifriger Trommler des kalten Krieges und Warner vor der „sowjetischen Gefahr" war? Er ist es. Und doch wäre es übereilt, ihn zu den Pazifisten zu zählen.

Das obige Zitat ist nur der letzte Absatz eines langen Artikels des Lords in der Londoner **Times**. Leider ist nur das Ende seines Elaborats so friedfertig.

Der Lord hat eine Totenklage für den Westen angestimmt. Dort zeige man eine unerhörte Gleichgültigkeit für „unsere geschwächte Verteidigung", sehe man nicht, was sich an der „europäischen Front" abspiele, „wo der Warschauer Pakt eine unverkennbare, besorgniserregende Überlegenheit über die NATO erlangt" habe. Noch gut, daß der Lord Moskau nicht der Absicht beschuldigt hat, vor der Nase der NATO Neutronenbomben zu stationieren.

Jeden Augenblick könne „ein Überraschungsangriff" erfolgen und könnten „die Russen am Rhein stehen" — an der Themse natürlich auch, wenn man nicht die Konsequenzen aus seinem Artikel zöge, den er zur „Verteidigungsdebatte" im Unterhaus veröffentlicht hat.

Der Lord vergleicht den Westen mit der untergehenden „Titanic". Aber der wachsame und aufrechte Lord gibt den „russischen Strategen" nicht die geringste Chance, er werde nicht zulassen, daß das Abendland untergeht. Er selbst weiß für dieses einen Rettungsring, was für einen, das ist leicht zu erraten: einen größeren Militäretat und ein stärkeres „Verteidigungspotential" des Westens.

„Auf die NATO wird gedrückt, sie soll enorme Aufwendungen für eine selbständige Verteidigung machen", erklärte neulich William Perry, Unterstaatssekretär der USA für Verteidigung, Dezernat Forschungen. Nun, an Lord Chalfont hat das Pentagon einen Sachwalter an der Themse gefunden.

Dieses Jahr allein war der Etat der europäischen NATO-Gruppe um 4 Md. Dollar größer als im vorigen. In den Dezembersitzungen haben die militärischen und politischen NATO-Organe eine Menge militaristische Programme beschlossen, für die der gängige Ausdruck „sich bis an die Zähne bewaffnen" kaum ausreicht. In der **Times** schreibt Lord Chalfont darüber kein Wort, ihm geht es ja darum, der NATO politischen Leichtsinn der „sowjetischen Gefahr" gegenüber nachzusagen.

Ebenso verschweigt er, was ihm an der Politik der UdSSR und an den Äußerungen ihrer Spitzenpolitiker nicht in den Kram paßt.

Er verlangt von der NATO größere Militäraufwendungen und verhehlt dabei, daß die UdSSR seit Jahren die ihren nicht erhöht.

Er regt sich über einen „Überraschungsangriff der russischen Strategen" auf und ignoriert die unmißverständliche Erklärung Leonid Breshnews, daß die UdSSR grundsätzlich gegen abenteuerliche Konzeptionen wie die vom „ersten Schlag" und gegen einen Kernkrieg überhaupt ist.

Bei seinem Gerede, daß die UdSSR auf eine „erdrückende Überlegenheit" aus sei, übergeht er die ebenso unmißverständliche Erklärung, daß sich die UdSSR um keine militärische Überlegenheit über die andere Seite bemüht noch bemühen wird.

Er schreckt den Westen mit dem Warschauer Vertrag und „vergißt" dabei zu sagen, daß die UdSSR und ihre Verbündeten bereit sind, ihre Militärorganisation aufzulösen, wenn man auch die NATO aufzulösen bereit wäre.

Unwissenheit kann man dem Lord doch kaum zugute halten. Sicher sind ihm die aufgezählten Tatsachen und Erklärungen zur Genüge bekannt. Also hetzt er wissentlich, in böser Absicht.

Der „zivilisierte" Lord verurteilt das „irrsinnige Wettrüsten". Er nennt den Krieg eine grauenhafte Gemeinheit. Und was sind dann seine eigenen Provokationen und Hetzereien?

W. KUSNEZOW

INTERVIEW

Für Entspannung und konstruktiven Dialog

Unser Korrespondent W. Tschirkow traf mit Felipe González, Generalsekretär der Sozialistischen Arbeiterpartei Spaniens (PSOE), der in Moskau weilte, zusammen und ersuchte ihn, einige Fragen zu beantworten.

Wie beurteilen Sie die Situation in Spanien und seine wirtschaftlichen und politischen Perspektiven?

In Spanien wurde die Diktatur beseitigt, und zwar auf etwas ungewöhnliche Weise: Der alte Staatsapparat wurde nicht gleich liquidiert, die vom früheren Regime geschaffenen Einrichtungen existierten weiter; erst jetzt werden sie durch neue ersetzt. Diese Eigenart hat ihre guten und schlechten Seiten. Für positiv halte ich den friedlichen Übergang von der Diktatur zur Demokratie. Aber die Situation ist insofern kompliziert, als die neuen, demokratischen Institutionen neben den alten bestehen.

Zur Festigung der Demokratie in Spanien werden die Annahme einer neuen Verfassung sowie die Abhaltung der Gemeinderats- und der Gewerkschaftswahlen beitragen, wichtig ist auch die wirtschaftliche Stabilisierung.

Es wird erwartet, daß die neue Verfassung Spaniens 1978 angenommen sein wird. Glauben Sie, daß das Parlament in seiner jetzigen Zusammensetzung danach aufzulösen und daß neue Wahlen auszuschreiben sind?

Vom formal-rechtlichen Standpunkt braucht das jetzige Parlament nicht aufgelöst zu werden. Aber in Anbetracht der politischen Realitäten erscheint dieser Schritt notwendig, um die staatlichen Institutionen mit den Interessen der Entwicklung des Landes in Einklang zu bringen. Deshalb denke ich, daß neue Parlamentswahlen bei uns stattfinden werden.

Warum besteht die demokratische Opposition auf baldigster Abhaltung der Gemeinderatswahlen? Rechnet Ihre Partei damit, bei diesen Wahlen mehr Stimmen zu erhalten als am 15. Juni 1977?

Das ist für uns nicht das Hauptmotiv. Offen gesagt, glaube ich, daß die PSOE bei den Gemeinderatswahlen ebenso wie alle Linkskräfte vorankommen wird. Wichtiger ist jedoch etwas anderes. Damit die Demokratie erstarkt, müssen nach den diesjährigen Parlamentswahlen auch die lokalen Machtorgane demokratisiert werden. Ebenso wie die Regierung und das heutige Parlament müssen die Gemeinderäte ihrer Zusammensetzung nach repräsentativ sein. Am 15. Juni hat unsere Partei z. B. fast 30% der Stimmen auf sich vereinigt, uns gehört rund ein Drittel der Sitze im Parlament. Die PSOE und die anderen Parteien müssen in den lokalen Machtorganen gemäß ihrem Einfluß vertreten sein. Die Teilnahme an den Gemeinderäten wird uns und den anderen Parteien es ermöglichen, festen Boden zu gewinnen. Deshalb halten wir die lokalen Wahlen für notwendig und unvermeidlich.

Beabsichtigt Ihre Partei irgendwelche Wahlbündnisse?

Wahrscheinlich werden die Gemeinderats- und die Parlamentswahlen nach dem Proporzsystem verlaufen. Dann wird sich unsere Partei an ihnen selbständig beteiligen. Doch schließen wir es nicht aus, daß wir nach der Abstimmung die Möglichkeit einer Koalition erwägen werden.

Wie ist die Position der PSOE zu den weltpolitischen Fragen, insbesondere ihr Standpunkt zur Entspannung und allgemeinen Abrüstung?

Unserer Meinung nach darf bei der Durchführung der Entspan-

GROSSBRITANNIEN

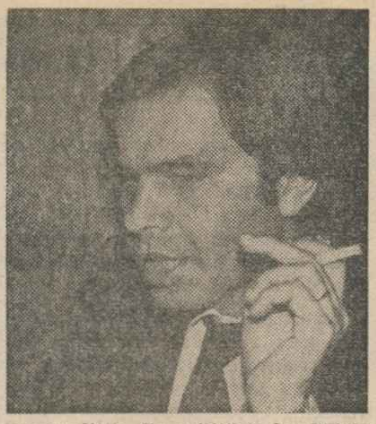
OBJEKTIVITÄT GLEICH VORTEIL

Gordon SCHAFFER
Träger des Internationalen Leninpreises
„Für Festigung des Völkerfriedens",
Vorsitzender des Britischen Komitees
für Europäische Sicherheit und Zusammenarbeit

Im kalten Krieg erzählte mir einmal ein amerikanischer Journalist, der Korrespondent in einem sozialistischen Land war, als er sich nach seiner Ankunft in dessen Hauptstadt wie üblich bei der Botschaft der USA meldete, habe man ihm gesagt: „Ihre Aufgabe ist es, die amerikanische Außenpolitik zu unterstützen, ob Sie sie nun für richtig halten oder nicht." Er war nicht einverstanden und schrieb an seinen Chefredakteur, seiner Ansicht nach sei ein Journalist verpflichtet, objektiv zu schreiben. Die Antwort lautete: „Ihre Pflicht ist es, objektiv zu schreiben — vom westlichen Standpunkt aus."

Die Geschichte fällt mir jedes Mal ein, wenn ich in Presse, Funk und Fernsehen Großbritanniens Nachrichten über das Belgrader Treffen lese bzw. höre. Fast alle unsere Massenmedien suchen den Eindruck zu erwecken, als ginge es dort hauptsächlich um den Teil aus der Schlußakte von Helsinki, der die Menschenrechte betrifft, alles übrige sei nebensächlich.

Ich bin Ihrer Zeitschrift dankbar dafür, daß sie ein vollständiges Bild von den Belgrader Gesprächen gibt. Wenn man bei uns doch auch so ausführlich berichten würde! Man könnte sagen, Sie schreiben über Dinge, die vom sowjetischen Standpunkt aus von Vorteil sind. Für wen sind sie aber nicht von Vorteil? Die Völker, deren Regierungen die Schlußakte unterschrieben haben, sind berechtigt, mehr noch, lebhaft daran interessiert, alle in Belgrad zur Debatte stehenden konstruktiven Vorschläge zu erfahren. Es ist doch wohl von allgemeinem Interesse, daß eine Konferenz für Energetik, Umweltschutz und Verkehr einberufen werden soll. Darf die westliche Öffentlichkeit etwa nicht die Wahrheit über die Notlage der 13 Millionen Fremdarbeiter in Westeuropa wissen, deren in der Schlußakte speziell dargelegte Rechte zynisch ignoriert werden? Im Westen sind die sowjetischen Vorschläge in Belgrad nicht ausreichend publik ge-



nungspolitik die militärische Stärke kein Argument im Dialog sein. Ohne ein ernst zu nehmendes Abrüstungsprogramm kann es keine politische Entspannung geben. Eine Entspannung ist ohne die Beteiligung der Völker unmöglich, sie ist nicht nur ein Anliegen der Regierungen.

In diesem Zusammenhang interessiert uns Ihre Meinung über die von Leonid Breshnew eingebrachten Vorschläge, die Kernwaffenversuche sowie die Kernwaffenproduktion einzustellen.

Das sind höchst positive Vorschläge, die eine vorzügliche Basis für die weiteren Abrüstungsgespäche bilden können. Meines Erachtens müssen sie sorgfältig studiert werden, besonders in den USA. In der Weltpolitik ist die Position eines jeden Staates wichtig, aber die USA und die Sowjetunion spielen eine besonders große Rolle, da die Politik dieser beiden mächtigsten Staaten der Welt globale Bedeutung hat.

Wie steht die PSOE zu den USA-Plänen, die Neutronenbombe zu bauen und in Westeuropa unterzubringen?

Unsere Partei ist gegen die Aufstockung aller Waffensysteme.

Im vorigen Jahr schlugen die sozialistischen Länder vor, weder die NATO noch die Organisation des Warschauer Vertrages zu erweitern. Wie denken Sie über den voraussichtlichen Beitritt Spaniens zur NATO?

Hier ist alles klar. Die Verstärkung der Militärblöcke ist eine Bewegung von der Entspannung weg. Will man in der Entspannungspolitik konsequent sein, so muß man gegen eine Erweiterung einander gegenüberstehenden Blöcke auftreten. Die Position unserer Partei ist eindeutig: Die PSOE ist für die Neutralität Spaniens, Spanien darf nicht der NATO beitreten. Doch müßte die Frage dem ganzen Volk vorgelegt werden, damit es darüber entscheidet, ob Spanien solche militärischen Verpflichtungen eingehen soll oder nicht.

Welche Eindrücke haben Sie vom Aufenthalt in der UdSSR, von Ihren Gesprächen im ZK der KPdSU? Wie schätzen Sie die Beziehungen zwischen der KPdSU und der PSOE ein?

In den wenigen Tagen, die wir hier verbrachten, war es natürlich unmöglich, ein so großes Land wie die Sowjetunion gut kennenzulernen. Ich möchte betonen, daß uns eine herzliche Aufnahme bereitet wurde. Die Verhandlungen zwischen den Delegationen der KPdSU und der PSOE betrafen wichtige Probleme. Wir halten die Ergebnisse des Besuchs für positiv. Unsere Partei begrüßt den Ausbau der Kontakte zur KPdSU. Wir leben in Ländern mit unterschiedlicher sozialökonomischer Einrichtung. Spanien ist ein kapitalistisches Land, sein politisches System beruht auf dem Mehrparteienprinzip, sein System der politischen Vertretung unterscheidet sich von dem Ihren. Wollte ich hier etwas vergleichen, so könnte das falsch verstanden werden. Einen günstigen Eindruck machte auf uns in der UdSSR z. B. die Art und Weise, wie bei Ihnen die städtebaulichen Probleme bewältigt werden, wie man das Bildungswesen plant. Wir sind für einen Dialog mit Ihnen über wirtschaftliche und technologische Fragen.

Im Institut für Internationale Arbeiterbewegung der AdW der UdSSR hatten wir ein inhaltsreiches und nützliches Gespräch. Wir wären für die Fortsetzung eines solchen Dialogs, um den Ideenaustausch zwischen den Parteien, zwischen unseren Ländern und Völkern zu fördern. ■

---

macht worden, einen Vertrag darüber zu schließen, daß kein Staat als erster Kernwaffen zum Einsatz bringen wird, daß die Militärbündnisse nicht ausgedehnt werden dürfen und daß die Stärke der an Manövern beteiligten Truppen begrenzt werden soll.

Zweifellos ist die Sicherung des Friedens für uns alle von erstrangiger Wichtigkeit, und unsere Massenmedien müßten die Bedeutung dieser Vorschläge zu schätzen wissen.

In Helsinki wurde das Fundament für Frieden und friedliche Koexistenz gelegt. In Belgrad muß es verstärkt werden.

Bevor die Belgrader Konferenz eröffnet wurde, hat unser Komitee für Europäische Sicherheit und Zusammenarbeit Außenminister Owen ein Schreiben über den ungünstigen Einfluß der britischen Massenmedien zugehen lassen, die die Bedeutung der Bestimmungen aus der Schlußakte als unteilbarer Komplex herunterspielen.

Weiter schrieben wir, in der Schlußakte seien multi- und bilaterale Abkommen zwischen allen Signataren vorgesehen, Großbritannien und andere westliche Länder seien jedoch geneigt, sich auf eine wirtschaftliche, wissenschaftliche und technische Zusammenarbeit im Rahmen der EG zu beschränken, statt die gesamteuropäische Zusammenarbeit zu fördern.

Wir haben tiefe Besorgnis darüber geäußert, daß die Wiener Verhandlungen über eine Begrenzung der Streitkräfte und Rüstungen in Mitteleuropa nicht vorwärtskommen, und haben erklärt, wir könnten nicht verstehen, warum die von den Warschauer Vertragsstaaten vorgeschlagene proportionierte Einschränkung abgelehnt worden ist. In unserem Schreiben haben wir die Regierung aufgefordert, einen Vertrag darüber zu schließen, als erste keine Kernwaffen einzusetzen und in Westeuropa keine Neutronenbomben stationieren zu lassen.

So sehr sich die westliche Propaganda auch anstrengt, die Belgrader Verhandlungen falsch darzustellen, ist das britische Volk doch den Aufrufen zu Frieden und friedlicher Koexistenz aufgetan. Davon bin ich überzeugt. Wir haben die Aufgabe, die Hindernisse wegzuräumen, die die meisten westlichen Massenmedien gegen die Ausführung der Schlußakte aufgerichtet haben. Die darin gesteckten Ziele sind erreichbar: Die verschiedenen sozialen und wirtschaftlichen Systeme auf unserem Kontinent müssen friedlich zusammenleben und wetteifern. Der Schatten des Krieges muß verbannt werden, und die enormen Mittel, die für die Aufrüstung bereitgestellt werden, müssen allen Menschen zugute kommen.

London

DOLLARDRUCK

Auf den westlichen Devisenmärkten ist ein weiterer Sturz des US-Dollar-Kurses zu beobachten. Allein in der Vorwoche „verbilligte" er sich gegenüber der DM um 3%. Gegenüber dem Schweizer Franken war ein Kursrückgang von 12%, gegenüber dem japanischen Yen von sogar fast 30% im Jahr zu verzeichnen.

Es ist heute kein Geheimnis mehr, daß die USA über den Dollar, der die wichtigste kapitalistische Währung darstellt, Druck auf Ihre Hauptrivalen, Japan und die Bundesrepublik, ausüben, um sie zu veranlassen, ihre Wirtschaftspolitik zu ändern. Washington nimmt dabei nicht einmal Rücksicht darauf, daß das von ihm verursachte Devisenfieber das ohnehin relative Gleichgewicht im kapitalistischen Handel und in den zwischenstaatlichen Verrechnungen zu verletzen droht.

Das bestätigte sich auch bei der monatlichen Konferenz in der Basler Bank für Internationale Verrechnungen. Als Antwort auf die dringenden Bitten der Zentralbankchefs, den Dollarkurs zu stützen, erklärten die amerikanischen Bankleute, sie seien dazu nicht bevollmächtigt, da eine solche Maßnahme politische Entscheidungen erfordere.

Die Erklärung für die amerikanische Haltung ist in der Tat in den „politischen Entscheidungen" zu suchen. Für die jetzige US-Administration ist die ungünstige Situation im Handel mit der BRD und Japan zu einer überaus wichtigen Frage geworden. Insbesondere betrifft das Japan. Das Handelsdefizit mit diesem Land beträgt 1977 mehr als 8 Md. Dollar. Ferner sind die USA mit dem ihrer Meinung nach künstlich gesenkten Wachstumstempo der japanischen Wirtschaft äußerst unzufrieden und glauben, das hemme die Einfuhr der amerikanischen Waren. Verärgert zeigt sich Washington auch über die hohen Zölle, über die fehlende Bereitschaft japanischer Importeure, Industriegüter „Made in USA" zu kaufen.

Der das ganze Jahr andauernde amerikanisch-japanische Streit hat nun ziemlich heftige Formen angenommen. **Newsweek** schreibt, die Entschlossenheit, Japan anzugreifen, habe jetzt auf alle Regierungsebenen übergegriffen. Sogar das Außenministerium, das stets bemüht war, die Beziehungen zu den Partnern wegen wirtschaftlicher Differenzen nicht zu verschlechtern, beteilige sich jetzt daran.

Die amerikanische Angriffsentschlossenheit stößt in Tokio auf Härte, weshalb die amerikanisch-japanischen Verhandlungen vor kurzem erfolglos abgebrochen werden mußten. Das Paket von Zugeständnissen im Handel, das Minister Ushiba nach Washington brachte, wurde von der amerikanischen Seite als unzulänglich beurteilt. Der Sonderbeauftragte des US-Präsidenten für Handelsgespräche Robert Strauss sagte, die Vorschläge Ushibas seien „weniger, als das, was ich als Minimum erreichen will". In Tokio dagegen erklärte Außenminister Sonoda, die Zugeständnisse seien das „maximal mögliche".

Da die USA ihren Konkurrenten am Verhandlungstisch nicht kleinbekamen, wollen sie nun, außer der Androhung von Handelsschranken für Stahl, Fernsehgeräte und Autos aus Japan, zum Dollardruck Zuflucht nehmen.

Es kann passieren, daß Tokio letzten Endes gegenüber dem „schwachen" Dollar die Waffen streckt. Was aber geschieht bis dahin mit dem kapitalistischen Währungssystem, für das der Dollar die Hauptstütze darstellt?

P. ANDREJEW

TREFFEN IN TOKIO

Vom 17. bis zum 19. Dezember tagte in Tokio die Konferenz der Sozialistischen Internationale. Die Chefs von 20 sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien Westeuropas, Amerikas und Asiens versammelten sich in dem riesigen Saal im 9. Stock des Pressehauses, um Fragen zu erörtern, die ihrer Ansicht nach in der heutigen Welt besonders akut sind. Daß diese Begegnung in der japanischen Hauptstadt stattfand, ist offensichtlich Ausdruck der zunehmenden Aufmerksamkeit, die die Sozialistische Internationale den Problemen Asiens schenkt.

Ihr Vorsitzender Willy Brandt legte besonderen Akzent auf die Notwendigkeit, sich weiter um die internationale Entspannung zu bemühen. Mehr als 150 militärische Konflikte seit dem Ende des zweiten Weltkrieges und der schlimmste von ihnen — in Südostasien — erinnerten daran, daß es nicht genüge, nur in einzelnen Regionen der Welt den Frieden herzustellen. Man müsse auch andere gefährdete Gebiete im Auge behalten. Es sei unbedingt nötig, daß der Gewaltverzicht zum wichtigsten Punkt in den internationalen Beziehungen werde, sagte Brandt.

Man muß jedoch feststellen, daß Erklärungen zugunsten der Entspannung nicht selten Erklärungen bleiben, obwohl die Sozialdemokraten in etlichen Ländern an der Regierung sind und durchaus die Möglichkeit haben, ihre Worte durch Taten zu untermauern.

Große Beachtung schenkten die Konferenzteilnehmer Problemen und Perspektiven im Bereich der Naturressourcen und der Energetik sowie den Weltwirtschaftsbeziehungen. Der Vize-Präsident der EWG-Kommission Wilhelm Haferkamp setzte sich in seiner Rede mit den Folgen der Krisenerscheinungen in der kapitalistischen Wirtschaft auseinander. Er unterstrich, die jetzige Krise sei ernster zu nehmen als übliche Schwierigkeiten, da die Gefahr bestehe, daß sich die Beziehungen zwischen einigen Ländern Westeuropas, Amerikas und Asiens sehr verschlechterten. Die Krise sei durch eine gegenwärtig von vielen Regierungen verfolgte Politik des Protektionismus ausgelöst worden. Dieser bedrohe vor allem die Entwicklungsländer. Die Beschränkungen des Imports aus den Entwicklungsländern, sagte Haferkamp, bedeuteten einen Export der Arbeitslosigkeit in die „armen" Länder.

Die Konferenzteilnehmer beschlossen eine „Deklaration von Tokio". Sie enthält unter anderem Aufrufe zur Abrüstung und zur Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen, zur Bekämpfung der Armut und der sozialen Ungerechtigkeit. Allerdings hat dieses Programm den Fehler, daß dort Versuche gemacht werden, unversöhnliche Klassengegensätze auszugleichen und dem Kapital Zugeständnisse zu machen. Viele seiner Punkte sind überhaupt nebelhaft.

S. LEWTSCHENKO,
Eigenbericht

Tokio, am 19. Dezember

ALLE SIND ZUFRIEDEN...

Als Jimmy Carter 1976 zum Präsidenten gewählt wurde, mußten seine ausgestochenen Rivalen daran denken, dem Staat die für die Wahlkampagne zur Verfügung gestellten Gelder zurückzuzahlen.

Mehr als ein Jahr ist ins Land gegangen, aber die US-Regierung hat bisher z. B. von Ronald Reagan die ihm bewilligten, aber bei der Wahlkampagne nicht eingesetzten mehr als 500 000 Dollar nicht wiederbekommen. Reagan steht auf der Schuldnerliste obenan. Weiter stehen dort Gerald Ford, Henry Jackson und George Wallace in der Kreide.

Das Gesetz verlangt, diese Gelder unverzüglich dem Staat zurückzugeben, doch der Bundeswahlausschuß hat, wie UPI meldet, die Überprüfung der Abrechnungen noch immer nicht beendet. Deshalb besitzen die ehemaligen Präsidentschaftskandidaten das Geld noch immer. Sie haben dafür Verwendung gefunden. Ronald Reagan und Gerald Ford z. B. haben die unverbrauchten Mittel auf ein Bankkonto eingezahlt. Nicht etwa, weil sie dort unangetastet bleiben, sondern weil sie Zinsen bringen. Die eingezahlten Summen werden sie zwar letzten Endes abgeben müssen. Doch alle können zufrieden sein.

V. GRIBATSCHOW

SIE HALFEN KAPPLER...

In der BRD gewöhnt man sich allmählich daran, daß in den Regierungsvierteln auf Schritt und Tritt MPi-bewehrte Polizisten herumlaufen. Doch genauso eifrig wird auch der flüchtige SS-Mann Herbert Kappler bewacht. Der ehemalige Gestapochef von Rom, der in Italien wegen Massenmordes zu lebenslanger Haftstrafe verurteilt worden war und aus einem Militärhospital in die BRD flüchtete, wurde nicht nur vom bundesdeutschen Gesetz geschützt (das, so wurde erklärt, seine Auslieferung an Italien untersagt). Der zu völliger Freiheit „verdammte" Kappler bekam einen Schutz, den sich nicht einmal Minister träumen lassen. Folgendes berichtete ein AP-Korrespondent aus Soltau (Niedersachsen):

Im Garten des Hauses, in dem Kappler wohnt, wurde ein Polizeibus etabliert. Er enthält zwei Schlafpritschen, damit rund um die Uhr Wache geschoben werden kann. Kaum betritt jemand den Garten, springen zwei schnurrbärtige Burschen aus dem Bus: „Ihre Ausweise! Polizei!". Einem Reporter, der das Haus fotografieren wollte, wurde die Kamera weggerissen.

Gerüchten zufolge will Frau Kappler eine Villa im Stadtzentrum kaufen, die einen weitläufigen Garten für Spaziergänge aufweist. Bisher begibt sich Kappler noch (in Begleitung seiner schnurrbärtigen Polizisten) zur Erholung in den bei Soltau gelegenen Naturschutzpark der Lüneburger Heide. Eigentlich aber ist ja für Kappler die ganze Bundesrepublik ein Naturschutzgebiet.

Eigenbericht

Bonn

...UND JETZT HESS?

Die Zeiten ändern sich. Einst hatte Rudolf Heß Adolf Hitler um seine Macht beneidet. Jetzt beneidet er Herbert Kappler. Heß und Kappler waren beide zu lebenslanger Haft verurteilt. Kappler aber ist frei, Heß dagegen sitzt noch immer im Spandauer Gefängnis der Alliierten.

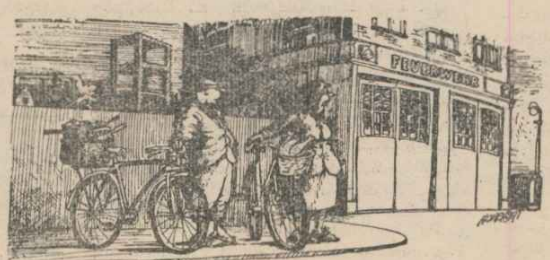
Was kann Heß tun? Eine Flucht wäre offenbar schwierig. Dafür darf er auf die bundesdeutsche Justiz hoffen, die sich dem „armen" SS-Mann gegenüber so milde gezeigt hat. Und Heß reichte im Verwaltungsgericht von Köln eine Klage ein, in der er verlangt, die BRD solle Schritte zu seiner Freilassung unternehmen! Heß hat da sehr logisch gedacht: Wenn sich Leute gefunden haben, die einem gewöhnlichen Kriegsverbrecher helfen, warum sollten sie da nicht auch etwas für einen Hauptkriegsverbrecher tun?

A. KOSSENKO

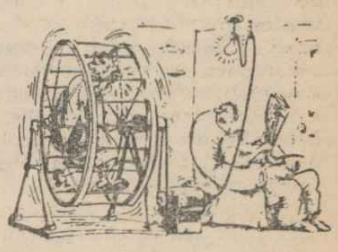
Für viele Menschen im Westen wird es keine sehr fröhliche Weihnacht geben. Preisauftrieb, Inflation und Arbeitslosigkeit dürften nicht die schönsten Festgeschenke sein. Hinzukommt noch die Energiekrise, die ein beliebtes Thema für Karikaturisten bleibt.



„Ärgere Dich nicht, meine Liebe, daß ich zu spät komme: Ich hatte Gegenwind".



„Vielleicht brennt es heute irgendwo, dann könnten wir uns das Weihnachtsessen kochen."



„Halt an, ich bin fertig mit Lesen."

Zeichnungen aus „Punch" (Großbritannien)

INTERVIEW

SOWJETISCHE ENERGETIK: HEUTE UND MORGEN



Der 22. Dezember ist in der UdSSR wie jedes Jahr als Tag des Energetikers begangen worden. Aus diesem Anlaß haben wir Arkadi LALAJANZ, Vizevorsitzenden des Staatlichen Plankomitees, über die Leistungen der sowjetischen Energiewirtschaft und ihre Perspektiven interviewt.

Was hatte unsere Energiewirtschaft zum Jubiläum des Sowjetstaates aufzuweisen?

In allen Stadien des Wirtschaftsaufbaus haben unsere Kommunistische Partei und unsere Regierung den größten Wert auf die Förderung der Brennstoff- und Energiebranchen gelegt. Dank unseren Naturschätzen und dem steten Bemühen des Volkes konnte in den 60 Jahren der Sowjetmacht ein großes Potential dieser Branchen geschaffen werden. Den stärksten Zuwachs hatte es in den Nachkriegsjahren. 1977 wurden 24mal soviel Elektrizität, 17,4mal soviel Erdöl, 107mal soviel Naturgas und 4,3mal soviel Kohle wie im Jahre 1940 erzeugt bzw. gewonnen. Heute nimmt die UdSSR mit ihrer Kohlen- und Ölausbeute den ersten und mit ihrer Gasgewinnung und Stromerzeugung den zweiten Platz in der Welt ein.

In der Geschichte der sowjetischen Volkswirtschaft sind Ereignisse wie die folgenden besonders bemerkenswert: die Wiederherstellung der Ölreviere von Baku und der Gruben des Donezbeckens nach dem Bürgerkrieg; die Wiedergeburt des Donezbeckens nach dem Großen Vaterländischen Krieg; die Nutzbarmachung der Kohlevorkommen im Kusnezkbecken, in Ostsibirien, in Kasachstan und im arktischen Workuta. In den 50er und 60er Jahren wurde das „Zweite Baku" zum wichtigsten Ölrevier, will sagen die Vorkommen in der Tatarischen und Baschkirischen ASSR sowie in den Gebieten Kuibyschew und Perm. In den 70er Jahren erlebte die Gruppe der Tjumener Öl- und Gasvorkommen eine beispiellose Entwicklung. Jetzt ist das das aussichtsreichste Öl- und Gasrevier. Beim Erschließen der Schätze Westsibiriens mit seinem rauhen Klima hat unser Volk wahre Heldentaten vollbracht. An der Reihe sind jetzt die Kohle des Reviers Kansk-Atschinsk, das Öl des Raums von Timan-Petschora, Ostsibiriens, Kasachstans und des Küstenschelfs sowie das Gas des Nordens.

Die rasche Zunahme der Brennstofförderung und Stromerzeugung ermöglichte es, neben der Belieferung der Volkswirtschaft mit wichtigsten Stoffen auch die Effektivität der gesellschaftlichen Produktion bedeutend zu steigern und äußerst wichtige volkswirtschaftliche Aufgaben zu erfüllen, z. B. die restlose Elektrifikation der Landwirtschaft zum Abschluß zu bringen, die Eisenbahnen auf Diesel- und Elektroloks umzustellen, die Chemie und die Petrolchemie fortzuentwickeln und den Energieaufwand pro Beschäftigten bedeutend zu vergrößern. Durch Elektrifizierung und Fernheizung haben sich die Lebensverhältnisse der Werktätigen gründlich verändert.

Im laufenden Planjahrfünft wird besonderes Gewicht darauf gelegt, die Struktur der Brennstoff- und Energiebilanz dadurch zu vervollkommnen, daß man die Verwendung der verschiedenen Brennstoffe rationell aufeinander abstimmt und den Nutzeffekt der Energieressourcen erhöht. Das ist übrigens ein internationales Problem. Der Energetischen Weltkonferenz vom vergangenen September in Istanbul zufolge werde die Welt im Jahre 2020 3- bis 4mal soviel Energie wie 1977 verbrauchen. Schon zwischen 1985 und 1995 werde sie viel weniger Öl — den wichtigsten Brennstoff — benutzen, weil sich die Bestände erschöpfen würden.

Natürlich wird es damit in den einzelnen Ländern im letzten Viertel des 20. Jahrhunderts verschieden sein. Die kapitalistischen Industrieländer haben eine sehr prekäre Lage zu gewärtigen. Wie Präsident Carter Anfang November sagte, werden die USA, der größte Exporteur von Agrarprodukten, gezwungen sein, den zweijährigen Erlös für diese (rund 45 Md. Dollar) für einen einjährigen Ölimport zu zahlen.

Unser Land besitzt große prospektierte und fündige Öl- und noch größere Gas- und Kohlevorkommen. Die UdSSR hat mehr Naturgas als jedes andere Land. Da Öl ein ungemein wertvoller mineralischer Rohstoff ist, suchen wir die Ölindustrie durch raschen Ausbau der Gasgewinnung und durch eine immer ausgiebigere Verwendung von Kohle, Brennschiefer, Wasserkraft und besonders Atomenergie zu entlasten.

Wir bemühen uns sehr darum, den Brennstoff besser zu nutzen und ihn einzusparen. In größerem Umfang wollen wir sekundäre Brennstoffe und Energieressourcen verwenden und für die Stromerzeugung mehr Kohle aus Tagebauen im Osten des Landes benutzen. Im europäischen Landesteil soll die Atomenergetik bevorzugt vorangebracht werden, u. a. durch Verwendung von Schnellbrütern. Um die Atomkraftwerke bestmöglich einzurichten, bauen wir einen neuen Industriegiganten, das Atommaschinenwerk. Geplant ist die Ölextraktion aus bituminösem Gestein.

Jetzt arbeiten wir an einem Wirtschaftsplan bis 1990. Große Aufgaben haben auch die sowjetischen Energetiker zu erfüllen, um das Brennstoff- und Energiepotential des Landes noch zu verstärken.

Was sagen Sie zu den Versuchen mancher Leute im Ausland, unsere Leistungen in der Energetik herabzusetzen? Beispielsweise zu der Behauptung der CIA, daß wir bald gezwungen sein werden, viel Öl einzuführen, weil unsere Bestände abnähmen und weil wir angeblich die

Methode mißbrauchen, Wasser in die ölhaltigen Schichten zu pumpen?

Von Gegnern ist nichts anderes zu erwarten. Unsere Leistungen sind ihnen ein Dorn im Auge. Was die CIA behauptet, stimmt nicht. Unsere Pläne basieren auf realen Möglichkeiten. 1975 erzielte die UdSSR 491 Mio t Erdöl und nahm damit den ersten Platz in der Welt ein. Zweifellos wird unsere Ausbeute auch weiter zunehmen. Nächstes Jahr sollen z. B. 575 Mio t Öl und Gaskondensat gewonnen werden.

In der Ölindustrie wird das Verhältnis zwischen den Beständen und der Gewinnung je nach der bei einem Vorkommen zweckmäßigsten Gewinnungsmethode, nach der Stärke des Vorkommens und nach anderen Faktoren geregelt. Wir arbeiten systematisch daran, die industriell verwertbaren Bestände zu mehren. Bekanntlich liegen die in Erschließung begriffenen und die prospektierten Ölvorkommen unseres Landes immer weiter von den Gebieten mit dem größten Energieverbrauch entfernt, in schwer erreichbaren und dünnbesiedelten Gegenden mit rauhen Naturverhältnissen. Im europäischen Landesteil lagert das Öl größtenteils sehr tief, was die Gewinnung und Beförderung wesentlich verteuert. Außerdem sind für die Schürfungen und für die Ausrüstung der Reviere große Investitionen erforderlich, die sich erst nach längerer Zeit bezahlt machen. In der Ölindustrie ist es außerdem äußerst kostspielig, den schon erreichten Förderungsstand aufrechtzuerhalten.

Die Ölgewinnung verteuert sich aber überall in der Welt. Bekanntlich gewinnen westliche Länder jetzt in der Nordsee Öl, wo die Förderung zehnmal so teuer wie, sagen wir, in Saudi-Arabien ist. Selbstverständlich steigen die Ölpreise auf dem Weltmarkt dadurch, daß sich die Förderung verteuert.

Wir haben ein ganzes System von Maßnahmen erarbeitet, um den Erdschichten mehr Öl abzugewinnen und so die Bestände besser zu nutzen. Bewährt haben sich z. B. die thermische Einwirkung und die Methode, eine Erdschicht unter bestimmtem Druck zu halten. Diese Methode wird noch vervollkommnet. Zusammen mit Wasser werden spezielle Lösungen hineingepumpt, was die Ausbeute erheblich vergrößert. Die Amerikaner sind in dieser Hinsicht weit hinter uns zurückgeblieben. Vielleicht deshalb behauptet die CIA, daß wir mit dem Einpumpen von Wasser Mißbrauch treiben.

Was unseren Öl-Außenhandel betrifft, so liefern wir bekanntlich schon lange Öl auf den Weltmarkt, an die sozialistischen, an kapitalistische und an Entwicklungsländer und erwerben für den Erlös Maschinen und andere Waren, die wir brauchen. Unseren Verpflichtungen werden wir bestimmt nachkommen. Gewiß kaufen wir auch Erdöl in einigen Ländern, z. B. im Irak, aber als Tilgung von Krediten, die wir ihnen einräumten. Unser Ölimport ist eine reine Handelstransaktion. Im Handel kann es immer zweckmäßig sein, jemandem etwas abzukaufen oder zu verkaufen. Im einen wie im anderen Falle hält sich die UdSSR an den Grundsatz der Gleichberechtigung und des wechselseitigen Vorteils. Wir sind für wohlfundierte Preise, die für den Exporteur und den Importeur akzeptabel sind.

Wie entwickelt sich unsere Zusammenarbeit mit den RGW-Ländern an der Schaffung einer einheitlichen Brennstoff- und Energiebasis?

Im Einklang mit den Schwerpunkten der wirtschaftlichen Entwicklung der UdSSR in den Jahren 1976—1980 wird die wirtschaftliche, wissenschaftliche und technische Zusammenarbeit mit den sozialistischen Ländern allseitig ausgedehnt, zum wechselseitigen Vorteil und bei einer kameradschaftlichen gegenseitigen Hilfe, dank der die Maßnahmen getroffen werden können, die im Komplexprogramm der sozialistischen ökonomischen Integration und im Vereinbarten Plan vielseitiger Integrationsmaßnahmen der RGW-Länder für 1976—1980 vorgesehen sind.

Mit dem Fortschreiten der Revolution in Wissenschaft und Technik gewinnt jetzt eine profundere bi- und multilaterale Zusammenarbeit der sozialistischen Länder für die Lösung des Brennstoff-, Energie- und Rohstoffproblems immer größere Tragweite. Unsere einschlägige Praxis zeigt, daß das Brenn- und Rohstoffproblem nur durch einen Ausbau unseres Warenverkehrs nicht zu lösen ist. Notwendig sind gemeinsame Investitionen im Bau großer Objekte der Grundstoffindustrie.

Demgemäß wird an der schon funktionierenden Freundschafts-Ölleitung gemeinsam weitergebaut. In Arbeit ist die zweite Linie, „Freundschaft II". Auch mit der Gasversorgung der Bruderländer geht es gut voran. Durch die Bruderschafts-Gasleitung bekommen die ČSSR und die VR Polen sowjetisches Gas. 1974 wurde ein Rahmenabkommen über die Erschließung der Orenburger Gaskondensatlagerstätte und über den Bau der 2750 km langen Gasleitung von Orenburg an die westliche Grenze der UdSSR geschlossen. Im Jahre 1979 werden den Bruderländern durch diese Leitung ca. 8 Md. Kubikmeter Naturgas zufließen, ab 1980 aber jährlich 15,5 Md.

Zügig entwickelt sich die Zusammenarbeit der europäischen RGW-Länder bei der Stromerzeugung. Eine effektive Form dieser Zusammenarbeit ist die Zusammenschaltung der Landesverbundnetze zum Verbundnetz „Frieden", an das immer neue Kraftwerke angeschlossen werden. Die gegenseitigen Stromlieferungen über dieses Netz sind zwischen 1963 und 1974 von 3,3 auf 20 Md. kWh angewachsen. Ein Abkommen über den gemeinsamen Bau einer 750-kV-Überlandleitung ist unterzeichnet, die das Einheitsverbundnetz „Frieden" mit dem des Europäischen Teils der UdSSR verbinden wird. Die 28. RGW-Tagung hat beschlossen, daß mit der Anlegung eines Einheitsverbundnetzes der interessierten RGW-Länder begonnen werden soll.

Zum Schluß möchte ich sagen, daß an der Lösung der Energieprobleme nicht nur die sozialistischen, sondern auch andere Staaten, darunter alle europäischen, interessiert sind. Die Anwürfe gegen die sowjetische Energetik nützen keinem. Viel nützlicher wäre es, gemeinsam nach Mitteln und Wegen zu suchen, wie die schwierigen Energieprobleme gelöst werden können. Die UdSSR hat sich längst dazu bereit erklärt. Viele Länder haben aber leider noch nicht geäußert, ob sie unser Angebot annehmen. Die Situation ist nach wie vor etwa so, wie sie Leonid Breshnew im Juni 1976 auf der Konferenz der kommunistischen und Arbeiterparteien Europas umrissen hat: „Wir haben bekanntlich vorgeschlagen, gesamteuropäische Kongresse oder zwischenstaatliche Konferenzen abzuhalten, die sich mit Fragen einer Zusammenarbeit bei der Lösung solcher Probleme wie des Umweltschutzes, der Entwicklung von Verkehr und Energiewirtschaft befassen sollen. In Worten scheinen die westlichen Staaten dafür zu sein, in Wirklichkeit aber verhalten sie sich ausweichend und haben es sichtlich nicht eilig, praktische Schritte zu unternehmen."

LABORATORIEN IM KOSMOS

Anatoli BESSONOW

Am 10. Dezember 1977 startete auf dem Kosmodrom Baikonur das 32. sowjetische bemannte Raumschiff, die Sojus 26, die eine Besatzung zur Station Salut 6 befördert hat. Juri Romanenko ist damit der 42. sowjetische Kosmonaut geworden und Georgi Gretschko der 14. von denen, die schon das zweite Mal im Kosmos waren.

Das sowjetische Programm für die Erschließung des Weltraums mit Hilfe bemannter Apparate wird fortlaufend ausgeführt. Zu seiner genaueren Charakteristik hier ein paar statistische Angaben. Seit dem 12. April 1961, als Juri Gagarin den Weg ins All bahnte, haben unsere Kosmonauten fast 300 Tage und Nächte auf erdnahen Bahnen zugebracht und insgesamt rund 200 Mio km zurückgelegt (vergleichsweise sei daran erinnert, daß sich die Erde etwa 150 Mio km von der Sonne entfernt befindet). Sie haben eine Unmenge von Forschungsapparaten und anderen Geräten bedient, Hunderte schwierigste Experimente angestellt, riesige Flächen der UdSSR aufgenommen und viele Spektrogramme sowie Aufnahmen vom Sternenhimmel, von der Sonne und von Planeten in verschiedenen elektromagnetischen Strahlungsbereichen geliefert.

Wir wissen, wie gewissenhaft die sowjetischen Kosmonauten Aufträgen der Geologen nachkamen, Aufnahmen von der Halbinsel Mangyschlak am Kaspischen Meer zu machen. Jetzt bestehen dort Ölreviere. Sorgfältig haben sie auch die Krim fotografiert. Den Aufnahmen aus dem Kosmos ist es zu danken, daß dort Landstriche festgestellt worden sind, denen eine Versalzung droht, ferner ein Grundwasseratlas hergestellt und ein Naturschutzschema angefertigt worden ist, das auch bereits verwirklicht wird.

Die Geologen haben weiter detaillierte Aufnahmen vom westlichen Teil des Kleinen Kaukasus und des Kars-Plateaus erhalten. Diese Aufnahmen hatten Andrian Nikolajew und Vitali Sewastjanow nach ihrer Arbeit im Raumschiff Sojus 9 mitgebracht. Nach Vergleichen mit anderen kosmischen Aufnahmen der Bergzüge haben Fachleute große Bruchsysteme festgestellt, die in riesigen Längen zu erkennen sind, und geklärt, daß in diesen Brüchen und dort, wo sie sich überschneiden, vulkanische Erscheinungen am häufigsten sind.

Von den bemannten Raumschiffen und Orbitalstationen aus sind rasch ablaufende meteorologische Erscheinungen wie Staub- und Sandstürme, Samume, Fluten, Flutwellen, Erdstürze und -beben deutlich zu erkennen. Vorwarnungen sind schon öfter von Kosmonauten gegeben worden, die in Stationen der Serie Salut tätig waren.

Diese Zahlen und Fakten lassen erkennen, daß die Raketen- und Raumflugtechnik vielen Bereichen der Wissenschaft und Volkswirtschaft schon jetzt Nutzen bringt. Mit jedem neuen bemannten Flug gewinnt die sowjetische Raumfahrt neue Fakten. Ohne bemannte Raumflüge ist heutzutage das rapide Vorwärtskommen der wissenschaftlich-technischen Revolution nicht mehr denkbar.

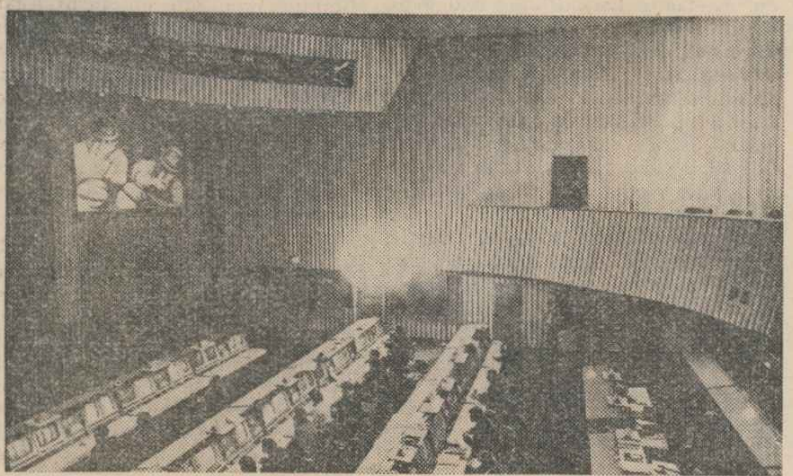
Von den Orbitalstationen treffen ständig viele eminent wichtige Informationen ein. Das neueste Beispiel ist die Station Salut 6, auf der zur Zeit zwei sowjetische Kosmonauten zahlreiche Experimente anstellen, deren Ergebnisse von Spezialisten verschiedener Fachgebiete erwartet werden. Agronomen, Meteorologen und Forstwirte brauchen Fotos von den verschneiten und freiliegenden Gebieten unseres Landes. Die Biologen interessieren sich für Entwicklungsdetails bei Tieren und Pflanzen im Zustand der Schwerelosigkeit. Auch die Astrophysiker richten Aufträge an die Station. Technologen und Physiker fragen Romanenko und Gretschko an, wie physikalische Vorgänge in der Schwerelosigkeit verlaufen, denn für diese Fachkräfte ist die Aussicht auf eine Industrie im Kosmos verlockend.

Die Besatzung der Salut 6 erfüllt aber nicht nur Aufträge der Angehörigen von Erdenberufen. Sie hat sich auch mit den Erfordernissen der Raumfahrt selbst zu befassen. So beschäftigt sie sich eingehend mit rein technischen Fragen: Sie testet die Bordsysteme und -apparate der Station unter verschiedenen Arbeitsverhältnissen und vervollkommnet neue Geräte. Kein Flug verläuft ohne technische Experimente, und das ist auch begreiflich. Die Labors und Teststände auf der Erde können die Verhältnisse, unter denen die Apparate, Aggregate und anderen Geräte funktionieren müssen, nicht ganz exakt imitieren. Die Schwerelosigkeit, das tiefe Vakuum, die jähen Temperaturschwankungen und die Ströme geladener Teilchen — jeden dieser Faktoren kann man auf der Erde nicht völlig genau imitieren, und erst recht nicht kann man hier die Einwirkung aller Faktoren zusammen beobachten.

Angesichts der ständig komplizierter werdenden Raumfahrttechnik müssen die vielen Vorarbeiten durch eine allseitige Endbearbeitung der technischen Objekte unter Verhältnissen zum Abschluß gebracht werden, die den wirklichen maximal oder sogar genau entsprechen. Deshalb betrachtet man den Kosmos immer öfter als den idealen Teststand, auf dem exakt beurteilt werden kann, ob die Technik schon geeignet ist, Flugaufträge auszuführen. So kommt es denn, daß bei jedem Flug in der Bemannung und Bauart der Raumstationen oder -schiffe Neuheiten auftreten, die vorher im Kosmos als geeignet befunden wurden. Der Effekt der Forschungen, die die Kosmonauten vornehmen, wird größer, der wissenschaftliche „Ertrag" jeder Flugstunde und jedes Apparatekilogramms wird maximal.

Wie unsere Leser aus den Meldungen über den jetzigen Flug schon wissen, hat die Salut 6, zum Unterschied von den früheren Stationen, nicht eine, sondern zwei Kopplungsvorrichtungen, eine vorn, an der Übergangsschleuse, die andere am entgegengesetzten Ende, am Aggregatraum, in dem sich außerdem die Triebwerke und Treibstoffbehälter befinden. Früher liefen die Transportschiffe bei der Kopplung mit den Stationen die Stirnseite der Übergangsschleuse an, an der sich der Koppelungsstutzen befand. Das tat auch das vorige Raumschiff, die Sojus 25, im vergangenen Oktober. Die Sojus 26 dagegen lief die Station von der anderen Seite her an und benutzte den zweiten Stutzen, der sich in der Mitte zwischen den Triebwerksdüsen befindet.

Die Kosmonauten Romanenko und Gretschko hatten u. a. den vorderen Kopplungsstutzen zu besichtigen und auszuprobieren. In der Nacht zum 20. Dezember gingen sie in den Vorderraum, der als Schleuse benutzt wurde, machten die Luke zu den Diensträumen fest zu, zogen ihre Raumanzüge an, ließen allmählich die Atmosphäre ab und öffneten die Außenluke zum Kosmos. Schiffskommandant Romanenko leitete alles von einem Spezialpult aus. Bordingenieur Gretschko stieg mit einer Laterne und einer portablen Fernsehkamera aus der Schleuse aus. Die Erde soll alles sehen und aufnehmen. Experten und der Kommandant halfen mit Ratschlägen und Ermutigungen, alles klappte tadellos.



Die Arbeit der Kosmonauten wird von der Erde aus geleitet. Unser Bild: In der Flugleitzentrale

Foto TASS

Romanenko und Gretschko hatten im offenen Kosmos also nur den Stutzen zu besichtigen, waren aber für den Bedarfsfall zu Reparaturen bereit und entsprachen somit der Tradition technischer Verrichtungen auf dem Orbit.

Der heutige Kosmonaut muß also außer allem anderen auch ein Technologe sein.

Mit jedem Flug wird die Arbeit der Besatzung an Bord umfangreicher. Der Mensch gewöhnt sich im Kosmos ein. Das Ringen mit der Schwerelosigkeit und dem Vakuum ist vorüber, und jetzt werden andere Aufgaben gestellt und gelöst: die Benutzung des außerirdischen Mediums für unsere irdischen Angelegenheiten. Bezeichnend ist da die Bauart der Station Salut 6. Sie hat zwei Anlegestellen, die beim Raumflug ausprobiert werden, was für künftige Stationen grundsätzlich wichtig ist. Es ergibt sich die Möglichkeit zweier gleichzeitiger Flüge von Transportraumschiffen, die entweder beide bemannt sind, oder von denen eins nur Lasten führt. Damit werden auf dem Orbit Experimente möglich, für die drei oder vier Personen gebraucht werden.

Bei getrennter Beförderung von Besatzungen und Frachten auf eine Station wird auch eine Neueinrichtung der Labors direkt im Kosmos wesentlich erleichtert. Ein automatisch gesteuertes Frachtschiff kann ja viel mehr Apparate, Geräte und Instrumente befördern. Die Besatzung räumt sie ein, testet sie und repariert sie im Notfall.

Vor unseren Augen vollzieht sich eine qualitative Umgestaltung der Raumfahrttechnik. Sie wird funktionell noch vollkommener, in ihrer Bestimmung komplizierter und dabei leichter und bequemer herstell- und benutzbar. Die große Effektivität der Salut-Serie erklärt sich damit, daß alle Stationen auf einheitlicher Grundlage gebaut werden und sich nur in Details voneinander unterscheiden. Die Bauart und Bedienungssysteme ändern sich von Salut zu Salut grundsätzlich nicht. Deshalb ist es verhältnismäßig leicht, die Raumlabors für Flüge auszurüsten, während sich die Forschungsgeräte und -präparate nach den immer neuen Forschungsprogrammen richten. Obwohl verhältnismäßig einfach, sind die Salut-Labors recht komfortabel. Den Forschern sind eine aufschlußreiche, hochproduktive Tätigkeit, vollwertige Ruhepausen, Wärme und Verpflegung gesichert.

Die auf erdnahen Bahnen fliegenden Orbitalstationen sind ausgezeichnete Instrumente zur Erkenntnis und Nutzung des Weltraums für die Menschheit. Von ihnen aus ist die Erde gut zu sehen, man kann sie auf Entfernung beobachten und erforschen. Man erkennt ausgedehnte Gebiete und zahlreiche, ganz verschiedene natürliche Gebilde. Umgekehrt befindet sich eine Station gleichzeitig im Gesichtsfeld vieler Objekte zu Lande und zur See. Wenn nötig, können sie der Besatzung jederzeit behilflich sein und sie über ganz verschiedene Gebiete der Wissenschaft und Technik beraten, was für die komplizierten, vielseitigen Aufgaben, die sie zu erfüllen hat, sehr wichtig ist.

Zum Schluß noch eine Besonderheit der Orbitalstation. Sie hat immer klaren Himmel über sich, aus einem beliebigen Teil dieses Himmels gelangen Wellen einer beliebigen Länge ungehindert in das Empfangsgerät für elektromagnetische Schwankungen. Der Forscher in der Station, dem astrophysikalische Apparate zur Verfügung stehen, erkennt Strahlungen, die Beobachtern auf Erden verborgen bleiben: infrarote, ultraviolette, Röntgen- und Gammastrahlen und beliebig lange Radiowellen. Sie sind Träger ungemein wertvoller Informationen über geheimnisvolle astrophysikalische Vorgänge und Kräfte, die dabei mitspielen. Es braucht kaum gesagt zu werden, daß der Kosmos ein Teststand ohnegleichen für Materialkundler, Technologen und Physiker ist.

Kosmische Laboratorien kreisen um die Erde. Bei ihnen legen Raumschiffe mit Forschern und Apparaten von der Erde an. Nach Ende der Schicht im Kosmos kehren die Forscher zurück. Die mitgebrachten Resultate werden untersucht und ausgewertet, und damit wird ein Anstoß zu neuen Ideen gegeben. Wieder ergibt sich das dringende Bedürfnis nach neuen Erkenntnissen, und wieder werden Experimente vorgemerkt. Und wieder arbeitet eine Besatzung im Kosmos, dieser unerschöpflichen Informationsquelle.

GUATEMALA

AM RANDE DES KRATERS

Dmitri PASTUCHOW

Die Amtszeit des Präsidenten von Guatemala General Kjell Eugenio Laugerud García ist in Kürze abgelaufen. Bei den Wahlen vom März 1974, die in einer Atmosphäre von Terror und Repressalien verliefen, erhielt er nur 9% der Stimmen. Aber ungeachtet der Empörung nicht nur der demokratischen Kräfte, sondern auch der rechten und zentristischen Parteien frisierte Laugerud die Abstimmungsergebnisse und machte sich im Präsidentensessel breit.

Vor den Wahlen

Im Oktober wurde in Guatemala amtlich bekanntgegeben, daß im März 1978 allgemeine Wahlen stattfinden. Gewählt werden sollen der Präsident, der Vizepräsident und 61 Abgeordnete des nur aus einer Kammer bestehenden Parlaments (Kongresses). Die herrschenden Kreise, die Bourgeoisie und die Gutsbesitzer, haben mit der Wahlkampagnes schon begonnen. Nur die Rechten und Extremrechten dürfen sich an ihr offen beteiligen. Drei politische Blöcke, konservativ bis reaktionär, streiten sich um den Präsidentenposten. Die sogenannte Bewegung der Nationalen Befreiung hat den Ex-Präsidenten Enrique Peralta Azurdia nominiert. Er hat den Ruf eines der grausamsten Vertreter der Diktatur, die nach dem Militärputsch von 1954 errichtet wurde, als die Republik einer von der CIA eingefädelten bewaffneten Intervention zum Opfer fiel. Enrique Peralta trägt die Verantwortung dafür, daß 28 Führer der Guatemaltekischen Partei der Arbeit (PGT) und der kampferprobtesten Gewerkschaften des Landes im März 1966 vernichtet wurden. Da er sich auf die Großgrundbesitzer stützt, hat er reale Chancen, Präsident zu werden. Schon heute verkündet dieser Oberst, im Falle seines Sieges werde er „weiter rechts stehen" als Laugerud.



Der zweite Block ist die Koalition dreier Parteien: der Institutionellen Demokratischen, der „Revolutionären Partei" und des Organisierten Aranisten-Zentrums (so genannt nach dem Diktator Carlos Manuel Arana Osorio, dem Vorgänger Laugeruds im Präsidentenpalast). Ihr gemeinsamer Kandidat ist der heutige Verteidigungsminister und Latifundienbesitzer General Romeo Lucas García. Die dritte Kraft ist die Guatemaltekische Christdemokratie, die nach Ansicht von Beobachtern immer mehr nach rechts tendiere. Ihr Kandidat ist ebenfalls ein Militär, General Enrique Peralta Méndez. Die beiden Anwärter im Generalsrang versprechen die gleiche Politik, die die Regierung Laugerud betreibt.

Die breiten Volksmassen zeigen so gut wie kein Interesse für das Geplänkel der drei Blöcke. Sie wissen: Wer von den drei Kandidaten an die Macht auch kommt, die Lage der Werktätigen wird sich im Grunde nicht ändern. Hugo Rius von der kubanischen Zeitschrift **Bohemia**, der vor kurzem in Guatemala war, schreibt: „Das Volk beachtet die fieberhafte Wahlkampagne nicht im geringsten, hat es doch genug mit seinen wachsenden wirtschaftlichen und sozialen Problemen zu tun. Die wenigen politischen (bürgerlichen) Parteien, die sich betätigen dürfen, ergehen sich in Versprechungen, schachern und ziehen Bündnisse auf. Das Volk bringt ihnen weder Vertrauen noch Hoffnung entgegen."

Ein Land unter Terror

Seit mehr als 20 Jahren herrschen in Guatemala Terror und Gesetzlosigkeit. Die Präsidenten, die einander alle vier Jahre abwechseln, bleiben sich politisch gleich. Die herrschende Elite hält das Volk mit zügellosen Repressalien nieder. Der Terror gegen die Leiter und Aktivisten der Arbeiter- und Bauernbewegung, gegen Vertreter der fortschrittlichen Intelligenz und Studentenschaft geht nicht nur von Armee und Polizei aus, sondern auch von ihren besoldeten Gruppen: der „Antikommunistischen Geheimarmee", der „Liga junger Antikommunisten", der „Todesschwadron", der MANO. Ferner wirken da paramilitärische Trupps der Latifundisten mit.



Der Studentenbund Guatemalas schrieb in einem Offenen Brief an den UNO-Generalsekretär: „In unserem Land gibt es keine politischen Häftlinge, nur noch Ermordete und Verschollene. Es gehört zum Alltag, Leichen mit Spuren von Folterungen auf ‚illegalen' Friedhöfen, am Wegrand, an einem Fluß- oder Seeufer, in Schluchten und sogar in Vulkankratern zu entdecken." In den Jahren der hemmungslosen Reaktion wurden in der Republik über 30 000 Personen ermordet, bzw. sind sie spurlos „verschwunden", heißt es in diesem Dokument.

Jetzt, im Laufe der Wahlkampagne, wird der Terror immer härter. Er soll jeden Widerstand gegen die Diktatur ersticken. Wie die Regierung vor kurzem bekanntgegeben hat, wurden über 3000 Polizisten für eine grandiose Razzia bereitgestellt, „um das Land zu beschwichtigen".

Im Rahmen dieser Operation, die sich hauptsächlich in den Städten, unter Einsatz verschiedenster Polizistentrupps, darunter eines motorisierten Korps, von Spitzeln und der Munizipalpolizei abwickelt, wurden Hunderte Menschen verhaftet. Ar-

beiter-, Bauernaktivisten und Vertreter der fortschrittlichen Intelligenz sind Verfolgungen ausgesetzt.

Das Belize-Problem

Dieses hilft den Behörden, die Spannungen zu steigern. Es handelt sich um eine britische Kolonie mit Selbstverwaltung, auf die Guatemala schon seit langem Anspruch erhebt. In diesem Sommer standen die Guatemalteken wegen dieses umstrittenen Territoriums am Rande eines Krieges. Ende Juni, als in der Republik traditionsgemäß der Tag der Armee begangen wurde, beteiligten sich an der Parade nur Reservisten, da alle Truppen kriegsbereit an der Grenze standen. Gleichzeitig gab die Regierung eine Erklärung ab: Menschen, die die Selbstbestimmung von Belize unterstützen, würden als Verräter zum Tode durch Erschießen verurteilt werden.

Die Kriegspsychose und die chauvinistischen Stimmungen werden geschürt, um die Massen von den akuten sozialen Problemen abzulenken. Ferner will man die Guatemalteken unter pseudopatriotischen Losungen vereinen, die die Absicht der einheimischen Bourgeoisie tarnen, die Naturreichtümer von Belize an sich zu reißen. In den demokratischen Schichten sieht man das immer klarer. Deshalb setzen sich die Guatemaltekische Partei der Arbeit und die anderen fortschrittlichen Organisationen für die Selbstbestimmung von Belize ein, zumal sie der Meinung sind, daß dieses Land seiner Kultur, seinen historischen Traditionen, seinem Glauben, seinen Sitten und der ethnischen Herkunft seiner Einwohner nach mit Guatemala nichts gemein hat.

Der Volkskampf im Aufschwung

Bis zu den Wahlen verbleibt nur wenig Zeit, und die Situation im Lande spitzt sich zu. Carlos González, Generalsekretär des ZK der PGT, sagte in seiner Rede bei den Feierlichkeiten zum 60. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution: „Das wichtigste und bedeutendste Ereignis der Gegenwart ist für Guatemala der unaufhaltsame Aufschwung des Kampfes des Volkes als Ganzes, vor allem der Arbeiterklasse und der anderen werktätigen Schichten." Die Unzufriedenheit mit dem unmenschlichen politischen System und dem niedrigen Lebensstandard der Werktätigen wächst an. Die Angst, die jahrelang kultiviert wurde, wird nun von der Entschlossenheit der Massen abgelöst, für die dringenden wirtschaftlichen und politischen Interessen zu kämpfen. Die antifeudale Bewegung der Bauern, die sich der Gutsherrenländereien bemächtigen, wird immer breiter. Die Studenten protestieren gegen die Behördenwillkür; es sind Herde des Partisanenkampfes entstanden.

Der Grundzug der Streikbewegung von heute ist das Bestreben der Werktätigen, ihre eigenen Klassengewerkschaften zu gründen und zu erreichen, daß die Regierung sie anerkennt. Infolge des langjährigen Terrors der Behörden, der Unternehmer und Latifundisten sind heute nur 5% der Arbeiter gewerkschaftlich organisiert.

1976 entstand in Guatemala das Landeskomitee für die Gewerkschaftseinheit. Sein Ziel besteht darin, die guatemaltekische Arbeiterbewegung zusammenzuschließen.

1977 nehmen die Aktionen der Werktätigen und anderer Bevölkerungsschichten immer mehr Massencharakter an. Hier nur einige Tatsachen. Im März versuchten die Munizipalbehörden von Quezaltenango, der zweitgrößten Stadt Guatemalas, die Stromgebühren zu erhöhen. Aber die Arbeiter, Studenten und Hausfrauen veranstalteten eine Protestdemonstration. Die Polizei machte von ihren Waffen Gebrauch. Ein Demonstrant wurde getötet, es gab viele Verwundete. Die Stadteinwohner verlangten die Demission des Bürgermeisters, und die Behörden mußten nachgeben.

Am 8. Juni wurde López Larrave, Professor der juridischen und sozialen Wissenschaften an der San-Carlos-Universität, bekannter Anwalt und Berater des Landeskomitees für die Gewerkschaftseinheit, der sich mutig für die Arbeiterklasse eingesetzt hatte, von einer MPi-Salve niedergemäht. Sein Begräbnis gestaltete sich zu einer Manifestation von 15 000 Personen gegen die Regierung.

Im Sommer 1977 wurden zwei Führer der Studentenschaft, Anibal Leonel Caballeros und Robin Mayro García, entführt und nach Folterungen ermordet. Das arbeitende Volk von Guatemala reagierte darauf mit Zorn und Entrüstung. Zehntausende gingen auf die Straßen der Hauptstadt, um den neuen Opfern der Diktatur das letzte Geleit zu geben. Am 14. September fand der „Freiheitsmarsch" zum Schutz der Demokratie und der Menschenrechte statt, an dem Tausende teilnahmen.



In einem Slums-Viertel der guatemaltekischen Hauptstadt

Foto TASS

So umfassende Aktionen gegen die Diktatur kennzeichnen immer mehr die Lage im Lande. Die Politkommission des ZK der PGT konnte in ihrer Erklärung vom 7. Juli d. J. bei der Analyse des gegenwärtigen Volkskampfes gegen die Reaktion mit gutem Grund die Überzeugung ausdrücken, daß es keine Kraft gebe, die den Siegeswillen des Volkes von Guatemala brechen könnte.

Guatemala ist ein Land von Vulkanen. Auch politisch wirkt es heute wie ein Vulkan, über dem der Rauch aufsteigt. ■

EIN KAMPFTRUPP DER ANTIIMPERIALISTISCHEN KRÄFTE

Die Probleme des nationalen Freiheitskampfes der Völker Asiens und Afrikas beschäftigen Wissenschaftler und weite Kreise immer angelegentlicher, und das ist auch nur folgerichtig. Auf dem XXV. Parteitag der KPdSU sagte Leonid Breshnew: „In diesem Teil der Welt sind allen Schwierigkeiten zum Trotz tiefgreifende fortschrittliche Veränderungen im Gange."

Wenn 1919 über 72% des Festlandes der Erde und fast 70% ihrer Bewohner auf die Kolonien, Halbkolonien und abhängigen Länder entfielen, so sind jetzt nur etwas mehr als 3% der Erde und knapp 1% ihrer Bewohner in direkter kolonialer Abhängigkeit. Lenins Voraussage trifft ein, daß die Erfolge des Sozialismus das Geschick der Völker in den ehemaligen Kolonien zunehmend beeinflussen und beeinflussen werden.

Geeint kämpfen die Völker gegen Kolonialismus, Neokolonialismus und Rassismus. Ihre Aktionen haben verschiedene Formen. Seit der Konferenz von Bandung (1955) sind sie darauf ausgerichtet, den Kontakt und die Zusammenarbeit der Staaten zu festigen, die im Kampf für die Konsolidierung der nationalen Unabhängigkeit gemeinsame Interessen haben. Auf dieser Basis haben sich der Block der frei gewordenen Länder in der UNO und die Organisation der Afrikanischen Einheit gebildet und entwickelt sich auch die auf den Fortschrittskräften Asiens und Afrikas fußende Solidaritätsbewegung der Völker dieser beiden Erdteile, die heute ein wichtiger sozialer und politischer Faktor des antiimperialistischen Kampfes und des nationalen Freiheitskampfes ist. Sie erfaßt 84 nationaldemokratische Parteien (darunter über 20, die an der Regierung sind), nationale Freiheitsbewegungen und Organisationen der afro-asiatischen Solidarität aus vielen Ländern.

Das Thema des vorliegenden Buches „Die Solidaritätsbewegung der Völker Asiens und Afrikas" von Alexander Dsassochow sind aktuelle Fragen der afro-asiatischen Solidarität und Zusammenarbeit.

Der Verfasser des Buches veranschaulicht die tatkräftige Unterstützung der Solidaritätsbewegung seitens der sozialistischen Länder und ihre enge Verbundenheit mit den demokratischen Weltorganisationen: dem Weltfriedensrat und dem Weltgewerkschaftsbund. Die jetzige Phase des weltweiten revolutionären Prozesses ist ohne diese Bewegung der fortschrittlichen Öffentlichkeit der beiden größten Kontinente unvorstellbar. Ungeachtet der verschiedenen politischen Ansichten und Weltanschauungen ihrer Teilnehmer ist diese Bewegung heute ein Kampftrupp der antiimperialistischen Kräfte in aller Welt. Sie hilft tatkräftig, die Apartheid und den Rassismus sowie die reaktionäre imperialistische Politik in Asien und Afrika zu brandmarken.

Das Buch enthält eine kritische Besprechung mehrerer im Ausland erschienener Schriften, in denen die Rolle der Bewegung der afro-asiatischen Solidarität falsch dargestellt wird und die darauf abzielen, die antiimperialistische Einheitsfront zu spalten. Aber trotz aller Umtriebe der Kräfte, die der Freiheit und dem Fortschritt der Völker Asiens und Afrikas feind sind, setzen sich auf diesen Erdteilen die positiven Strömungen durch.

Wie es in dem Buch heißt, hängen das Wachstum und der Einfluß der Solidaritätsorganisation der Völker Asiens und Afrikas damit zusammen, daß sie von jeher den nationalen Freiheitskampf gefördert hat: den der Völker Vietnams und der

* А. С. Дзасохов. **Движение солидарности народов Азии и Африки.** «Наука», М., 1977.

APPELL AN DAS GEWISSEN

Auf Initiative des Patriarchen Pimen von Moskau und ganz Rußland versammelten sich in Sagorsk, im Troize-Sergei-Kloster, Vertreter der Kirchen und Religionsgemeinschaften unseres Landes, Buddhisten, Juden, Moslems und Christen. Sie nahmen einen Appell an die führenden Kleriker und die Gläubigen der Welt gegen die Neutronenwaffe an.

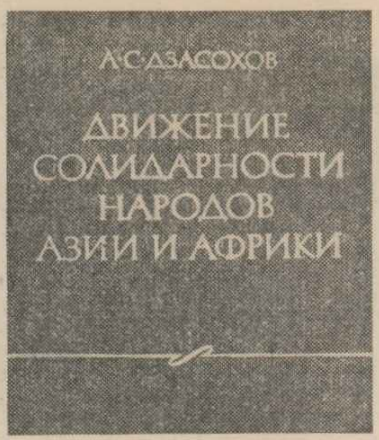
Darin heißt es, die Neutronenbombe sei deshalb äußerst gefährlich, weil sie sozusagen die Schwelle zwischen den konventionellen und den Atomwaffen verwische, und dadurch, daß sie eine provokatorische und entstabilisierende Rolle spiele. Von ihren Fürsprechern werde sie sauber genannt, weil mit ihr Menschen und überhaupt alle Lebewesen vernichtet werden sollen, ohne daß die materiellen Werte darunter litten. In dem Appell heißt es weiter: „Wie unmoralisch diese ‚Philosophie' doch ist! Wie heuchlerisch! Wir erklären, daß kein einziges Glaubensbekenntnis der Welt eine derartige Lebensanschauung teilt! Das Denken und Fühlen, der Wille der gläubigen Bürger der Sowjetunion lehnt sich gegen das neue Verbrechen an der Menschheit auf." Die Würdenträger und Repräsentanten der Kirchen haben die Kleriker und Gläubigen aufgerufen, darauf hinzuwirken, daß die Neutronenbombe geächtet wird.

„Wir haben den Appell angenommen im Bewußtsein religiöser Verantwortung vor der Menschheit", sagte Patriarch Pimen vor versammelten Journalisten.

„Wir sehen, wie die Menschheit herausgefordert wird, und haben angesichts dieser Bedrohung nicht das Recht zu schweigen", erklärte der Oberpatriarch, Katholikos aller Armenier, Wasgen I.

Und hier, was der Mufti Sijautdin Han ibn Ischan Babachan, der Vorsitzende des Geistlichen Amtes der Moslems Mittelasiens und Kasachstans, sagte: „Im Koran steht, daß die Erde geschaffen worden ist, damit man friedlich auf ihr lebe."

Rabbi Jakow Fischman von der Moskauer Synagoge äußerte sich folgendermaßen: „In der Hand des Menschen ist Feuer nur Feuer. Läßt er es aus der Hand, so bricht ein Brand aus. Wir rufen alle Menschen



anderen Völker Indochinas, des arabischen Ostens, des tropischen und des südlichen Afrikas.

Ein Schwerpunkt im Wirken der Solidaritätsorganisation ist ihre Zusammenarbeit mit der Bewegung der blockfreien Länder, die deutlich eine antiimperialistische Tendenz aufweist. Auf dem Weltkongreß der friedliebenden Kräfte von 1973 in Moskau sagte Leonid Breshnew: „Man kann mit Gewißheit feststellen, daß die jetzigen Wandlungen in der Weltlage weitgehend auf die Tätigkeit der gesellschaftlichen Kräfte, auf eine bisher nie dagewesene Aktivität der Volksmassen zurückzuführen sind, die Willkür und Aggression auf keinen Fall dulden wollen und einen unerschütterlichen Friedenswillen an den Tag legen."

F. WOLOSCHIN

auf Erden auf: ‚Lasset es zu keinem Brand kommen!' "

Und hier Alexej Bytschkow, der Generalsekretär des Unionsrates der evangelischen Baptisten: „Die Neutronenbombe bringt die Politik des Gleichgewichts der Angst zurück, die zu nichts Gutem führte. Im Sommer d. J. hat in Miami Beach wie alljährlich der Generalrat des Weltbundes der Baptisten stattgefunden, der 33 Millionen Gläubige erfaßt. Wir haben dazu aufgerufen, keine neuen Todeswaffen mehr zu entwickeln und zu testen, und haben diesen Aufruf unserem Glaubensbruder, Präsident Jimmy Carter, zugehen lassen, bisher aber keine Antwort erhalten."

Der Leitgedanke der Tagung in Sagorsk war, daß auf der ganzen Erde Friede herrschen müsse.

W. SHITOMIRSKI

BRD

EIN SKANDAL UND KEIN ENDE

Anfang d. J. berichtete **Der Spiegel** (Hamburg) darüber, daß das Bundesamt für Verfassungsschutz im Wohnhaus des bekannten Atomphysikers Klaus Robert Traube Abhörgeräte angebracht hatte. Das war ein Skandal. Zahlreiche weitere Verstöße der Sonderdienste der Bundesrepublik gegen die Bürgerrechte wurden ruchbar: Abhören, Perlustration, Anlegung von Karteien über das Privatleben, die Arbeit und die Kontakte sowohl einfacher Bürger als auch namhafter Politiker, Einmischung der Polizei in Fragen der Einstellung. Wie sich erwies, ist die westdeutsche Geheimpolizei im Grunde völlig unkontrolliert und bedroht sogar jene Politiker, die ihr festere Zügel anlegen möchten. Ans Licht der Sonnen kamen auch Kontakte der BRD-Abwehr zu den entsprechenden Agenturen der reaktionären Regimes in anderen Ländern.

Die Koalitionsparteien gingen eilig daran, die etwas ramponierte Fassade des vielzitierten „Rechtsstaates" aufzufrischen. Nach langen Streitereien miteinander und mit der Opposition brachten die SPD und die FDP am 10. November im Bundestag den Gesetzentwurf über die parlamentarische Kontrolle der Nachrichtendienste ein. Der Entwurf kam zur Erörterung, obwohl dieses Unterfangen bei den westdeutschen Spionen und Denunzianten begreiflicherweise nicht gerade eine begeisterte Aufnahme findet. Offenbar meinen sie, es bestünde eigentlich keine Ursache für sie, ihr kontrollfreies Leben zu ändern. Deshalb wird die Erörterung des Entwurfs wohl so langsam wie nur möglich vor sich gehen und der Berg eine Maus gebären wird.

Aber der Fall Traube ist keineswegs abgeschlossen. Man hat sich bei dem Wissenschaftler entschuldigt, weil er auf verleumderische Angaben des BfV hin entlassen worden war. Man hat ihm auch Schadenersatz versprochen. Inzwischen befaßte sich das Bundesverfassungsamt mit Zustimmung des Innenministeriums der BRD mit einer Sache, die viel mehr nach seinem Gusto war. Die Verfassungsschützer übernahmen es, die Menschen ausfindig zu machen, die den **Spiegel** über ihre Schachergeschäfte informiert hatten. (Mit dem Magazin selbst wollte sich die Geheimpolizei nicht anlegen, denn offenbar weiß sie noch, daß selbst ein Franz Josef Strauß sich am **Spiegel** einen Zahn ausgebrochen hat.) Nun, die Schuldigen wurden gefunden: Hans Georg Faust, Journalist und früherer Mitarbeiter des BfV, und Karl Dirnhofer, ebenfalls Mitarbeiter des Amtes. Beide wurden Ende November der „verfassungsfeindlichen Sabotage" und der „Verletzung des Dienstgeheimnisses" beschuldigt und verhaftet.

Von Faust weiß man, daß er in das BfV 1956 kam. Als ein Mitarbeiter des Amtes, Werner Pätsch, 1963 die unerlaubten Griffe der Verfassungsschutzengel öffentlich entlarvt hatte und dafür bestraft wurde, gehörte Faust zu denjenigen, die Pätsch verteidigten. Deshalb wurde Faust 1964 aus dem Amt gegangen, wobei er die Unvorsichtigkeit hatte, an seine Vorgesetzten zu schreiben, er werde es ihnen noch heimzahlen. Nun haben sie es erst einmal Faust heimgezahlt.

Es sieht so aus, als beginne in der BRD ein neuer Eklat, noch schlimmer als der Fall Traube. Die Bundesanwaltschaft ließ sich Fausts Papiere kommen, da seine Anklage auf „verfassungsfeindliche Sabotage" lautet. Das fällt in das StGB-Kapitel „Gefährdung des demokratischen Rechtsstaates".

Der Fall Traube hat ja die gesetzwidrigen Praktiken der Geheimpolizei aufgezeigt, die gegen die verfassungsmäßige Rechtsordnung in der BRD verstößt. Wie ist es nun? Die Bundesanwaltschaft läßt also Personen festnehmen, die zur Enthüllung verfassungswidriger Handlungen beitrugen? Das reimt sich nicht miteinander. Demnach kümmert es die westdeutsche Justiz nicht im geringsten, daß Staatsorgane der BRD deren Grundgesetz verletzen? Diejenigen dagegen, die das zu verhindern suchen, müssen sich darauf gefaßt machen, hinter Gitter zu kommen.

Hinzu kommt, daß Faust laut der SPD-Wochenschrift **Vorwärts** ein Buch über das Wirken des BfV veröffentlichen wollte. Ist seine überstürzte und gesetzwidrige Verhaftung vielleicht ein Versuch, ihn einzuschüchtern?

J. KRASNOJAROW

DROHT AFRIKA EINE REKOLONISIERUNG?

Jewgeni KORSCHUNOW

Die Londoner Zeitschrift **Africa** schrieb unlängst, der Machtantritt fortschrittlicher Regierungen in Moçambique und Angola und der Umfang der Freiheitsbewegung in Simbabwe, der RSA und Namibia hätten es für die Westmächte notwendig gemacht, ihre Politik von Grund auf zu ändern und ihre diplomatische, politische und militärische Tätigkeit in diesem Raum bedeutend zu intensivieren.

Der neue Tonfall betrifft natürlich nicht die Zielsetzung, sondern nur die Methoden der westlichen Politik. Sie sind raffinierter geworden. Washington sagt eine „neue Politik" Afrika gegenüber an. London, das Salisbury viele Jahre lang Vorschub leistete, versucht Ian Smith zu überreden, er solle die rassistischen Zustände mildern. Aus Paris wird erklärt, man habe den afrikanischen „Freunden Frankreichs" gegenüber „Verpflichtungen", und im Bonner Bundestag wird hitzig darüber debattiert, was die bundesdeutschen Diplomaten in Afrika tun und unterlassen sollen.

Die größten Sorgen macht dem Westen die Lage im Süden dieses Kontinents. Noch vor zwei Jahren schrieb die **New York Times:**

„Die USA sind lebhaft daran interessiert, den Zugang zu den Bodenschätzen Südafrikas zu behalten; ebenso an der Sicherheit der Seewege um das Kap der Guten Hoffnung... Die afro-asiatische und die kommunistische Majorität in der UNO versucht weiter hartnäckig, Südwestafrika" (Namibia) „die ‚Unabhängigkeit' aufzunötigen...", das von Südafrika vernünftig und verantwortungsbewußt verwaltet worden ist, seitdem ihm dieses Gebiet auf ein Mandat des Völkerbundes hin übergeben wurde... Die RSA ist die große stabilisierende Kraft auf dem afrikanischen Kontinent. Inzwischen hat Rhodesien noch immer ein geordnetes Verwaltungssystem westlichen Stils und eine Prosperität, die weiten Bevölkerungskreisen zugute kommen."

So weit der „konstatierende Teil" des Aufsatzes, aus dem ersichtlich ist, wem die Sympathien der herrschenden Kreise der USA gehören. Und nun die Aufgabe, die darin gestellt wird:

„Es kommt vor allem darauf an, daß die USA ihren Einfluß gebrauchen, um die verantwortungsbewußten, geordneten Regierungen zu stützen und zu verhindern, daß die revolutionären Regimes ihre Stellungen ausbauen."

Deutlicher kann man es kaum sagen, wenn nämlich, wie vor einem Jahr die Pariser Zeitschrift **Jeune Afrique** schrieb, „die RSA fällt, dann riskiert der Westen, über 75% des Goldes, 27% des Platins, 23% des Chroms, 21% des Antimons, 18% des Vanadiums, 10% des Mangans und 50% der Diamanten nicht mehr frei verfügen zu können.

Afrikapläne der NATO

Schon zu Anfang der 70er Jahre stellte das Oberkommando der vereinigten NATO-Streitkräfte im Atlantikraum Pläne für militärische Operationen in Südafrika auf. In Silvermine (RSA) trafen von der NATO ganz moderne Einrichtungen für eine Fernmeldezentrale ein. Die NATO-Konferenz von Oktober 1974 in Ottawa verkündete, daß sich die militärischen Verpflichtungen dieser aggressiven Allianz „auf alle Punkte" erstrecken, wo die gemeinsamen Interessen der NATO-Staaten so oder anders auf dem Spiel stünden. Kurz darauf schlug der derzeitige US-Verteidigungsminister Schlesinger seinen NATO-Kollegen vor, den Kriegsmarinestützpunkt Simonstown (RSA) für die NATO zu benutzen.

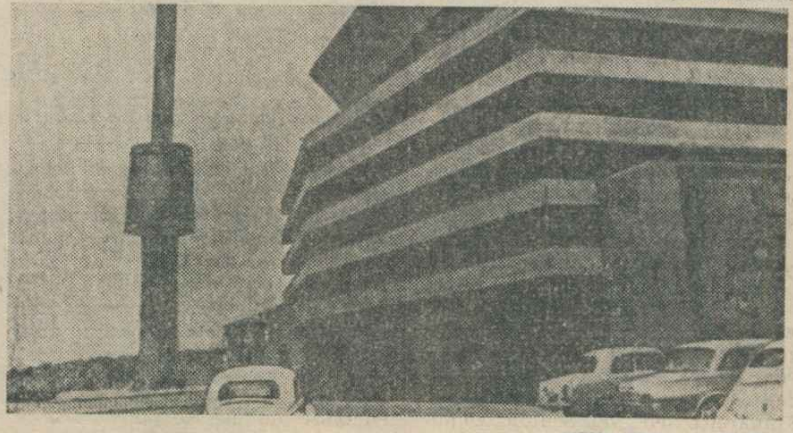
Ein offizielles Militärbündnis mit Pretoria würde natürlich herausfordernd wirken (besonders jetzt, wo die NATO-Staaten Afrika einreden wollen, sie seien seine Freunde und wohl gar seine Verbündeten im Kampf gegen den Rassismus). Deshalb schicken die NATO-Strategen Strohmänner vor. Man orientiert sich darauf, die RSA in die multilateralen Militärblöcke einzubeziehen, in denen die Rassisten nicht mehr so sehr auffallen würden.

Daher eben käme — so die **Africa** — die „militärische Hektik", mit der die Bildung einer südatlantischen Vertragsorganisation (SATO) vorbereitet wird, als deren eventueile Mitglieder die RSA, Chile, Argentinien und Brasilien genannt werden, denen sich später nach Absicht der Urheber die USA und einige „zuverlässige" afrikanische Regimes anschließen könnten. Niemand zweifle daran, daß die Initiative zu der „unheiligen Allianz", die die „strategischen und wirtschaftlichen Interessen des Westens" in Süd- und Zentralafrika sowie in Lateinamerika wahren soll, vor allem vom Pentagon ausgeht.

Wen meint man im Westen mit „zuverlässigen" afrikanischen Regimes?

Die France-Presse-Agentur meldete im September, der Präsident der Elfenbeinküste, Houphouet-Boigny, habe sich in Genf mit dem Außenminister der RSA, Botha, getroffen und mit ihm „internationale Fragen" erörtert.

Im Kommentar des France-Presse-Korrespondenten zu dieser Zu-



In der südafrikanischen Atomenergiezentrale Pelindaba arbeiten die Rassisten mit Hilfe der Westmächte an einer Kernwaffe *Aus „Jeune Afrique" (Frankreich)*

sammenkunft heißt es, die Diplomaten hätten festgestellt, daß „die Elfenbeinküste und Südafrika im Zusammenhang mit dem stärker werdenden sowjetischen Einfluß in Afrika die gleichen Sorgen haben".

Der Korrespondent erinnert daran, daß die Initiative zum „Dialog zwischen Schwarzafrika und Pretoria 1971" vom Präsidenten der Elfenbeinküste ausging. Und weiter: „Seitdem stehen die beiden Länder gut miteinander. Im Mai d. J. unterhielt sich der Präsident der Elfenbeinküste mit dem südafrikanischen Ministerpräsidenten Vorster in Genf unter ähnlichen Umständen" (bei einem inoffiziellen Besuch).

Buchstäblich zur gleichen Zeit gab Houphouet-Boigny wieder einmal eine antikommunistische Erklärung ab mit dem Aufruf zu stärkerer „wirtschaftlicher Solidarität zwischen den westlichen Ländern und Afrika" als Gegengewicht gegen die „Ausbreitung des Kommunismus in Afrika".

Als noch einen „zuverlässigen" afrikanischen Staat sieht der Pariser **Monde diplomatique** Zaire an. Die Monatsschrift berichtet von einer gegenseitigen „energischen Unterstützung" Vorsters und Mobutus: Etwa 60% des Kupfererzes von Zaire gehe nach der RSA, während diese voriges Jahr für 46 Mio Dollar nach Zaire exportiert habe. Die Erzminen von Shaba seien zu 90% mit Maschinen aus der RSA eingerichtet. Als das Regime Mobutus durch Aufständische von Shaba bedroht war, sei, so berichtet **Monde diplomatique**, ein hoher Beamter des Spionagedienstes der RSA geheim nach Zaire geschickt worden, „um über Soforthilfe in Form von Erdöl und Nahrungsmitteln zu verhandeln".

Doch wäre jedes unverhohlene politische und militärische Bündnis mit den Rassisten heute für jeden „gemäßigten Politiker" Afrikas politischer Selbstmord. Ein Beispiel dafür ist die Verachtung Afrikas für den Verräter Jonas Savimbi, der in Angola, gestützt auf die Bajonette eines südafrikanischen Expeditionskorps, die Macht zu ergreifen versuchte. Deshalb bietet man andere Mittel auf, um die reaktionären Kräfte zu vereinen.

Die Blockpolitik des Westens

An der 4. französisch-afrikanischen Konferenz in Dakar vom vergangenen April nahmen Vertreter von 17 französischsprachigen Ländern Afrikas und der Präsident von Frankreich teil. Im Schlußkommuniqué heißt es, zur Debatte hätten wirtschaftliche und finanzielle Probleme Afrikas und die Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zwischen den kapitalistischen Industriestaaten des Westens und den Entwicklungsländern gestanden. Nach Ansicht der afrikanischen Öffentlichkeit hat die Konferenz die Lösung der aktuellen Probleme nicht vorangebracht, manches an ihr errege bei den Völkern sogar mit Recht Besorgnis.

Vertreter einiger Länder Afrikas haben einen „Nichtangriffs- und Beistandsvertrag" zwischen den französischsprachigen Staaten angeregt, zu welchem Zweck, das wurde gar nicht verhehlt. Einer seiner Urheber erklärte: „Das französischsprachige Afrika wird mit den Schwierigkeiten besser fertig werden, die ihm die revolutionären Staaten nach Maßgabe dessen bereiten können, wie sein Wirtschaftspotential erstarkt."

Am 9. Juni unterzeichneten einige dieser Länder, die zur Wirtschaftsgemeinschaft der Westafrikaländer gehören, in Abidjan den genannten Vertrag. Auch wurde ein Sekretariat mit Sitz in Abidjan gebildet. Nicht unterzeichnet wurde der Vertrag von den sozialistisch orientierten französischsprachigen Staaten Westafrikas, solchen wie der VR Benin, der Republik Guinea und der VR Kongo.

Die Weltöffentlichkeit sah darin, daß innerhalb der Wirtschaftsgemeinschaft eine Militärvertragsorganisation gebildet worden ist, mit Recht einen Versuch, die Blockpolitik in Afrika einzuschleppen, dessen Völker seit Jahren aktiv an der blockfreien Bewegung teilnehmen.

„Laut Meldungen aus Paris", schrieb **Al-Anwar** (Beirut), „liegt ein Projekt für ständige gemeinsame Streitkräfte der französischsprachigen Länder Afrikas vor... Das wird eine Art afrikanische Variante der NATO mit Abidjan als Metropole sein."

Die Zeitschrift **Africa** konstatierte auch, daß hinter der Fassade des Nichtangriffspaktes eine „politische und militärische Allianz" gebildet werde, deren Ziele und Struktur denen der NATO ähnlich seien. Die „afrikanische Variante der NATO" sei nicht so sehr darauf orientiert, Angriffe auf Mitgliedstaaten der Organisation gemeinsam abzuwehren, die auf dem afrikanischen Kontinent ja niemand bedrohe, wie darauf, eine bestimmte Situation im Hinblick auf die Republik Guinea und ähnliche Staaten herbeizuführen.

So zeichnet sich eine Einkesselung der fortschrittlichen Regimes in Afrika ab. Larry Heinzerlang, ein Korrespondent der Associated Press, hat unverkennbar aus der neokolonialistischen Schule geplaudert, als er schrieb, daß sich der „kalte Krieg in Afrika ausdehnt" und dieses „in einander feindliche und zuweilen auch befehdende Gruppierungen spaltet". Der Sinn dieses Prozesses sei ein immer heftigerer Konflikt „zwischen den radikalen, promarxistischen Staaten und den politisch gemäßigten Ländern Afrikas, in denen Antikommunisten an der Macht sind". Der amerikanische Korrespondent verschweigt, daß sowohl der kalte Krieg als auch die Blockpolitik von den westlichen Staaten nach Afrika eingeschleppt und von ihnen dazu benutzt wird, dort ihre Positionen zu untermauern.

Ein wichtiges Element der Einkesselungstaktik gegen das fortschrittliche Afrika sind auch die Anstrengungen der von Saudi-Arabien angeführten arabischen Reaktion, einen sogenannten Sicherheitspakt des Roten Meers zustande zu bringen. Die fortschrittliche arabische und afrikanische Öffentlichkeit bringt diese Aktivitäten nicht ohne Grund mit den Ränken des Imperialismus in Zusammenhang. Die Zeitung **Tarik al-Shaab** (Bagdad) beschuldigt Washington ausdrücklich, es versuche im Raum des Roten Meers einen an die NATO gebundenen Militärblock zu bilden. In dem Artikel wird Verwunderung über das Verhalten Saudi-Arabiens, Ägyptens und des Sudans geäußert, „die diesen Plan unterstützen und dadurch der arabischen und afrikanischen nationalen Freiheitsbewegung sowie der Befreiung der besetzten arabischen Gebiete Abbruch tun". Die Gefahr eines solchen Rotmeerpaktes wird besonders klar, wenn man bedenkt, daß sein Hinterland die US-Stützpunkte auf Masira und Diego García bilden würden, die den Kessel um das fortschrittliche Afrika gewissermaßen schließen sollen.

„Allgemein ändert sich die Lage in und um Afrika andauernd, und die USA müssen sich prompt auf die veränderten politischen und strategischen Realitäten umstellen", schreibt die **New York Times** in dem bereits zitierten Artikel.

Die Tatsachen zeigen deutlich, wie sich die imperialistischen Kreise der USA und ihre NATO-Alliierten diese „Umstellung" denken.

KAMAS in Ein- und Mehrzahl

Von unserem Sonderberichterstatter
Felix GORJUNOW

Schülerinnen in weißen Schürzen und Schüler in ihren dunkelblauen Anzügen; unter Trommelwirbel wird die Fahne der Pionierfreundschaft hineingetragen. Wie Millionen ihrer Altersgenossen in der ganzen Sowjetunion begehen die 37 000 Schulkinder von Nabereshnye Tschelny den 60. Jahrestag der Oktoberrevolution. Nur daß hier bei jedem feierlichen Fahnenappell immer wieder das Wort KAMAS fällt. Im Automobilwerk an der Kama, wie diese Abkürzung entziffert wird, sind die Eltern dieser Kinder tätig.

Neuer Rhythmus

Die Fischersiedlung Nabereshnye Tschelny erhielt den Status einer Stadt schon in den 30er Jahren, aber auf den Landkarten ist sie noch relativ neu. Im Dezember 1969 wurden hier, auf dem Baugelände des künftigen gigantischen Autowerkes, die ersten Bagger eingesetzt. Heute sieht man in Nabereshnye Tschelny schnurgerade Zeilen von Hochhäusern, die die niedrigen Bauten der alten Stadt verdrängen. Weite Plätze, neue Straßen, Anlagen, Kaufhäuser, Kinos und Schulen, und weitab von den Wohnvierteln ahnt man die Konturen der Werkgebäude, die die Stadt mit neuem Leben erfüllt haben.

Zum erstenmal war ich hier vor fünf Jahren. Wo sich jetzt die Neubauviertel erheben, standen damals fünf noch nicht fertiggestellte Wohnhäuser. In der schneeigen Ebene wirkten sie ebenso fremd wie die Stahlskelette künftiger Werkhallen. Von der Altstadt aus fuhr man hierher in überfüllten Bussen.

Heute betrachte ich, wie sowjetische und amerikanische Fachleute einen Schmelzofen anblasen, und erinnere mich an jene nicht gerade sorglosen Februartage 1972. Damals gab es hier nur Betonpfähle für Industrieobjekte, die erstmalig beim KAMAS-Bau erprobt wurden.

Es ist noch viel zu tun: die projektierte Kapazität zu erreichen, die zweite Baufolge in Betrieb zu nehmen, die Dutzende Produktionsgruppen und Dienste aufeinander abzustimmen, aus der Technik ein Maximum herauszuholen. Aber schon wechselt der Rhythmus, aus dem typischen Bautempo entwickelt sich der präzise Arbeitsrhythmus eines funktionierenden Werkes.

Dieser Rhythmuswechsel ist auch in der Stadt zu spüren, die architektonisch im großen und ganzen schon fertig ist und nun an Ausbau und Verschönerung denken kann.

Die Stadtbehörden verschieben die Akzente. Der KAMAS-Bau zeichnete sich dadurch aus, daß Betrieb und Stadt gleichzeitig errichtet wurden. Die gewachsenen wirtschaftlichen Potenzen des Landes ermöglichten es, in wenigen Jahren sowohl die Produktion als auch normale Lebensbedingungen zu gewährleisten. Wer bei den Großobjekten der früheren Jahre (das Hüttenkombinat Magnitogorsk, die Automobilwerke Gorki, die Traktorenwerke Tscheljabinsk) beschäftigt war, mußte jahrelang in Baracken wohnen. Diese wurden erst Ende der 50er Jahre, nachdem das Land den Wiederaufbau nach dem verheerenden Krieg beendet hatte, allmählich abgerissen. „Konnte man aber alle Probleme voraussehen?" fragt mich Lydia Schilowa, Sekretär des Stadtparteikomitees. „Unsere Stadt hat z. B. eine sehr hohe Geburtenziffer: 1976 allein gab es 7839 Neugeborene, und dies bei einer Einwohnerzahl von 270 000." (50% höher als der Landesdurchschnitt.) „Noch bleiben wir mit dem Bau von Entbindungsheimen, Krippen und Kindergärten zurück. Hinzu kommt, daß bei uns praktisch alle berufstätig sind, es gibt keine Omas, die auf die Kleinen aufpassen könnten."

Einige Mitarbeiter der Kaderabteilung versuchen, diesem Problem auf unerlaubte Weise beizukommen. Im städtischen Informationszentrum, wo man u. a. erfährt, welche Kräfte wo gesucht werden, hörte ich, wie eine Mitarbeiterin empört mit dem Stadtexekutivkomitee telefonierte: „So unternehmen Sie doch etwas! Eine junge Frau mit Kind hat bei mehreren Betrieben vorgesprochen, aber man will sie nicht einstellen. Dabei ist sie schon seit drei Tagen in Nabereshnye Tschelny. Wir sind hier doch nicht in Amerika!"

Der Charakter der Industrie

Über KAMAS wurde und wird in der UdSSR und im Ausland nicht wenig geschrieben. Hervorgehoben werden die großartige Konzeption, die Baumethoden, die technische Ausstattung. Viele Produktionsabschnitte werden demnächst Weltrekorde in der Produktivität erzielen. Zum Beispiel die Gießerei, wo eine Taktstraße 240 Eisengußformen je Stunde liefern wird. Die Produktionsausmaße sind in der Tat kolossal: 150 000 Lastkraftwagen und 250 000 Dieselmotoren im Jahr. Das Kraftfahrzeug selbst findet wegen seiner universalen Einsatzmöglichkeiten und des Bedienungskomforts eine hohe Einschätzung.

Die volkswirtschaftliche Bedeutung von KAMAS ist überaus groß: In den nächsten Jahren bekommen Landwirtschaft und Industrie eine ausreichende Anzahl von Großlastwagen. Geplant ist, die hier gebauten Dieselmotoren in die Omnibusse und Lastwagen anderer Betriebe einzubauen. Diese Standardisierung muß in Verbindung mit der Spezialisierung der Betriebe auf den Bau bestimmter Kfz-Typen einen merklichen ökonomischen Nutzeffekt bringen. Außerdem beliefert KAMAS die RGW-Länder, und es wird über den Export seiner Erzeugnisse in andere Länder verhandelt.

Doch handelt es sich nicht nur um den wirtschaftlichen Aspekt. Das merkt man auch im Westen und deutet das auf seine eigene Weise. „Ein Werk, das den Charakter der sowjetischen Industrie verändern kann": So betitelte Herbert Meyer von der US-Zeitschrift **Fortune** einen seiner Artikel. Bei aller Wichtigkeit von KAMAS für die sowjetische Wirtschaft, führt er aus, seien die neuen Methoden der Produktionsorganisation, die sich in das Plansystem „nicht einbauen lassen", vielmehr dem amerikanischen Managersystem eigen seien, weitaus bedeutsamer. Schon die Organisationsform — die Produktionsvereinigung — sei eher einem von Technokraten und Managern geleiteten Konzern ähnlich. Kurz, solche Werke wie KAMAS mit ihrer neuen Technik und neuen Leitungsmethoden, mit ihren, wie **Fortune** es nennt, „Firmenstädten", müßten zur Umwandlung des sowjetischen Wirtschaftssystems in eine von Technokraten regierte Wirtschaft,

in eine „postindustrielle Gesellschaft" führen, in der Kapitalismus und Sozialismus später konvergieren würden.

Nun, man könnte KAMAS auch als Konzern betrachten. In seiner Generaldirektion laufen die Verwaltungsfäden nicht nur aus dem Komplex in Nabereshnye Tschelny zusammen, sondern auch aus zahlreichen vor- und nachgelagerten Unternehmen, die Metall, Ausrüstungen und Komplettierungsteile liefern. Hier ist z. B. ein Betrieb zur Reparatur von Dieselmotoren und zur Produktion von Ersatzteilen geplant, der den Bedürfnissen von einschlägigen Kfz-Parks und Wartungsstationen im ganzen Lande nachkommen soll.



Ende 1977 werden 150 Lastwagen täglich die Montagehalle verlassen

Im Vergleich mit anderen Betrieben, die nicht selten von ihren Ministerien gegängelt werden, hat KAMAS eine größere Freiheit in bezug auf finanzielle, technische und kommerzielle Angelegenheiten. Auf KAMAS bestehen ferner eine neue Leitungsstruktur und, was nicht minder wichtig ist, wie Sergej Parinow, Direktor des Bereichs Ökonomie und Planung, mir gegenüber betonte, eine genaue Abgrenzung der Kompetenzen in Verbindung mit umfassenden Vollmachten des jeweiligen Leiters. Hier werden Komplexpläne für soziale und wirtschaftliche Entwicklung — eine im Planungswesen relativ neue Sache — überprüft.

Aber das Beispiel KAMAS veranschaulicht (was unsere Gegenspieler im Westen nicht zu begreifen vermögen), daß die neuen Organisationsformen in der Wirtschaft — Produktionsvereinigungen, Konzentration und Spezialisierung der Produktion auf der Basis moderner Technik, Verminderung der Anzahl von Leitungsebenen — das Plansystem der Volkswirtschaft nicht untergraben, sondern festigen. Die 3000 Produktions- sowie Forschungs- und Produktionsvereinigungen, die in der UdSSR in letzter Zeit gegründet wurden, lieferten 1976 bereits 40% der gesamten Industrieproduktion. Der im 10. Fünfjahrplan vorgesehene Abschluß des Übergangs zur neuen Leitungsstruktur, zu komplexen sozialen und wirtschaftlichen Plänen (ähnlich denen, die bei KAMAS ausgearbeitet werden) wird die Effektivität der sowjetischen Wirtschaft beträchtlich erhöhen.

Kurz, die westlichen Beobachter wollen das wichtigste nicht sehen. Die sowjetischen „Konzerne" bestehen nicht zu Nutz und Frommen eines Häufleins von Aktienhaltern, sondern für die ganze Gesellschaft. Die Interessen jedes Mitarbeiters von KAMAS, vom einfachen Arbeiter bis zum Generaldirektor, decken sich mit den Interessen von Werk, Stadt, Staat.

„Firmenstädte"

Zu schön, um wahr zu sein, könnte mir ein westlicher Soziologe entgegnen und Dutzende Gesellschaften nennen, die in amerikanischen und westeuropäischen Städten ihre eigene Mikrowelt mit etwas besseren Löhnen und einem etwas höheren Beschäftigungsgrad nennen. Und doch kommt es dort zu sozialen Konflikten.

Ich erinnere mich gut an Eindhoven, eine „Firmenstadt" der multinationalen Philips. Barackenähnliche Backsteinhäuser mit kleinen Zwei-Etagen-Wohnungen für Arbeiter und kleine Angestellte. Schmucke Vorortsvillen mit grünen Wiesen davor für Ingenieure und höhere Angestellte. Alles in Eindhoven — Hotels, Restaurants, Geschäfte, technische und allgemeinbildende Schulen — wird so oder anders vom Konzern kontrolliert. Man braucht sich also nicht zu wundern, wenn die Firma die Stadträte solcher Städte in der Tasche hat. Von ihr hängen ja nicht nur die Beschäftigung der Einwohner, sondern auch die Steuereingänge des örtlichen Haushalts ab. Überdies gehört der Grund und Boden der Firma. Sie kann bauen, wo sie will und was sie will, kann Geld für die Kommunalwirtschaft geben, kann es aber ebensogut verweigern, usw.

Und bei KAMAS? Laut Plan erhält die Vereinigung das ganze für die Betriebe und die Stadt bereitgestellte Geld. Über die Mittel verfügen Menschen, denen es vor allem um den Kfz-Bau geht.

Als ich Renat Giljasow, den Vorsitzenden des Exekutivkomitees von Nabereshnye Tschelny, nach Konflikten zwischen betrieblichen und städtischen Interessen fragte, war er zuerst verwundert: Inwiefern kann es einen Interessenkonflikt geben, wir machen doch alle dieselbe Sache! Ich erkläre es ausführlicher. „Nein", entgegnete er, „prinzipielle Gegensätze zwischen den ‚Interessen der Technokraten', wie Sie es nennen, und denen der Stadteinwohner kann es nicht geben. Und zwar nicht nur, weil der Mensch für die Werkleitung mindestens ebenso wichtig ist wie die Produktion und uns als Stadtbehörden die Erfolge und der gute Ruf der Produktionsvereinigung keineswegs gleichgültig sind. Nein, ‚Gegensätze' sind schon durch das System unserer gegenseitigen Beziehungen ausgeschlossen."

Zwar ist KAMAS für die Investitionen zuständig, aber in den Bauplänen sind die Ausgaben genau festgelegt. Vom bereitgestellten Gesamtbetrag für das Werk in Nabereshnye Tschelny wird ein Viertel für den Wohnungs- und Kommunalbau bestimmt. Diese Summe wird weiter aufgeschlüsselt: ein bestimmter Prozentsatz für den Wohnfonds, für den Bau von Schulen, Krankenhäusern, Geschäften, Dienstleistungsbetrieben usw.

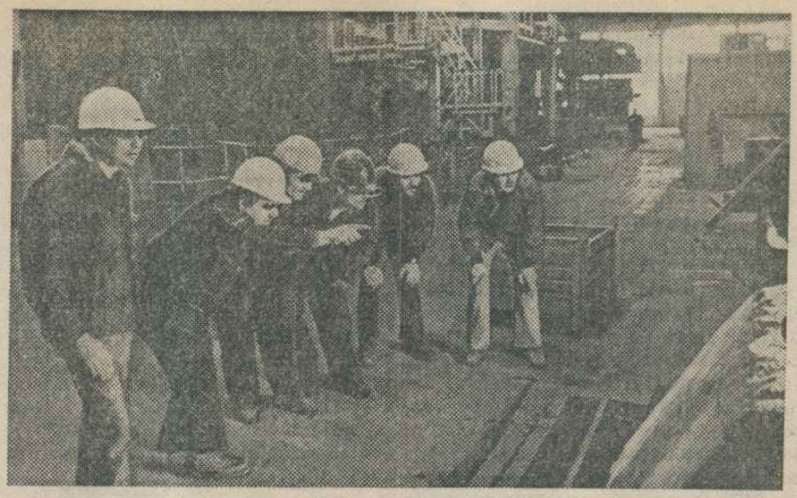
Als Investitionsträger legt KAMAS seine Vorschläge vor, die das Wo und Wann der jeweiligen Bauobjekte betreffen, und ersucht die örtlichen Behörden um die Erlaubnis,

denen ja der Grund und Boden gehört. „Ja, wir diskutieren bisweilen recht heftig", meint Renat Giljasow, „es kommt oft auch zu einer wesentlichen Abänderung der ursprünglichen Projekte. Hier das jüngste Beispiel. Außer KAMAS befinden sich in Nabereshnye Tschelny Industriebetriebe, Dienststellen und Büros von 27 Ministerien und Ämtern. Vor kurzem haben wir einen neuen ‚Kunden' bekommen: Neben dem Automobilwerk soll ein Betrieb für Elektrofahrbetriebsgeneratoren entstehen, und zwar wurden wir für ein Bauterrain an der Nahtstelle von Alt- und Neustadt angegangen. Wir haben die Erlaubnis verweigert. Erstens widersprach das dem Stadtbebauungsplan. Zweitens ist die Industriezone bei uns von den Wohnvierteln durch Grünanlagen getrennt, und wir wollen uns an dieses Prinzip halten. Auf dem in Frage kommenden Gelände werden die Leiter des künftigen Betriebs also Wohnhäuser bauen müssen, selbstverständlich nach Entwürfen, die der Stadtsowjet erst bestätigen muß."

Giljasow ist 34, aber in Nabereshnye Tschelny schon ein „Alteingesessener". Im Jahre 1969 stellte er hier die ersten Komsomolzen-Bautrupps auf. Heute ist er der Bürgermeister der Stadt. Viele Bauleute, Arbeiter und Ingenieure, die seinerzeit herkamen, haben rasch „Karriere gemacht". So ist Nina Otjubrina, Leiterin einer Stuckarbeiterbrigade, heute Deputierte des Stadtsowjets, der Dreher Islam Galejew nun im ganzen Lande bekannt, ebenso wie der Bauarbeiter Rais Salachow, Deputierter des Obersten Sowjets der UdSSR. Hunderte andere sind heute Leiter von Trusten, Betriebsdirektoren, Leiter von Werkhallen und Konstruktionsbüros, führende Fachkräfte, hochqualifizierte Arbeiter. Sie haben dank KAMAS höhere Stufen der sozialen Leiter erklommen.

Wozu brauchen wir solche Werke!

Bereitschaft zu Entbehrungen um eines hohen Zieles willen. Garantierte Beschäftigung, Befriedigung der Bedürfnisse als Wirtschaftsstrategie der Gesellschaft. Zwei auf den ersten Blick einander widersprechende Aspekte unserer Lebensweise. Das ist so manchem westlichen Journalisten, der den Schlüssel zu den Verhaltensmotiven der sowjetischen Menschen finden möchte, unbegreiflich.



Amerikanische und sowjetische Fachleute vor der Inbetriebnahme eines Schmelzofens auf KAMAS

Fotos A. Motschalin

Lange Jahre waren wir im Ausland als Fanatiker verschrien. Die bürgerliche Presse schrieb, die Kommunisten seien zu unmenschlichen Anstrengungen bereit, nur um den Plan zu erfüllen. Der Sozialismus sei eine „totalitäre Gesellschaft", habe nichts Menschliches an sich. Als aber klar wurde, daß unser Hauptziel darin besteht, den Lebensstandard des Volkes zu heben, begann es ein anderes Lied: Die Kommunisten seien dabei, die „Verbrauchergesellschaft" zu schaffen, in der die Werktätigen des Westens angeblich bereits leben (ja, wenn sie eine gutbezahlte Arbeit haben!). Die Vorzüge des Sozialismus bestünden, meinen solche Sowjetologen, nur darin, daß alle Arbeit haben, allerdings auf Kosten der ökonomischen Effektivität.

Stimmt es, daß der reife Sozialismus dem Berufstätigen nur Arbeit, und die nackte Existenz zu bieten hat? Viktor Perzew, Direktor von KAMAS im Bereich Bauwesen, sagt: „Man sollte meinen, die Menschen haben doch Wohnung und Arbeit, aber schon verlassen die Bauleute die Stadt. Eigentlich verstehe ich sie. Wir bauen zwar noch viel, aber diese Ausmaße genügen ihnen nicht mehr..."

Eine Arbeit, in der man aufgehen kann — dieses Lebensmotiv bedeutet für so manchen Sowjetbürger schon heute mehr als guter Verdienst, eine schöne Wohnung und günstige Aufstiegsmöglichkeiten. Das gilt nicht für alle, aber für viele.

Wir brauchen mehr Fleisch und Obst, Kraftfahrzeuge und Waschmaschinen, Stahlwalzgut und Hotels, Computer und Restaurants. Betriebe vom KAMAS-Format, mit solcher Technik und Arbeitsproduktivität schaffen die materielle Basis dafür, vom Prinzip „Jedem nach seiner Leistung" zum Prinzip „Jedem nach seinen Bedürfnissen" überzugehen.

Für uns in der Sowjetunion besteht das Problem Beschäftigung nicht mehr. Wir besprechen die Vorzüge des einen oder anderen Arbeitsplatzes bzw. Berufs. Die Freiheit seiner Wahl ist von der Verfassung garantiert. Betriebe wie KAMAS bieten die materielle Garantie. Denn ein Mensch kann sich als Persönlichkeit nur in schöpferischer Arbeit voll entfalten, nur bei einer Betätigung, die ihm zusagt. Dieses Recht — ein Hauptrecht des Menschen — ist den sowjetischen Menschen durch den Sozialismus bereits garantiert.

In der Hektik des Alltags übersehen wir mitunter die Ausmaße des Neuen, die unserer Hände Arbeit dem Leben verleiht. In Werken von der Ordnungsgröße eines KAMAS, wo das Lebenstempo rascher ist, läßt sich das Neue nicht so leicht übersehen. Das Werk an der Kama und seine Bruderbetriebe aus den letzten Planjahrfünften werden in den Kommunismus übernommen werden. Heute werden in solchen Werken Menschen von entsprechendem Charakter gestählt.

Gemeinsame Sprache

Hundertprozentige Amerikaner helfen den Kommunismus auf-

bauen. Und das macht ihnen Spaß — nicht der Kommunismus, gewiß, denn sie ziehen die amerikanische Lebensweise vor, mit all den materiellen Vorteilen, die sie einem hochbezahlten Ingenieur bietet. Aber es macht ihnen Spaß, zu bauen, „seine Sache gut zu machen". Diese Worte hörte ich von mehreren USA-Spezialisten in Nabereshnye Tschelny.

„Ich habe die sozialistische Verpflichtung übernommen, die Montage der Schmelzöfen in der Gießerei zum 7. November abzuschließen", erklärte Andrew Hayson, ständiger Vertreter der Firma Pullman-Swindel. „Das ist unser Geschenk für Ihr Land zu seinem 60. Jahrestag. Auch wünsche ich den Ingenieuren und Arbeitern dieses Werks von ganzem Herzen Erfolg und hoffe, daß unsere Ausrüstung ihnen gut dienen wird."

Wie mir Walt Upson, Vizepräsident der Sutter Products (Holly, Michigan), erzählte, hatten viele seiner Bekannten in den USA ihn gefragt, warum er in der UdSSR arbeite und so den Feinden Amerikas helfe. „Ich aber antwortete, daß ich in der UdSSR nie auch nur eine Spur von Feindseligkeit gemerkt habe, nicht bei meinen russischen Kollegen im Werk und auch nicht bei zufälligen Zusammenkünften auf der Straße. Im Gegenteil, alle sind hilfsbereit, wenn sie sehen, daß man wegen mangelnder Sprachkenntnisse Schwierigkeiten hat..."

Upson ist mit seiner eigenen Arbeit und mit den Geschäften seiner Firma zufrieden. Die KAMAS-Aufträge haben sie für ein ganzes Jahr ausgelastet (es handelte sich wohlgemerkt um das für die USA krisenhafte Jahr 1975). Die Kontakte mit KAMAS brachten der Sutter Products eine Publicity, die ihr zu Kontakten mit westeuropäischen und vielen amerikanischen Firmen verholfen haben.

„Ich habe gelesen, viele in den USA glaubten, daß amerikanische Firmen, die der UdSSR neue Technologien liefern, das sowjetische Rüstungspotential verstärken", sagte ich.

Mr. Upson ließ mich nicht erst ausreden: „Als Fachmann kann ich behaupten, daß die Ausrüstungen unserer Firma für den Bau von Last- und von Panzerspähwagen, von Traktoren und Panzern benutzt werden können. Aber gerade durch kommerzielle Zusammenarbeit vermindern wir die Möglichkeit eines militärischen Konfliktes, weil wir dabei einander besser verstehen lernen."

Walter E. Stibel, Einrichteringenieur der Firma C—E Cast Equipment, sagte mir gleich am Anfang: „Politik interessiert mich nicht. Man muß sie aus den menschlichen Beziehungen herauslösen. Meiner Ansicht nach sind die Russen interessante und angenehme Menschen, ich habe rasch eine gemeinsame Sprache mit allen gefunden, mit denen ich hier zu tun habe. Sie haben viele begabte Fachkräfte mit umfassendem Wissen, die im Nu alle technische Feinheiten erfassen."

Stibel ist bei der Montage der Formerei in der Gießhütte seit den ersten Tagen tätig. Wie der Werkhallenleiter sagt, ist er ein erfahrener Ingenieur, der nicht nur gewissenhaft arbeitet, sondern mit Geist und Seele dabei ist. Man hat ihm einen ebenbürtigen Kollegen — Gennadi Baschtanjuk, Brigadier der Montageschlosser — an die Seite gestellt. Im vorigen Jahr wurde Gennadi für seine ausgezeichneten Arbeitsleistungen der Preis des Leninschen Komsomol zuerkannt.

Die einfachen Amerikaner haben Grund genug, Politik als „schmutzige Sache" zu betrachten. Aber Politik kann sehr unterschiedlich sein. Den Sohn eines Moskauer Arbeiters Gennadi Baschtanjuk und den Sohn des Mechanikers einer Tankstelle in Ohio Walter Stibel hat in Nabereshnye Tschelny ebenfalls eine Politik, nämlich die Entspannungspolitik, zusammengeführt.

Dank ihr wissen sie es nun aus eigener Erfahrung: Sie haben keinen Grund, einander feindselig entgegenzutreten, können einander aber in mancher Hinsicht nützlich sein. Jetzt dürfte es schwerfallen, sie vom Gegenteil zu überzeugen. Ob nun die westlichen Fachkräfte es wollen oder nicht, aber auch sie machen Politik: eine Politik der Menschen guten Willens, eine Politik der für beide Seiten nützlichen Zusammenarbeit. Ihre Praxis an der Kama läßt auf neue Tendenzen in den sachlichen Ost-West-Beziehungen schließen.

Anders als in den Autowerken an der Wolga, die für die Auslandsfirmen das Gros der Ausrüstungen lieferten, ist ihr Anteil an der Errichtung von KAMAS geringer. Die Importanlagen, einschließlich derer aus den RGW-Ländern, machen nur die Hälfte der gesamten Ausstattung aus. Die zweite Baufolge des Werks soll hauptsächlich mit sowjetischer Technik ausgerüstet werden. Zugleich aber beteiligte sich eine höhere Anzahl von mittleren und kleinen westlichen Gesellschaften, die Spezialausrüstungen erzeugen, an den Lieferungen für KAMAS.

Sowjetische Außenhandelsstellen kaufen im Ausland gegenwärtig nur technische Neuheiten und das Know how und möchten nur mit Firmen zusammenarbeiten, die technisch konkurrenzfähig sind sowie günstige Handels- und Kreditbedingungen offerieren.

Es gibt eine neue Möglichkeit für die Kooperation und Spezialisierung der Produktion. Die sowjetischen Konstrukteure haben für KAMAS einen wirtschaftlichen und konkurrenzfähigen Dieselmotor entwickelt. Einige westliche Firmen interessieren sich bereits für ihn. Das ist nur der Anfang. In unferner Zukunft wird KAMAS zu den führenden Forschungs- und Produktionsvereinigungen Europas im Bau von Lastautos gehören.

Nabereshnye Tschelny—Moskau

UNSERE RUSSISCH-SEITE

Schlüssel zu Lektion 12

Übung 2: а) в узком смысле слова; продвинуть вперед решение; встретить с одобрением предложение; иметь первостепенное значение; б) расчистить путь к заключению договора; договориться по вопросу о ядерных испытаниях; встретить с одобрением инициативу.

Übung 3: 1. На сессиях Генеральной Ассамблеи ООН неоднократно обсуждался вопрос о запрещении испытаний ядерного оружия. 2. Было продвинуто вперед решение проблемы использования атомной энергии в мирных целях. 3. Договор СССР и США об ограничении подземных испытаний ядерного оружия был по достоинству оценен мировой общественностью. 4. Новая инициатива СССР открывает путь к заключению договора.

DISKUSSION MIT DEM LESER

Zwar lese ich Ihre Satiren gegen die „Massenkultur" gern, doch bin ich so frei, Ihnen darin nicht beizupflichten, daß überall eine politische Tendenz zu suchen sei. Kein Zweifel, zu 90% sind die Unterhaltungssendungen und die sonstige Vermassung bei uns („im Westen", wie Sie schreiben) einfach harmloser Unsinn. Übertreiben Sie nicht, wenn sie all das als Politik betrachten!

John H. WOOD
Vancouver, Kanada



Es diskutiert Mitglied des NZ-Redaktionskollegiums Alexander IGNATOW

Wir danken Ihnen, Herr Wood, für Ihren Brief und die ihm beigelegten Zeitungsausschnitte. Sie enthalten u.a. Rezensionen über das Buch eines gewissen Robert Ringer „Wie wird man Nr. 1?", das vor kurzem wie es scheint, unter die zehn ersten Bestseller der USA und Kanadas eingestuft worden ist. Die Rezensenten fassen die Philosophie des Buches wie folgt zusammen: „Sind Sie egoistisch, geizig, berechnend, blutrünstig und ohne Moral, so können Sie das wahre Glück erreichen." Ringer formuliert 39 Anweisungen, z. B.: „Tun Sie nichts davon, was Ihnen nicht zum Nutzen gereicht"; oder: „Die beste Art und Weise, den Armen zu helfen, ist, selbst nicht arm zu werden", u. dgl. m.

Ich bin mit Ihnen, Herr Wood, insofern einverstanden, als Ringers Buch zweifelsohne zur „Massenkultur" gehört, die in der bürgerlichen Gesellschaft eine regelrechte Wirtschaftsbranche geworden ist: zu jener „Massenkultur", für die das Primitive, die Verflachung von Problemen um des Nervenkitzels willen, das Sentimentale, die Orientierung auf das Unterbewußtsein charakteristisch sind. Erklären Sie mir aber, warum Ringers Buch trotz alledem so populär ist. Die Buchhandlungen Nordamerikas könnten, schreiben die Rezensenten, mit der Nachfrage kaum Schritt halten.

Und andere Kunstgattungen? Welche Bewandtnis hat es mit dem Streifen „King Kong", der von der Liebe eines Riesenaffen zu einer Frau handelt? Ebenfalls Dummheit, Unsinn — aber welcher Anlauf von Zuschauern, welch ein Kassenfüller!

Spricht man über das Theater, so machte das Musical „Oh, Kalkutta!", das in fast allen Häusern der westlichen Welt aufgeführt wurde, eigentlich nur deshalb Aufsehen, weil sich die Mitwirkenden splitternackt präsentierten. Es handelt sich nicht um Sex, denn im Westen wird er bekanntlich in Form von Striptease, in Porno Shops, Live Shows und Kinos feilgeboten.

Man könnte sagen alles ist normal: Geschäftsleute investieren Geld und erhalten einen Profit.

Warum aber investieren sie ihr Geld in einen Ringer, in einen „King Kong", in ein „Oh, Kalkutta!" und nicht etwa in die Werke des flammenden Kämpfers für die Rechte der amerikanischen Neger James Baldwin oder der Schriftsteller J. Salinger und K. Vonnegut? Warum lief Bertoluccis Film „1900" in Paris nur in einem Lichtspielhaus und praktisch ohne Werbung, „King Kong" aber in zahlreichen Kinos, begleitet von einem ganzen Werbeschauspiel? Warum prosperieren die Show-Bühnen, gleichermaßen in Paris, London, New York und Rom, während das ernste Theater in Schwierigkeiten steckt? Aus welchem Grund erleben wirklich gute Bücher in den USA, in Kanada und Frankreich eine Auflage von höchstens 5000—20 000 Exemplaren, während ein Ringer wie warme Semmeln abgeht?

Die Antwort ist: Ablenken von der Politik ist ebenfalls Politik. Zweifeln Sie? Hier ein weiteres Beispiel. Die Schlager des so populären Griechen Demis Roussos sind sicherlich anziehend, aber von rein kommerzieller Natur. Man sollte meinen, sie können einen Menschen wohl kaum beeinflussen. In Frankreich ist eben ein neues Buch des bekannten Journalisten J. Farran, Direktor von Radio Luxembourg, erschienen. Über die Rolle des Chansons schreibt er: „Der Text eines Schlagers ist viel wichtiger als die meisten Informationen, die wir senden, vor allem weil sich die Themen der Schlager den Zuhörern mit Hilfe von Rhythmus und Poesie einprägen. Des weiteren, weil die Chansons sich auf der Ebene von Sitte und Mythos bewegen, auf einem Niveau, das unendlich wichtiger ist als der sehr enge Bereich von Ereignis, Nachricht, Politik."

Gewiß, Ringer selbst kann beliebige Ansichten predigen bzw. keine haben; übrigens gibt er zu, sein Buch nur um des lieben Geldes willen geschrieben zu haben. Aber in jedem Fall bleibt sein Werk im Rahmen der Ideen, die für die herrschenden Klassen akzeptabel sind. Deshalb „spricht es an". Die Werke des britischen Schriftstellers James Aldridge z. B., dessen Buch „Der Diplomat" seinerzeit in vielen Ländern erschienen war, passen dem Establishment dagegen nicht. Ich für mein Teil glaube, daß Sie von ihm nicht einmal gehört haben, obwohl er englisch schreibt.

Was akzeptabel und was nicht akzeptabel ist, darüber entscheidet nicht unbedingt der schwarze Mann mit der schwarzen Feder und einer Schere in der Hand. Ihn gibt es wohl auch nicht. Was es dagegen gibt, sind die kolossalen Erfahrungen der Bourgeoisie, und die reichen aus, um in den Kreisen, die „die Kultur machen", eine Atmosphäre herbeizuführen, in der nur das Akzeptable „gemacht" wird. In diesem Sinne ist die Tendenz zur Unterhaltung um jeden Preis, das Aufpeitschen niedriger Triebe, schließlich einfach die Verdummung der Menschen von großem politischem Sinn.



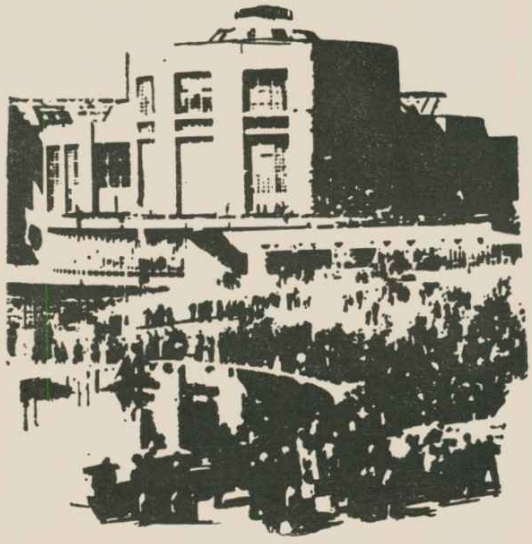
Sind die Verbrecher, die das kubanische Passagierflugzeug im Oktober 1976 bei Bridgetown zum Explodieren brachten, bestraft worden?

F. GOGOLEW
Jakutsk, RSFSR

Nach der Explosion, durch die das Flugzeug zerstört wurde und 73 Personen den Tod fanden, verhaftete man in Venezuela drei Venezolaner. Zwei von ihnen, Freddy Lugo und Hernan Ricardo Lozano, hatten sich unter den Fluggästen befunden und die Maschine vor dem Start in Bridgetown verlassen. Der dritte war Luis Posada Carriles. Zusammen mit ihnen wurde der kubanische Konterrevolutionär Orlando Bosch festgehalten. Die Untersuchung ergab, daß Lozano und Lugo direkt daran beteiligt waren, die Bombe im Flugzeug anzulegen. Die vier Terroristen kamen ins Modelo-Gefängnis in Caracas. Sie werden beschuldigt, Morde verübt, Waffen angefertigt und einen Hochverrat begangen zu haben, dem Kubaner Bosch wird auch die Anfertigung falscher Dokumente zur Last gelegt. Gegenwärtig läuft die Gerichtsverhandlung vor dem Obersten Gericht Venezuelas; an ihr nehmen auch Vertreter Kubas, Kanadas und der USA teil.

DREHSCHEIBE DES WELTHANDELS INTERNATIONALE MESSEN

BRNO



BVV

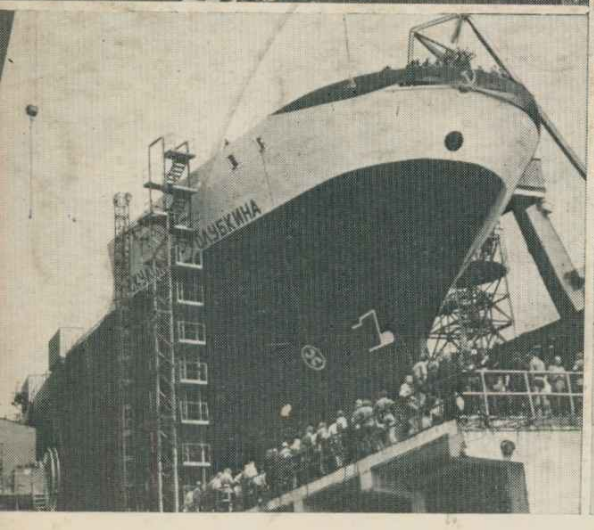
UND AUSSTELLUNGEN IN BRNO/TSCHECHOSLOWAKEI 1978

SALIMA 78 Internationale Nahrungsmittelmesse	15.—22.2.
INTERNATIONALE KONSUMGÜTERMESSE	21.—28.4
THERIA 78 Internationale Ausstellung für theriologische Fang- und Erkundungstechnik	20.—27.6
INTERNATIONALE HUNDEAUSSTELLUNG	1.—2.7.
20. INTERNATIONALE MASCHINENMESSE	13.—21.9
INVEX 78 Internationale Ausstellung für Erfindungen und technische Neuerungen	19.—25.10.
ROBOT 78 Internationale Ausstellung für Roboter, Manipulatoren und Baugruppen	14.—19.11.
WELDING 78 Internationale Ausstellung für Schweißtechnik	14.—19.11.

Nähere Auskünfte erteilen:
BVV Messen und Ausstellungen BRNO, Výstaviště 1, 602 00 BRNO, Tschechoslowakei
Tel. **314**, Telex: 062294, 062295, Telegr. FAIRBRNO











PARTNER UND FREUNDE

Im Zentrum Warschaus, nicht weit vom Palast für Kultur und Wissenschaft, den das Sowjetvolk der Hauptstadt Polens zum Geschenk gemacht hat, steht eine steinerne Säule. Eine Inschrift besagt, daß es von dort 1122 Kilometer bis Moskau sind. Das stimmt natürlich genau, aber dennoch kann man mit gutem Recht sagen, daß der Abstand viel kürzer geworden ist.

Die Entfernung zwischen Moskau und Warschau und die Grenze zwischen den beiden Ländern sind schon lange nicht mehr Hindernisse für den regen Verkehr von Menschen, für eine vielseitige Zusammenarbeit, einen Erfahrungsaustausch und eine gegenseitige geistige und kulturelle Bereicherung der beiden Völker.

Zu engeren Bindungen zwischen den beiden Ländern trägt die vor genau 20 Jahren gegründete Gesellschaft für Sowjetisch-Polnische Freundschaft ebenso wie die Gesellschaft für Polnisch-Sowjetische Freundschaft viel bei. In diesen Massenorganisationen betätigen sich Millionen.

Unsere Bilder: Jan Szydlak, der Vorsitzende des Hauptvorstandes der Gesellschaft für Polnisch-Sowjetische Freundschaft, und Alexej Schitikow, der Vorsitzende des Zentralvorstandes der Gesellschaft für Sowjetisch-Polnische Freundschaft, nach der Unterzeichnung eines Plans für die Zusammenarbeit ◆ Jedes Jahr passieren verschiedenste Frachten aus der UdSSR die polnischen Grenzstationen Medyka und Żurawica ◆ Wieder wird in Gdańsk ein für die Sowjetunion gebautes Schiff vom Stapel gelassen ◆ Eine Delegation der Gesellschaft für Polnisch-Sowjetische Freundschaft im Kolchos „Leninski Lutsch" bei Moskau ◆ Das für die Landwirtschaft entwickelte Flugzeug M 15 verdankt sein Entstehen der Zusammenarbeit von Konstrukteuren beider Länder.

NEUE ZEIT
НА НЕМЕЦКОМ ЯЗЫКЕ
Индекс 70624
„Aeroflot" bringt die „Neue Zeit" prompt in jedes Land
АЭРОФЛОТ
Soviet airlines